

**Die Selbstorganisationen von Migranten und
ihre Relevanz für die Integration**

**Hausarbeit zur Erlangung des
Akademischen Grades
eines Diplom-Soziologen (Dipl.-Soz.)**

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

**von
Holger Schmidt
aus Wiesbaden**

im Jahre 2004

Inhaltsverzeichnis

0.	Einleitung.....	03
1.	Ein differenztheoretischer Ansatz.....	05
1.1	System und Welt.....	07
1.2	Selbstreferentielle Geschlossenheit.....	10
1.3	Strukturelle Kopplung und Ko-Ontogenese.....	12
1.4	Einfache soziale Systeme.....	16
1.4.1	Kommunikation.....	16
1.4.2	Grenzen der Leistungspotentiale.....	18
1.5	Komplexe soziale Systeme.....	19
1.5.1	Organisation und Selbstorganisation.....	20
1.5.2	Potentiale und Risiken organisierter Systeme.....	23
2.	Überlegungen zum Integrationsbegriff.....	25
2.1	Integrationstheorien in der Soziologie.....	26
2.2	Strukturelle Aspekte der Migration.....	27
2.3	Mikrosoziale Modelle.....	29
2.4	Multikulturelle Gesellschaft und Binnenintegration.....	31
3.	Kombination der Modelle – Thesenbildung.....	35
3.1	Kulturation.....	36
3.2	Plazierung.....	37
3.3	Interaktion.....	39
3.4	Identifikation.....	40
3.5	Design, Umfang und Methode der Studien.....	42
3.5.1	Bestandsaufnahme Nordrhein-Westfalen.....	42
3.5.2	Forschungsbericht Berlin.....	43
4.	Allgemeine Befunde zu Migrantenselbstorganisationen.....	45
4.1	Vereinstypen und -formen.....	45
4.2	Ausmaß der Organisationen, Verteilung, Herkunftsländer.....	49

4.3	Alters- und Geschlechterstruktur der Mitglieder.....	54
5.	Analyse.....	56
5.1	Relevanz der Selbstorganisationen für die Kulturation.....	56
5.1.1	Bildungsangebote.....	57
5.1.2	Kulturelle Aktivitäten und interkulturelle Begegnung.....	61
5.1.3	Religiöse Aktivitäten und Vereinigungen.....	65
5.1.4	Folgerungen (I).....	68
5.2	Relevanz der Selbstorganisationen für die Plazierung.....	70
5.2.1	Ethnosolidarische Aktivitäten.....	70
5.2.2	Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.....	76
5.2.3	Die Selbstplazierung der Organisationen.....	78
5.2.4	Öffentlichkeitsarbeit.....	85
5.2.5	Folgerungen (II).....	88
5.3	Identifikative Aspekte.....	92
5.3.1	Kulturelle Orientierung der Organisationen.....	92
5.3.2	Politische Aktivitäten, Kontakte zu Parteien.....	96
5.3.3	Folgerungen (III).....	99
6.	Fazit.....	102
7.	Literaturverzeichnis.....	105

0. Einleitung

Angesichts der momentan wieder auflebenden Debatte um eine restriktivere Zuwanderungspolitik als Reaktion auf zunehmenden internationalen Terrorismus islamischen Zuschnitts, gerät eine konstruktive Diskussion über immer noch notwendige Integration von Migranten in unserer Gesellschaft zunehmend in den Hintergrund. Skepsis und Ablehnung herrschen folglich auch hinsichtlich der Solidarisierungs- und Organisierungsbemühungen der Zuwanderer vor. Insbesondere religiöse Zusammenschlüsse von Migranten stehen in Verruf, zur Herausbildung von Subkulturen beizutragen und damit die gesellschaftliche Stabilität zu gefährden. Dem widersprechen Befürworter des Selbsthilfe- und Kommunenansatzes, die den Beitrag eigenen Engagements in sogenannten Selbstorganisationen von Migranten für die Integration betonen. Auch der Erkenntnisstand in der Migrations- und Minderheitensoziologie ist durch Vielschichtigkeit und damit einhergehende Antagonismen gekennzeichnet. So stehen assimilativen Integrationsvorstellungen u. a. Überlegungen zur paritätisch aufgebauten multikulturellen Gesellschaft, sowie zur Integrationsleistung ethnischer Kommunen gegenüber. In diesem Kontext sind nicht nur Defizite bezüglich einheitlicher Begriffe und Klassifikationen zu beklagen, es fehlt auch an einer konsequenten Übertragung der bestehenden allgemeinen soziologischen Theorien auf die Bereiche Zuwanderung und Integration.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, den Versuch zu unternehmen, ein solch kombiniertes Modell zu entwickeln und im Anschluß daran anzuwenden. Bezogen auf den Gegenstand, sollen Aussagen über die Funktion der Selbstorganisationen von Migranten für die Integration getroffen werden: Gewährleisten und intensivieren diese die Integration oder sorgt das Verbleiben in der Landsmannschaft vielmehr für Ab- und Ausgrenzung? Wie unterscheiden sich Integrationsniveaus von organisierten und nichtorganisierten Migranten? Welche externen Faktoren beeinflussen die Integration über Selbstorganisationen? Müssen politische und karitative Institutionen der Aufnahmegesellschaft diese erst wahrnehmen und in die eigenen Programme mit einbeziehen, damit sich ein Selbsthilfekonzent zur Integration realisieren kann?

Daneben sollen demographische Fakten zu den Selbstorganisationen am Beispiel Berlins und Nordrhein-Westfalens aufbereitet werden, um einen generellen Eindruck über das Vereins- und Verbandswesen von Zuwanderern zu gewinnen. Empirische Befunde lassen sich aus zwei Studien entnehmen¹.

Auf theoretischer Ebene muß zunächst allgemein dem Gegenstand der *Organisation* und *Selbstorganisation* entsprochen werden, des weiteren der spezielle Bereich *Integration* berücksichtigt werden, so daß eine entsprechende Unterteilung vorzunehmen ist – auch um der o. g. Problematik zu begegnen. Es ist zunächst zu klären und zu bestimmen, warum Organisationen höhere Leistungspotentiale hinsichtlich Kommunikation und Zielumsetzung aufweisen als einfache soziale Systeme. Dabei ist zu beachten, daß viele Zusammenschlüsse von Migranten gering strukturiert und formalisiert sind, was die Auswahl geeigneter theoretischer Konzepte eingrenzt. Im Rahmen dieser Arbeit soll deswegen die soziale Systemtheorie Niklas Luhmanns Anwendung finden. Diese ist zunächst von anderen gängigen Konzepten abzugrenzen und danach gegenstandsbezogen zu skizzieren. Im Anschluß daran soll ein Integrationsmodell entwickelt werden, das erstens der sozialen Wirklichkeit, zweitens dem Gegenstand entspricht, was anhand gängiger soziologischer Integrationskonzepte der letzten drei Jahrzehnte exemplarisch nachzuvollziehen ist. Insbesondere die, an sich in Kontrast stehenden, Überlegungen Georg Elwerts zur Integration durch Binnenintegration (vgl. Elwert 1982) und das Modell Hartmut Essers (vgl. Esser 2000) stellen einen Bezugsrahmen dar. Essers vierdimensionale Differenzierung der sozialen Integration, angereichert durch die systemtheoretischen Überlegungen, dient als Analysemodell. Ermöglicht wird dabei eine differenzierte Betrachtung der Selbstorganisationen von Migranten entlang den einzelnen Dimensionen der Integration.

1

- Fijalkowski, Jürgen/Gillmeister, Helmut 1997: *Ausländervereine - ein Forschungsbericht*. Diese Studie vermittelt neben empirischen auch detaillierte qualitative Befunde zu Selbstorganisationen von Migranten im Großraum Berlin.
- Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (MGSFF) 1999: *Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Bestandaufnahme aller Selbstorganisationen von Migranten in Nordrhein-Westfalen*. Das Hauptanliegen ist hier insbesondere in der Darstellung der Bestände zu sehen.

Die vorliegende Arbeit soll nicht den Eindruck vermitteln, man könne universelle Modelle oder Meßverfahren entwickeln, um Integrationsprofile und -niveaus von Migranten und deren Organisationen zu bestimmen. Ein direkter Schluß von den Organisationsbeiträgen auf die Integration der Mitglieder ist zu vermeiden. Zudem sollten Klassifikationen der Selbstorganisationen hinsichtlich des integrativen Beitrages nicht in ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ fehlinterpretiert werden. Auch die häufig kritisierten sogenannten *Moscheevereine* türkischer Mitbürger können Beiträge zur Integration leisten. In diesem Rahmen sollen vielmehr Befunde mit bestehenden, bis dato selten angewendeten, theoretischen Konzeptionen in Verbindung gebracht werden.

1. Ein differenztheoretischer Ansatz

Um dem Integrations- und Organisationsbegriff auf theoretischer Ebene gerecht zu werden, scheint es dienlich, sich der Thematik aus Perspektive der sozialen Systemtheorie – insbesondere der Niklas Luhmanns – zu nähern, da sie ein schlüssiges methodologisches Konzept von Gesellschaft, vor allem in Bezug auf den sogenannten Mikro-Makro-Übergang vorzuweisen hat. Um dies von anderen Denkschulen abzugrenzen, sei im Folgenden kurz auf die akteurszentrierte Soziologie eingegangen: James Samuel Coleman hatte bereits auf die Schwächen des methodologischen Individualismus am Beispiel Max Webers unpräzisen Kollektivschlusses in der protestantischen Ethik hingewiesen (vgl. Coleman 1991, Kap. 1). Colemans Kritik war hier, daß Weber zwar logisch und analytisch korrekt von einem beobachteten Massenphänomen (Kapitalismus) auf eine spezifische Verhaltensnorm (calvinistische Doktrin / protestantische Lebensweise) mittels Deduktion auf die Individualebene schloß, jedoch keine Mechanismen und Regeln präziserte, wie aus individuellen Handlungen, das zu erklärende Phänomen des Kapitalismus hervorgehen könnte. Für Weber ergab sich dies aus den aggregierten Folgen der entsprechend handelnden Individuen. Welche Prozesse und Dynamiken im Verlauf dieser Entwicklung erst entstehen, respektive interagieren, wurde von ihm vernachlässigt. Colemans daran anknüpfende Überlegungen, wie Transformationsregeln definiert werden müßten, um vom Individuum logisch korrekt und vor allem präziser auf Gesellschaft

induzieren zu können, blieben – nach Meinung des Verfassers – trotzdem unbefriedigend. Erstens bedingt dadurch, daß Coleman als Prämisse jeglichem Handeln Rationalität unterstellt (vgl. Coleman 1991, S.17; 22). Zweitens entsteht daraus der Zwang, den Argumentationsstrang mit einer zu starken Fokussierung auf ökonomische Aspekte zu entwickeln. Dabei werden andere Phänomene, wie beispielsweise soziale Bewegungen, die nicht nur auf Rationalität zurückzuführen sind, vernachlässigt. Schon das zweite Beispiel möglicher Interdependenzen von Handlungen basiert auf dem Begriff des Vertrages, danach wird bereits der des Marktes eingeführt (vgl. Coleman 1991, S.25f). Dies ist insofern von Belang, da viele der Zusammenschlüsse von Migranten eher auf dem Typ der informalen Organisation basieren und nicht über kontraktuelle Mitgliedschaften definiert werden können (vgl. 1.5.1).

Im Rahmen des Rational-Choice-Ansatzes erfolgte zwar eine Rezeption des Problems der Aggregationslogik, im Vordergrund steht hier jedoch nach wie vor der Diskurs, wann Akteure rational handeln, bzw. welche Prämissen hierfür auf der Mikroebene existent sein müssen².

Die Umstellung von Handlung/Akteur zu Kommunikation/System birgt jedoch das Potential, von *einfachen* sozialen Systemen (Interaktionen) mittels zunehmender struktureller Kopplung und Emergenzen auf *höhere* Ordnungstypen (Organisationen) zu schließen, somit detaillierter den Vergesellschaftungsprozeß zu skizzieren. Zudem bietet sich die Möglichkeit der kompakten Beschreibung sozialer Phänomene. Wechselseitig interagierende Mitglieder einer Gruppe werden so beispielsweise – analytisch verkürzt – als Interaktionssysteme benennbar. Ein kompakter Einblick in die Theorie sozialer Systeme soll daher im Anschluß an diese grundsätzlichen Überlegungen folgen. Danach muß auf die Thematik *Integration* eingegangen werden. Integration erscheint hier – in Anlehnung an das Modell Essers – als funktionales Erfordernis von Gesellschaft, das den sozialen Zusammenhalt der Teile eines Systems gewährleistet (vgl. Esser 2000, S.263).

² Zum aktuellen Erkenntnisstand und einem erweiterten Rational-Choice-Ansatz hat sich u.a. Paul B. Hill ausführlich geäußert (vgl. Hill 2002, S.55ff). Die Kritik richtet sich im Übrigen an den Grundgedanken des Ansatzes, der ex ante Rationalität der Handlungslogik unterstellt.

1.1 System und Welt

Elementar für die systemtheoretische Perspektive ist die Wahrnehmung der Welt unter dem Aspekt der *Differenz*. Der Beobachter differenziert Ereignisse als zusammengehörend oder von anderen abgrenzbar. Der Zusammenhang von Elementen kann zunächst allgemein als *System* verstanden werden. Systeme bestehen folglich aus Einheiten „... deren Beziehungen untereinander quantitativ intensiver und qualitativ produktiver sind als ihre Beziehungen zu anderen Elementen“ (Willke, zit. n. Horster 1997, S.60). Die Intensität und Effizienz der systeminternen Struktur ist zwar im Vergleich zur Außenwelt höherwertiger³, jedoch nur in Relation zu dieser denkbar. Der Systembegriff ist somit nur unter Bezug auf das Gegenteil – *Umwelt* – denkbar (vgl. Horster 1997, S.60).

Die Relationen zwischen System und Umwelt erschöpfen sich nicht in wechselseitigen Beeinflussungen. Bei der Systemgenese wird nicht nur intern sondern auch extern Struktur reproduziert, was auf eine Verschiebung der Grenze zwischen System und Umwelt hinausläuft. Systeme inkludieren Elemente aus ihrer Umwelt, bzw. exkludieren diejenigen Einheiten, die die Reproduktion gefährden könnten. Systeme konstituieren sich so nicht nur selbst, sondern auch ihre Umwelt und können somit als *autonom*, eben nicht extern determiniert, verstanden werden. Differenz bedeutet zudem Exklusivität; Einheiten, die Bestandteile des Systems sind, können nicht zugleich zur Umwelt oder zu anderen Systemen gehören. Die o. g. Definition von Willke wäre so in keinem einzigen Fall aus Mangel an Unterscheidbarkeit zutreffend. Die maximal erreichbare Grenze, innerhalb der Systeme überhaupt existent sein können, ist im Verständnis Luhmanns dann *Welt*. Die Welt verfügt über keine weitere Außengrenze, stellt somit kein System mehr dar, sie ist nicht mehr erfaßbar über das Schema der Differenzierung von Innen und Außen (vgl. Luhmann 1970, S.115).

Sämtliche Diskurse, die den Aspekt der Erhaltung oder des Zerfalls von (sozialen) Systemen in den Vordergrund rücken genau dies geschieht in Bezug auf die soziale Integration thematisieren prekäre System/System- bzw. System/Umwelt-Relationen *in* der Welt, sie können jedoch nicht die

³ Freilich nur aus der Innenperspektive – welche Zusammenhänge und Prozeßketten sich in anderen Systemen auf welcher Ebene vollziehen, liegt größtenteils außerhalb des Wahrnehmungshorizontes des Systems.

Welt *an sich* in Frage stellen (ebd.). Mit der Komplexität der Welt rückt somit der Aspekt der unüberschaubaren und nicht mehr antizipierbaren Gesamtheit der Ereignisse in den Vordergrund. Komplexität meint, daß kein konkreter Ist-Zustand, keinerlei Benenn- oder Meßbarkeit in absolutem Sinne mehr gegeben ist. Komplexität variiert vielmehr mit den Systemen in der Welt, scheint folglich immer unspezifisch und unfaßbar zu sein. Dies ist kein definitorischer Mangel, sondern – so Luhmann – der richtige Hinweis auf die Problematik der stets existenten Bestandsgefährdung in der Welt.

Als ein grundlegender Aspekt bei der Annäherung an das eigentliche Thema ist die Weltkomplexität sowohl Antwort, wie gleichsam auch Voraussetzung von Systemen überhaupt. Die Frage, warum es überhaupt Systeme gibt, ist dann nicht mehr banal; Systeme strukturieren sich und damit die Welt, sorgen so für Reduktion und Eskalation von Komplexität. Dabei entstehen Systemtypen unterschiedlicher Ordnung, d. h. nicht alles läßt sich auf Bestehendes zurückführen – im Folgenden als *Emergenzen* bezeichnet. Durch sie wird eine lückenlose Kausalitätsbestimmung auf differenten Ordnungsebenen ermöglicht (vgl. 1.). So konstatiert Luhmann: „Nicht alle Sozialsysteme bilden sich nach der Formel Interaktion, nicht alle Sozialsysteme nach der Formel Gesellschaft und erst recht nicht alle nach der Formel Organisation. Daher haben auch die diesen Systemtypen zugeordneten Theorien nur eine begrenzte Tragweite. Keine von ihnen erfaßt die gesamte soziale Wirklichkeit. Selbst das umfassende System der Gesellschaft enthält zwar die anderen Systemtypen in sich, ist aber deswegen noch nicht ihr Prototyp.“ (Luhmann 1975, S.13). Wenn Bestände Ereignisse produzieren, diese die Bildung neuer Bestände beeinflussen, entstehen soziale Typen anderer Qualität. Diese unterscheiden sich in Bezug auf die zugrunde liegenden Charakteristiken, spezifischen Leistungspotentialen und Operationsweisen.

Zudem müssen Steuerungsmechanismen existieren, die den Anstieg der Komplexität wieder reduzieren können. Dies geschieht mittels *Sinn*. Im Modus Sinn sind selektive Anknüpfungspunkte innerhalb von Prozeßketten denkbar, die den Möglichkeitshorizont begrenzen, bzw. systematisch ordnen. Dies können Symbolsysteme wie Sprache, jedoch auch psychische oder soziale Systeme sein; eine Bestandsgarantie existiert

jedoch nicht. Für das Individuum erfüllen soziale Systeme trotzdem eine Entlastungsfunktion, weil sie Vermittler „... zwischen der äußeren Komplexität der Welt und der sehr geringen, aus anthropologischen Gründen kaum veränderbaren Fähigkeit des Menschen zu bewußter Erlebnisverarbeitung.“ (Luhmann 1970, S.116) sind. Soziale Systeme bieten neben dem gesteigerten Potential des Erfassens auch die Zurechenbarkeit von Kommunikation durch Sinn, d. h., Kommunikation ist möglich und reproduzierbar. Der Mensch gewinnt qua soziales System an Erwartungssicherheit, schließlich an Kommunikations- und Partizipationspotential. Stellt man das Individuum der Welt(Komplexität) gegenüber, ist dessen Soziabilität allein über die Anbindung an soziale Systeme möglich. Die notwendige Konsequenz ist in der Bildung sozialer Gruppen oder Organisationen zu sehen, um Ziele umsetzen zu können, die im Alleingang nicht realisierbar wären.

Auf die Integrationsthematik bezogen kann dann die These formuliert werden, daß Selbstorganisationen von Migranten deren soziale Einbindung in Gesellschaft zumindest beträchtlich erhöhen können. Aus der Gegenperspektive (Aufnahmegesellschaft) betrachtet, müssen die Anliegen dieser Zusammenschlüsse generell erst wahrnehmbar sein, es muß also reflexiv Komplexität reduziert werden, damit sich überhaupt Effekte ergeben. Integrationsprozesse initiieren sich folglich im Zusammenwirken mit systemnahen Umwelten.

Die Kooperation von Migrantenselbstorganisationen und kommunalen Instanzen ist ein Beispiel: „... durch Vernetzung aller Dienste vor Ort [...] wollen wir die Strukturen in den Stadtvierteln stärken, alle Beteiligten in Entscheidungen einbinden und Eigeninitiative gezielt aktivieren. Wir erwarten uns dadurch eine Stärkung des Selbsthilfepotentials der Menschen [...] größere soziale Solidarität und Identifikation mit dem Wohnquartier“ (Graffe / Doll 2000, S.247).

1.2 Selbstreferentielle Geschlossenheit

Bezogen auf die System-Umwelt-Beziehung, muß die Systemgenese genauer betrachtet werden. Anschlußpunkt ist hier die Systementstehung unter Berücksichtigung der Inklusion von Elementen aus der Umwelt. Wenn keine Fremdbestimmung der Systeme von Außen existiert, muß folglich der Entstehungs- und Erhaltungsprozeß in Eigenständigkeit, unter Bezug auf die Umwelt, stattfinden. Das bedeutet, daß sich Systeme aus ihren Einheiten selbst (re-)produzieren. Dem entspricht der Begriff der *Autopoiese*⁴ in der allgemeinen Systemtheorie, dessen Ablauf dabei zirkulär, in Bezug zum eigenen systemischen Selbst, zu verstehen ist. Das so reproduzierte System stellt gleichsam Anfangs- als auch Endpunkt einer Prozeßkette dar, weswegen von einer operational geschlossenen, selbstreferentiellen Reproduktionsweise gesprochen wird (vgl. Baitsch 1993, S.9; 11).

Zwar weisen alle Systeme genuine Eigenschaften bezüglich ihrer Struktur auf, jedoch sind nicht alle das Erzeugnis ihrer selbst. So existieren Teilsysteme, die auf Leistungen höherer systemischer Ebenen angewiesen sind, um funktionsfähig zu bleiben. Deren Produkte stellen somit weder emergente Eigenleistungen im absoluten Sinne dar, noch beziehen sich Teilsysteme ausschließlich selbst auf diese. Der übergreifende systemische Zusammenhang nutzt sie vielmehr für seine eigene Reproduktion. Der Abhängigkeitsgrad innerhalb von System/System-Beziehungen bestimmt über die Anwendbarkeit des Begriffes der Autopoiese. In der Theorie Niklas Luhmanns erfolgte eine Rezeption der allgemeinen Systemtheorie in der Form, daß der Begriff der Autopoiese modifiziert wurde. Da soziale Systeme zwar nicht ohne weiteres deduktiv ableitbar sind, jedoch zwangsweise miteinander in Verbindung treten müssen, scheint eine Übertragung des Begriffes der Autopoiese auf soziale Systeme so nicht möglich. Unter Berücksichtigung der nicht auszuschließenden System-Gesellschaft-Relationen (vgl. 1.1) und der Funktionen, die Teilsysteme zum Gesellschaftssystem beisteuern, ist

⁴ „Autopoiese [griechisch], *die*, Fähigkeit sich selbst zu erhalten; minimale Eigenschaft, die ein System besitzen muß, um als lebend definiert zu werden.“ (Brockhaus Multimedial 2001). Das Gegenteil zur Autopoiese ist die *Allopoiese*. So stellen Maschinen allopöietische Systeme dar, die nur durch äußeren Input von Einheiten funktionsfähig sind. Die Biologen Humberto Maturana und Francisco Varela nutzen diesen Begriff zur Erklärung von Organismen, die als sich selbst erhaltende Systeme verstanden werden.

dennoch klare Differenzierbarkeit gegeben. „Neuere systemtheoretische Überlegungen beziehen dagegen die Systemumwelt in die Betrachtung ein in der Weise, daß sie Systeme als abhängig von und in Kommunikation mit einer Umwelt zu begreifen zu versuchen. Diese [...] verschiedenartigen Ansätze lassen sich zusammenfassen [...], daß Systeme Reduktionen der Komplexität der Welt sind und deshalb stets problematische Beziehungen zu einer [...] Umwelt unterhalten müssen. Ihre Identität gewinnen sie durch die besondere Weise ihrer Reduktion. (Hervorh. H.S.)“ (Luhmann 1970, S.205).

Art und Weise der Reduktion sind dann als spezifische *Operationsweisen* klassifizierbar. So operiert das Wirtschaftssystem auf andere Weise als das religiöse oder das politische System, unterscheidet sich in seiner Funktion von der des Rechtssystems. Operationsweisen von sozialen Systemen sind demnach Ausdruck und Ergebnis autopoietischer Identität, gewährleistet durch eigene *binäre Codes* und Sinn (vgl. Luhmann 1984, S.603). Der Rest erscheint gewissermaßen in Form von Interferenzen. Dadurch wird es möglich, einerseits Differenz zur Umwelt zu markieren, andererseits den selbstreferentiellen Bezug zu erhalten. Die Umwelt steuert „... keine Operationen bei, sondern Störungen [...] System und Umwelt unterscheiden sich also durch ihre Reproduktionsweisen Operation auf der einen, Störung auf der anderen Seite.“ (Horster 1997, S.63).

Ein Problem der sozialen Systemtheorie besteht bezüglich der Systemgenese. So geht die allgemeine Systemtheorie davon aus, Systeme entstünden spontan, also kurzfristig und ungeplant. Dies führt allerdings zu Anwendungsproblemen bei Organisationen (vgl. Baitsch 1993, S.10, 18). Mag man bei der Bildung sozialer Gruppen noch Spontaneität unterstellen, so scheint dies bei Organisationen illusorisch. Diese implizieren eine gewisse Planungsphase, zeitliche Dauer und Rationalität. Darauf bezieht sich auch Luhmann und betont zudem die Notwendigkeit der Kontinuität systemischer Reproduktion für die Autopoiese⁵.

Dennoch existieren in wesentlichen Punkten Übereinstimmungen der Ansätze (vgl. Baitsch 1993, S.10f), was eine grundsätzliche Anwendung

⁵ Anders wäre eine stete Differenzierung der Systeme nach Funktion im Verlauf der Evolution nicht denkbar (vgl. Luhmann 1997, Band 2, Kap.4.1). Der Ansatz Luhmanns ist in diesem Punkt auch traditionsgemäß funktionalistischer angelegt.

des Konzeptes auf die Fragestellung ermöglicht. So sind Migranten-selbstorganisationen auch aus Mangel- oder Notsituationen hervorgegangen, die eben nicht temporär sondern strukturell angelegt waren. Die Ursachen der Entstehung von Organisationen von Migranten liegen u. a. in der defizitären Versorgung der ausländischen Bevölkerung mit sozio-kulturellen Angeboten begründet. Es herrschte zudem lange Zeit die „... Vorstellung vom Provisorium der Ausländerbeschäftigung, die gesellschaftliche und politische Debatte über die Ausländerpolitik prägte und deswegen die konsequente Öffnung des deutschen Organisationssystems ausblieb.“ (Puskeppleit/Thränhardt 1990, S.142).

Die Bereitschaft, sich selbst über Mitgliedschaften in Organisationen zu helfen, steht am Ende eines Erkenntnisprozesses als marginalisierte oder zumindest orientierungslose Gruppierung und ist folglich nicht als Ad-hoc-Reaktion zu verstehen. Der zeitliche Bestand, die kontinuierliche Selbsterhaltung, der Organisationen ist ebenfalls zu beachten; der *Spanische Elternverband* beispielsweise, noch heute existent, wurde bereits 1973 durch Eigeninitiative gegründet.

1.3 Strukturelle Kopplung und Ko-Ontogenese

Wie System-System-Beziehungen sich bei Aufrechterhaltung der Autopoiese realisieren, ist im folgenden unter Bezug auf den Aspekt der Wahrnehmung (vgl. 1.1) zu erklären. Dabei ist festzuhalten, daß die Umwelt beobachtbar sein muß, sonst könnte keinerlei Form der Inklusion von Elementen daraus stattfinden. Der Begriff *Beobachtung* ermöglicht die Verbindung sozialer Systeme bei Aufrechterhaltung ihrer Autopoiese. Sich beobachtende Systeme, die anschließend das selektive Verständnis dieser Wahrnehmung in die eigene Reproduktion inkorporieren, ferner erneut diesen Zyklus auslösen, werden als *strukturell gekoppelt* bezeichnet. Strukturelle Kopplung bedeutet nicht das Teilen einer gemeinsamen Struktur, sondern einen temporären Zusammenschluß, bezogen auf ein Ereignis. Die Form des Anschlusses daran muß schon wieder different sein. Die beteiligten Systeme initiieren den Prozeß der Reproduktion erneut, indem sie an das Ereignis nach eigenen Gesichtspunkten anknüpfen. Strukturelle Kopplung ist somit nicht der Ausweg aus der Totalität der Autopoiese, eher durch sie vorbestimmt. Sie ist ferner

nicht singular wie das konstitutive Ereignis, sondern im Ablauf zu verstehen. Neben den Ereignissen differieren auch die Kopplungsanreize, d. h. es besteht variierender Kontakt zwischen den Systemen, aber keine Verflechtung ihrer selbst. Im zeitlichen Verlauf kann dieser Prozeß dann als *Ko-Ontogenese* begriffen werden, durch die Umwelt konkretisiert wird (vgl. Baitsch 1993, S.13). Intersystembeziehungen sorgen für Transparenz in Bezug auf die Erfäßbarkeit des anderen Systems, was wechselseitige Entlastung zur Folge hat. Der eigene Reproduktionsaufwand wird so nicht nur minimiert, die System-System-Beziehungen eröffnen zudem auch zusätzliche Potentiale. „Die beiden Systeme befinden sich in einer gemeinsamen Bewegung, die von einem System allein nicht bewerkstelligt werden könnte und gelangen zu einem Zustand, den ein System allein nicht erreichen könnte.“ (Baitsch 1993, S.13). Die Vorteile für die Reproduktion liegen auf der Hand; die Grenzen der Systeme können trotz Intensivierung und Stabilisierung der Verbindungen markiert bleiben, die Autonomie damit aufrecht erhalten werden. Von Außen betrachtet besteht dennoch ein übergreifender Funktionszusammenhang. Die Wahrnehmung der Grenzen hängt folglich von der Perspektive ab oder anders formuliert, „... zieht der Beobachter diese Grenze.“ (ebd.).

Über strukturelle Kopplungen läßt sich überhaupt erst die Problematik der störenden Umwelt überwinden. Anhand der Entstehung ausländischer Vereine (zunehmende strukturelle Kopplung einzelner Systeme) kann dies, trotz der vorhandenen Barrieren im deutschen Organisationswesen (Störungen), nachvollzogen werden. Spätestens ab den siebziger Jahren ist eine Politisierung der bislang stark atomisierten Selbstorganisationen von Migranten zu verzeichnen. Durch deren Kopplung an Strukturen der Herkunftsländer bildeten sich weitere Organisationen und Dachverbände. Hervorzuheben sind hier die herkunftshomogenen Vereinigungen türkischer Migranten (vgl. Puskeppeleit / Thränhardt 1990, S.148). Politische Entwicklungen und Konflikte in der Türkei übertrugen sich in Form von negativen Synergieeffekten auf das Organisationssystem der Aufnahmegesellschaft. Dabei ist wichtig zu betonen, daß die Ausdifferenzierung des Organisationswesens, folglich die Autonomie der Einzelsysteme, erhalten blieb und nur auf den ersten Blick einheitlich erschien. „Trotz der sehr differenzierten Organisationsstrukturen und -ideologien, herrschten in der

öffentlichen Wahrnehmung des türkischen Organisationsgeflechtes weitgehend grobe Pauschalisierungen und undifferenzierte Betrachtungen vor [...] Die öffentliche Aufmerksamkeit verschob sich aufgrund der Ereignisse im Iran (Entmachtung des Schah und Ausrufung des Gottesstaates, Anm. H.S.) in Richtung des islamisch-fundamentalistischen Aspektes...“ (ebd.)

Entgegen dieser Tendenz sind auch positive Effekte der systemischen Ko-Ontogenese zu vermerken. Beleg hierfür sind die entstandenen Vereine und Dachverbände mit integrativem Hintergrund. So wurde bereits 1969 auf Landesebene der Initiativausschuß *Ausländische Mitbürger in Hessen* gegründet, der eine von zahlreichen Kooperationsformen zur Stärkung der Rechte von Migranten darstellte. Hier kooperierten ausländische Arbeitnehmer, karitative und gewerkschaftliche Organisationen. Entscheidend ist, daß hierdurch, trotz des Widerstandes von Außen, Ziele erreicht wurden, die von den Betroffenen allein nicht hätten umgesetzt werden können (vgl. 1.1; Puskeppleit/Thränhardt 1990, S.161f).

Die Ergebnisse steter systemischer Kooperation weisen nicht nur aufgrund dieser unvorhersagbaren Synergieeffekte emergente Qualitäten auf. Über die Vorzüge für die unmittelbar beteiligten Systeme hinaus, scheinen die Auswirkungen der Ko-Ontogenese weitreichender zu sein. So können Dritte das Resultat beobachten und nach eigenen Gesichtspunkten daran anschließen. Bezogen auf das Beispiel der Initiativgruppen, wäre dann zu überlegen, ob heutige Förderungsmaßnahmen der Selbstorganisationen von Migranten durch die politischen Instanzen einen späten Effekt darstellen, obgleich andere Motive zugrunde liegen. „... auch in neoliberalen Diskussionen um den *schlanken Staat* wurde die volkswirtschaftliche Bedeutung von Bürgerengagement, Ehrenamt und Selbsthilfestrukturen entdeckt. [...] Dennoch kann die politischpartizipative Intention solcher Programme nicht geleugnet werden, wofür nicht zuletzt spricht, daß es rot-grüne Regierungsbündnisse [...] waren, die Förderprogramme für Selbsthilfeprojekte bzw. Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten verabschiedet haben mit ausdrücklichem Hinweis auf das gesellschaftspolitische Anliegen dieser Gruppen.“ (Jungk 2000, S.1).

Das Anknüpfen an prozessuale Ergebnisse ist somit jenseits der ursprünglichen Intentionen und Sinnsphären möglich, ohne das Vergangene

jedoch nicht vorstellbar. Die Form bleibt indessen variabel; zukünftige Ereignisse können sich so oder auch anders auf die Bestände beziehen. Anhand dieser Tautologie läßt sich die Qualität struktureller Kopplungen von faktischer Abhängigkeit abgrenzen. Letztere impliziert ein System/System-Verhältnis, welches Defizite hinsichtlich der Selbsterhaltungspotentiale aufweist. Dabei stellt ein System die eigene Komplexität dem anderen System für dessen Autopoiese zur Verfügung, d. h., durch die Verbindungen der Systeme eröffnen sich nicht nur weitreichendere Möglichkeiten, Entstehung und Erhaltung werden generell erst durch das gemeinsame Prozessieren gewährleistet. Dieses Abhängigkeitsverhältnis widerspricht der Ko-Ontogenese freilich nicht, die Existenz von Systemen, die in stärkerem Maße auf fremde Transferleistungen angewiesen sind, wird so überhaupt erst vorstellbar. Dennoch handelt es sich hier um einen eigenen Typ der System-System-Verbindungen, der mit dem Begriff der *Interpenetration* bezeichnet wird. Interpenetration impliziert nicht zwangsweise einseitige Dependenz, sondern betont vielmehr die Autonomiedefizite auf *beiden* Seiten (vgl. Luhmann 1984, S.290).

Bezogen auf die Feststellung Jungks, wäre dann die Frage zu stellen, in welchem Ausmaß die Förderprogramme des politischen Systems, die die parteipolitische Programmatik ja reflektieren, zur Entwicklung der Selbstorganisationen von Migranten beitragen. Aus anderer Perspektive, unter Bezug auf das Erschließen neuer Wählerschichten durch EU-Osterweiterung und kommunalem Wahlrecht, wäre zu überlegen, inwieweit der organisierte Teil der Migranten (als wichtige Klientel) zur Machterhaltung der Regierenden beitragen kann. Daß die finanzielle Förderung ausländischer Organisationen und Vereine für diese notwendiger geworden ist, also die Selbstorganisation Defizite aufweist, ist tendenziell zu verzeichnen. Insbesondere die türkischen Organisationen haben zunehmend Probleme, die nächsten Generationen für Mitgliedschaften zu begeistern. Dies liegt u. a. an der Vereinsorientierung, die für die Jüngeren häufig mit einem zu starken Bezug zum Herkunftsland behaftet ist (vgl. Puskeppelit / Thränhardt 1990, S.149).

1.4 Einfache soziale Systeme

Wie sich strukturelle Kopplungen, aber auch innersystemische Zusammenhänge im Detail realisieren, hängt von den spezifischen Operationsweisen ab. Entscheidend ist hierbei, wie Systeme Redundanz ermöglichen und welche differenten Systemtypen daraus resultieren. Übertragen auf die soziale Systemtheorie rückt dann Kommunikation in den Vordergrund, nach Luhmann die Operationsweise aller sozialen Systeme. Die Bestände, die durch Kommunikation entstehen, sind vielfältig, können jedoch mittels der drei Typen *Interaktion*, *Organisation* und *Gesellschaft* klassifiziert werden (vgl. Luhmann 1975, S.9f). Hinsichtlich des Themas scheint allerdings eine Unterteilung in *einfache* und *komplexe* soziale Systeme dienlich, gilt es doch, auf die Charakteristiken und Vorzüge von Organisationen für das Prozessieren von Kommunikation einzugehen. Dagegen stellen Kommunikation und Interaktion einfache Systemtypen dar. Einfach im Sinne der Erfäßbarkeit und Überschaubarkeit durch die Beteiligten, komplex in der Weise, daß lediglich einzelne Segmente wahrgenommen werden können (vgl. Luhmann 1975, S.21). Gerade einfache soziale Systeme setzen somit Anwesenheit voraus. Nur Anwesende können sich selektiv erleben und miteinander kommunizieren. In dem Sinne stellt dieser Selektionsprozeß das konstitutive Merkmal sozialer Systeme dar: „Deshalb ist die Genesis des Systems zunächst zugleich seine Struktur“ (Luhmann 1975, S.22). Kommunikation und Interaktion schließen daran an.

1.4.1 Kommunikation

Kommunikation berührt die Fragestellung nicht nur in der Weise, daß Migrantenselbstorganisationen hierauf basieren, sondern auch in Hinsicht der Kommunikationseinheiten *Information*, *Mitteilung* und *Verstehen*. Ein wesentlicher Aspekt der Zusammenschlüsse von Migranten ist in der Thematisierung der eigenen verbesserungswürdigen Situation zu sehen, also in dem Versuch etwas mitzuteilen. Entscheidend für Kommunikation sind nicht die einzelnen Gesprächsakte, vielmehr die Resultate und deren Manifestation im Bewußtsein. „Es wird Redundanz erzeugt in dem Sinne, daß die Kommunikation ein Gedächtnis erzeugt, das von vielen auf sehr verschiedene Weise in Anspruch genommen werden kann ...“, was

gleichzeitig die daraus entstehenden Emergenzen betont: „Wenn A dem B etwas mitteilt, kann sich die weitere Kommunikation an A oder an B wenden. Das System pulsiert gleichsam mit einer ständigen Erzeugung von Überschuß und Selektion.“ (Luhmann 1995, S.117). Kommunikation kann somit als autopoietisches System gelten, dessen Einheiten sich gegenseitig bedingen. So ist Verstehen ohne vorherige Mitteilung der Information genauso wenig außerhalb des Systems denkbar, wie Mitteilung ohne Bezug auf die Information. Rekursivität und Zirkularität sind somit auch für Kommunikation konstitutiv (vgl. Luhmann 1995, S.118).

Verstehen impliziert einerseits Konsens oder Dissens, andererseits das selektive Wahrnehmen einer Differenz von Information und Mitteilung. Die Information gewinnt erst für Alter an Relevanz, ist somit verständlich, wenn sie durch Ego intentionale Aufladung in Form einer spezifischen Mitteilung erfährt, die mit seinen Motiven und Präferenzen in Zusammenhang steht. Verstehen in diesem Sinne liegt dann vor, wenn Alter erkennt, worauf Ego hinaus wollte und so fort, sich also die Intentionen wechselseitig aufeinander einstellen. Dies ist nicht mit gegenseitiger Übereinstimmung gleichzusetzen. Auch ein Streit kann Gegenstand von Kommunikation sein, nur führt hier das Verstehen zur Ablehnung der Intentionen Alters. Immer müssen neue Aspekte thematisiert werden, Kommunikation muß selektiv an vorangegangene anschließen. Die Auswahl und Mitteilung von Informationen unter Berücksichtigung der Intentionen des anderen, der seinerseits so verfährt, wird von Luhmann mit der *doppelten Kontingenz* bezeichnet (vgl. Luhmann 1984, S.165). Kontingent – (un-)wahrscheinlich – sind die Möglichkeiten, wie sich zukünftige Kommunikation realisieren kann, somit ist die Wahl eines spezifischen Gesprächsthemas bereits eine Selektion (s.o.). Durch die zwei eingebundenen Perspektiven wird der Horizont verdoppelt, folglich auch Komplexität dupliziert. Die Antizipation der Motive des anderen minimiert hingegen die doppelte Kontingenz. In diesem Kontext fungiert Verstehen dann als synthetisierende Einheit von Kommunikation – Kommunikation ist riskant (vgl. Luhmann 1995, S.119). Es besteht immer die Chance, daß sich Kommunikation nicht komplettiert, d.h. der Informationsaustausch abstirbt.

Am Beispiel von Vermittlungsprozessen zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft käme dies einem Scheitern des Versuchs der

öffentlichen Meinungsbeeinflussung seitens der Migranten gleich. Möchte man die Öffentlichkeit für bestimmte Themen sensibilisieren, ist man auf die Reflexivität des Informationsflusses angewiesen. Bleibt das Verstehen hingegen aus, lassen sich auch keine Veränderungen verzeichnen. Da hilft folglich auch keine Selbstorganisation. Vermittlungsprozesse über Kommunikation sind in diesem Sinne nur über konsensuales Verstehen vorstellbar.

1.4.2 Grenzen der Leistungspotentiale

Neben der generellen Problematik des Verstehens müssen im Folgenden noch die Potentiale und Grenzen der Prozessierfähigkeit einfacher sozialer Systeme skizziert werden. Eine Begrenzung erfahren Kommunikation und Interaktion in der Kopplung mit Bewußtseinsystemen. Die wechselseitige Wahrnehmung unter Anwesenden ist vielschichtiger und realisiert sich mit höherer Frequenz, als die Verbalisierung der Inhalte. Kommunikation stellt somit bereits eine Verkürzung aller reflexiv wahrgenommenen Ereignisse dar. Sprache eröffnet zwar die Möglichkeit, abstrakte, eben nicht in der Situation wahrnehmbare Inhalte, zu thematisieren, erfordert dadurch aber höhere Aufmerksamkeit und Selektivität. Dies bedeutet für Interaktionssysteme das Aushandeln von Themen, die überdies *seriell* kommuniziert werden müssen (vgl. Luhmann 1975, S.24), damit das Verstehen gewährleistet ist. Gesprächsrunden, in denen alle durcheinander reden, führen ins Uferlose. Durch die Bedingung wird der kommunizierbare Informationshorizont weiter reduziert, der Zeitaufwand jedoch maximiert, folglich die Notwendigkeit der Themenbegrenzung weiter forciert. Die Themenkonzentration ist demzufolge als strukturbestimmendes Merkmal für Interaktionssysteme zu klassifizieren (ebd.).

Wie das Thema eingegrenzt wird, ist von den psychischen Systemen der Anwesenden abhängig. Durch die höhere Taktfrequenz und Diffusität von Bewußtseinsprozessen scheint eine Stabilisierung des Gesprächsgegenstandes unrealistisch; rasche Themenwechsel oder gar deren Stagnation sind eher die Folge. Stabilisierungs- oder Institutionalisierungsprozesse sind auf der Ebene einfacher sozialer Systeme weniger gegeben. Der drohende Themenwechsel deutet auf Schwächen bezüglich der Minimier-

barkeit der Kontingenzen hin. Die Potentiale einfacher sozialer Systeme, Komplexität zu reduzieren, sind von daher äußerst begrenzt. Darüber hinaus wird dadurch das konstituiert, was Luhmann *Systemgeschichte* nennt, die aufgrund der schwachen Strukturierung einfacher sozialer Systeme allerdings keine Tiefenschärfe erhält.

Die notwendige Differenzierung von reflexivem Wahrnehmen und verbaler Kommunikation führt wieder an den Anfang zurück. Nur durch ständige Anwesenheit der Beteiligten kann sie reproduziert werden. Diese müssen die dafür notwendigen Selektionen aus der Situation heraus vornehmen. Die Leistung von Interaktionssystemen wird dadurch zusätzlich reduziert.

Die Unterscheidung zwischen Anwesenden und Nichtanwesenden ist gekoppelt an deren Beiträge zur Themenkonzentration, d.h. es findet eine Differenzierung in der Weise statt, daß nur die Beteiligten anwesende Umwelt des Interaktionssystems darstellen. Darüber hinaus existiert keine weitere Umweltdifferenzierung. Diese könnte erst im Zuge von internen Differenzierungen wie Spezialisierung oder Hierarchisierung vollzogen werden. Nicht anwesende Umwelt ist somit ein potentieller Störfaktor, da sie Interaktionssysteme u.U. dazu zwingt, das Thema zu unterbrechen (vgl. Luhmann 1975, S.29). In diesem Zusammenhang wird Komplexität nicht reduziert, eher die Wahrscheinlichkeit der Entstehung von Konflikten potenziert, die dann aufgrund der Leistungsdefizite einfacher sozialer Systeme nicht adäquat prozessiert, d.h. gelöst werden können.

1.5 Komplexe soziale Systeme

Die Entwicklung *höherer* sozialer Systemtypen impliziert somit Steigerung systemischer Konfliktpotentiale. Dies verweist auf die Notwendigkeit, Konflikte *parallel* zu verarbeiten und zudem zeitlich aufzuschieben. Das Gesellschaftssystem muß zwangsweise eine gewisse Konfliktlast ertragen können und erst spät Mechanismen zur Komplexitätsreduktion aktivieren. Steigerung des Konfliktpotentials bedingt folglich auch Steigerung des Negationspotentials – in der „*Normalisierung des Konfliktverhaltens*“ (Luhmann 1975, S.17) ist demzufolge ein zentrales gesellschaftliches Anliegen zu sehen. So sorgt das Recht für die Grundlage der Zivilgesellschaft, das Rechtssystem in Form von Rechtssprechung für dessen

Einhaltung. Im Mittelpunkt stehen hier *komplexe* systemische Zusammenhänge, die wiederum strukturell gekoppelt sind.

Integrationsprozesse realisieren sich zwar im Detail über Kommunikation und Interaktion, die normativen Rahmenbedingungen von Grund- und Zuwanderungsgesetz (Emergenzen des Politischen) beschränken jedoch deren Selektionsmöglichkeiten durch Markierung der legalen und illegalen Themen. Zwei Aspekte sind hier von Bedeutung: Erstens die Möglichkeit, „...jeweils andere Spezialinteressen konsistent zu verfolgen [...] Gegebenes zu variieren.“ (Luhmann 1975, S.17), folglich, Entscheidungen zu treffen und diese der Umwelt als Grundlage für selektives Anschließen ihrerseits zur Verfügung zu stellen. Dies erweitert das Beeinflussungspotential komplexer sozialer Systeme, vor allem das von Organisationen. Zweitens – bedingt dadurch – eine gesteigerte Fähigkeit, Umwelt differenzieren zu können, was zum Anwachsen der innersystemischen Struktur führt (vgl. 1.4.2). Komplexe soziale Systeme müssen somit frei von der Prämisse der Anwesenheit sein, da eine feste Relationierung der Elemente nicht mehr gewährleistet werden kann. Letztere muß selektiv und unter Zeitbezug erfolgen, um die Prozesse in Gang zu halten (vgl. Luhmann 1978, S.13).

1.5.1 Organisation und Selbstorganisation

Anwesenheit wird bei Organisationen durch das Merkmal der *Mitgliedschaft* ersetzt. Komplexitätsreduktion wird normativ sichergestellt, indem die Mitgliedschaft an Regeln gekoppelt ist, Verhaltensdispositionen qua Vertrag beschränkt werden. Regelwidriges Verhalten ist somit durch Kündigung der Mitgliedschaft sanktionierbar, eine Manipulation der Organisationszielsetzung ist wiederum durch die Satzung begrenzt.

Interne Ausdifferenzierung erfolgt über eine spezifische *Rollentypik*, abstrahiert in Form von *Stellen* (vgl. Luhmann 1975, S.41). Letzteres ermöglicht die Funktionalisierung und Generalisierung von Verhalten bei Aufrechterhaltung der Autopoiese der Mitglieder *und* der Organisation. Stellen sind im Gegensatz zu Rollen eben nicht personengebunden. Speziell in größeren Organisationen finden sich zusätzlich noch Differenzierungen hierarchischer (nach Weisungsbefugnis) und funktionaler Art (nach Aufgabe) in Form von Führungsebenen und Abteilungen. Grund-

legend für alle Stellen ist die Herstellung oder Erhaltung von Systemzuständen mittels spezieller (*Konditional*)Programme (vgl. Luhmann 1975, S.42). Dabei sind die Kommunikationsspielräume generell auf den Zweck begrenzt, so daß innersystemische Kontingenzen minimierbar bleiben, um den Bestand nicht zu gefährden. Anderenfalls wären die Leistungspotentiale von Organisationen stark eingeschränkt; es müßte jede Aktivität erneut rekapituliert und entschieden werden – ein unendlicher Regreß.

Kommunikation in Organisationen muß sich auf Basis bereits getroffener Entscheidungen realisieren. Organisationssysteme setzen sich somit aus Entscheidungen zusammen *und* produzieren diese, indem sie vorhandene relationieren (vgl. Luhmann 1978, S.13). Entscheidungen sind von direkten Mitteilungen und Motivationen in der Form abzugrenzen, als daß sie weniger die Zurechnung zu einer Person (bei Interaktionen), vielmehr die Wahl *eines* Aspektes aus Alternativen implizieren. Diese Auswahl wird durch die Entscheidung symbolisiert, jedoch auch immer, daß man hätte anders entscheiden können. Deswegen sind Entscheidungen als Ereignisse zu klassifizieren, „...die sich selbst als kontingent thematisieren.“ (ebd.) und im Gegensatz zu vergangener Kommunikation nicht als gegeben hingenommen werden müssen. Um dennoch stabile wechselseitige Verhaltenserwartungen auf Organisationsebene zu ermöglichen, müssen die Spielräume wiederum beschränkt werden; es muß somit entschieden werden, inwieweit entschieden werden kann. Auf normativer Ebene bedeutet dies die Herstellung zusätzlicher Regeln, die über Mitgliedschafts- und Satzungsnormen hinausgehen. Es bedarf vielmehr einer Generalisierung in der Weise, daß interne Prozesse unabhängig von (den Bestand bedrohenden) Einzelereignissen ausführbar bleiben, was auf der Ebene der Rollenträger ein routinisiertes Verhalten fordert. Die Mitglieder müssen lernen, mit dem Potential des Organisationssystems unter Berücksichtigung anderer Rollenträger und deren Programme umzugehen, ferner, dies in die eigene Rolle einzubauen. Im Gegensatz zu einer juristisch-kontraktuellen Formalisierung ist der lerntheoretische Aspekt, vor allem bei den hier relevanten Migrantenselbstorganisationen, zu betonen. Gerade bei losen Zusammenschlüssen ist davon auszugehen und zu berücksichtigen, daß lediglich ein geringer Grad an Formalisierung und Normierung gegeben ist. Generalisierung in

diesem Sinne bedeutet eher habitualisierte Verhaltensorientierung (als Lernergebnis und -erfolg) und damit Festigung der Systemstruktur, folglich „...wollen wir eine Orientierung als generalisiert bezeichnen, soweit sie vom Einzelereignis unabhängig besteht, von einzelnen Abweichungen, Störungen, Widersprüchen nicht betroffen wird und Schwankungen, auch in den relevanten Umständen, innerhalb gewisser Grenzen überdauert. Es ist leicht zu sehen, daß in der Generalisierung von Verhaltenserwartungen der Schlüssel für die relative Invarianz von Handlungssystemen liegt.“ (Luhmann 1976, S.55f). Die Invarianz, die organisierte soziale Systeme erhält und damit wieder ermöglicht, ist ein grundlegendes emergentes Merkmal aller Organisationen und findet sich folglich auch in losen Zusammenschlüssen.

Im Anschluß daran stellt die Unterscheidung zwischen *formaler* und *informaler* Organisation einen weiteren wichtigen Punkt dar. In diesem Zusammenhang muß die Fokussierung auf Zweckrationalität und Herrschaft als Definiens des Begriffs Organisation kritisiert werden (vgl. Luhmann 1976, S.32f). Nicht alle Kommunikation in Organisationen läßt sich aus dem Organisationsziel oder damit einhergehenden inhärenten Programmen erklären. Eine rein organisationszweckbezogene Rationalität im Verhalten der Mitglieder scheint eher unwahrscheinlich, da besagte Programme einerseits nur partiell beeinflussen, andererseits auch der Systembestand als Merkmal berücksichtigt werden muß (s.o.). Eine zu enge Verknüpfung der Organisation mit dem Konstrukt der legitimen Herrschaft läßt wiederum emotional geprägte (illegitime) Erwartungsstrukturen auf Mitgliederebene abseits von Satzung und Stellen unberücksichtigt. Die Differenzierung in formal und informal ist folglich qualitativ über die Art der Verhaltensorientierung fundiert.

Wichtig sind diese Abgrenzungen für die Fragestellung in mehrfacher Hinsicht:

Selbstorganisationen stellen solidarische Formen der Interessenvertretung dar, die auf freiwilligem und überwiegend ehrenamtlichem Engagement basieren. Das zugrunde liegende Selbsthilfekonzentrat verweist auf den Autopoiesebegriff und die Systemtheorie (vgl. MGSFF 1999, S.77). Neben den konkreten Zielen erfüllen sie einen Beitrag zur Resozialisation der Mitglieder (vgl. MGSFF 1999, S.19). Die Zielsetzung vieler Migrantinnen-

selbstorganisationen muß allerdings nicht nur auf Integration ausgerichtet sein. Gerade Sport- oder Kulturvereine weisen andere Zielsetzungen auf. Zudem vermischen sich häufig mehrere Organisationsziele, weswegen von einer Multifunktionalität der Selbstorganisationen gesprochen werden kann: „...Sie haben oft den Charakter von *Gemischtwarenläden*, wenngleich es meist zentralere Vereinsziele gibt, ohne deren mehr oder minder effiziente Verfolgung der Verein in seinem Bestand grundlegend gefährdet wäre“ (Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.209). Die Vielfalt der Vereinsziele ist auf die Heterogenität der Mitgliederstruktur und der Motive zurückzuführen. Dies widerspricht der direkten Kausalitätsbestimmung von Organisationsziel über Satzung, Normen und Rationalität in der Rollenausübung. Die Vereinsziele sind vielmehr mit dem Agitationspotential und -willen der Mitglieder verbunden, was sich in zunehmender inhaltlicher Abgrenzung vom ursprünglichen Zweck des Zusammenschlusses äußern kann (ebd.). Dies bedeutet im Umkehrschluß, daß die Organisationsziele eher *weiche* Faktoren darstellen und häufig über Mitgliederbelange geformt werden.

Außerdem scheint es dienlich, den Begriff der Migrantenselbstorganisation umfassender zu definieren. Gerade durch die Vielfältigkeit der Aktivitäten, Zielsetzungen und Mitgliederstrukturen ist die Trennschärfe zwischen sozialen Gruppen und Organisationen oft nicht gegeben. Durch die Umorientierung auf die Merkmale der Generalisierung von Verhaltenserwartungen, Rollentypik und Bestandserhaltung ist eine Klassifikation unter dem Typus organisierter sozialer Systeme dennoch gegeben – diese grundlegenden Merkmale greifen auch bei informalen Organisationen (vgl. Luhmann 1976, S.34).

1.5.2 Potentiale und Risiken organisierter sozialer Systeme

Mit den Potentialen organisierter sozialer Systeme gehen auch spezifische Risiken einher, die die systemische Prozessierfähigkeit gefährden können. Dabei ist wichtig zu betonen, daß es sich hier um Grenzen handelt, die genau wie die Vorzüge gegenüber einfachen sozialen Systemen partiell in den emergenten Eigenschaften komplexer sozialer Systeme fundiert sind und in diesem Abschnitt kontrastierend dargestellt werden sollen.

Zunächst sei in diesem Zusammenhang auf das strukturbestimmende Merkmal der *Entscheidungen* eingegangen. Der Vorteil, den Organisationen hieraus erzielen, ist die Zurechenbarkeit zu bereits getroffenen Entscheidungen. Unabhängig vom Personal wird normative Sicherheit dadurch erzeugt, daß man sich auf schon vorher fixierte Inhalte berufen kann. Zudem können neue Entscheidungsprozesse dadurch schneller initiiert werden, worin allerdings auch das Hauptrisiko zu sehen ist; Entscheidungen sind in sich schon kontingent (vgl. 1.5.1).

Durch die Rollentypik können mehrere kommunikative Akte parallel prozessiert werden und damit die systemische Leistung erheblich gesteigert werden – einfache Interaktionssysteme entbehren jeglicher Aufgaben- oder Arbeitsteilung. Dieser Vorteil wird allerdings mit einem hohen Preis bezahlt. Die Komplexität der Organisationsstruktur steigt, da mit der Rollentypik und den Programmen auch der Zwang zum Herstellen zusätzlichen Normen zur Gewährleistung sozialer Kontrolle entsteht. In informalen Organisationen geschieht dies nicht qua Vertrag, eher über o.g. Habitualisierungen, jedoch müssen auch hier Vereinbarungen getroffen werden, *welche* Stellen *wie* auszufüllen sind. Die Möglichkeit, auf vorher Entschiedenes mit geringer Reflexivität aufzubauen, birgt das Risiko, Fehlentscheidungen auf Grundlage von Fehlentscheidungen zu produzieren. Die Reglementierung der Stellen hängt demzufolge mit den Kompetenzen der Mitglieder zusammen: „Eine gute personale Besetzung erspart eingehende Programmierung.“ (Luhmann 1975, S.45).

Werden die normativen Rahmenbedingungen auf Mitgliederseite jedoch angenommen und befolgt, gewinnen Organisationen im Gegensatz zu Interaktionen auch zeitlich an Stabilität. Der Vorteil liegt auf der Hand; Ziele, die lediglich auf lange Sicht umgesetzt werden können, da sie eine Beeinflussung vieler Umwelten implizieren, sind notwendigerweise an das Engagement in Organisationen gebunden. Im Kontrast zu einfachen sozialen Systemen sollen Themenwechsel seltener stattfinden, vielmehr wenige zentrale Anliegen langfristig verfolgt werden. Die Systemgeschichte gewinnt durch die Relationierung der Entscheidungen, Stellen und Aufgabenteilung so an Tiefenschärfe (vgl. 1.4.2; Luhmann 1975, S.43).

Die Stabilität komplexer sozialer Systeme kann sich allerdings auch nachteilig auswirken. Die bedingungslose Relationierung, die sich positiv in der Normalisierung des Konfliktverhaltens manifestiert (vgl. 1.5), birgt die Gefahr, daß notwendiger Wandel bereits im voraus eingegeben wird. Im Gegensatz zur Elastizität einfacher sozialer Systeme, stellen insbesondere Organisationen Normalperspektiven her, die, trotz der Kontingenz der Entscheidungen, eine Abkehr von der üblichen Verhaltenspraxis nicht gerade erleichtern (vgl. Luhmann 1975, S.45f). Ein Beispiel sind Verkrustungen auf Organisations- und Verbandsebene, wodurch die Einführung von sinnvollen Neuerungen blockiert wird.

2. Überlegungen zum Integrationsbegriff

Um den allgemeinen theoretischen Rahmen mit dem Gegenstand dieser Arbeit verbinden zu können, muß zuerst der *Integrationsbegriff* in der Soziologie reflektiert werden⁶, der auf unterschiedlichste Weise reflektiert, definiert und klassifiziert wurde. In diesem Rahmen gilt es, auf eine Variante zurückzugreifen, die mit den systemtheoretischen Überlegungen und dem Gegenstand der Migrantenselbstorganisationen kompatibel zu sein scheint. Dabei sind vor allem zwei Aspekte zu berücksichtigen:

- Integration muß (vgl. 1.) einen Mechanismus darstellen, der strukturelle Einbindung von Teilsystemen in das Gesamtsystem ermöglicht. Dabei wird bei einfachen Systemen die doppelte Kontingenz reduziert, auf der Gesellschaftsebene wechselseitig Komplexität reduziert. Demzufolge erscheint Integration als systemfunktionales Erfordernis, das dem Risiko der Komplexitätseskalation entgegensteuert. Integration birgt zudem zwei Dimensionen. In einem Land zu sein, ist mit Integration noch nicht gleichzusetzen. Hierfür sind u.a. Sprachkenntnisse, das Wissen um die kulturellen Werte und Gepflogenheiten der Aufnahmegesellschaft nötig, zudem müssen diese internalisiert und angewendet werden (vgl. Hradil 2001, S.351). Andererseits muß jedoch garantiert sein, daß diejenigen, die über diese Fertigkeiten verfügen, sich auch

⁶ Im folgenden Abschnitt soll ein kurzer Überblick über Integrationstheorien der letzten 30 Jahre erfolgen, die sich insbesondere mit den hiesigen Gegebenheiten beschäftigt haben, bzw. aus diesen resultieren. Ein ausführlicher Exkurs, inklusive der sicherlich bedeutenden Theorien us-amerikanischer Sozialwissenschaftler ab dem 20.Jh., zum Thema Integration würde den Rahmen sprengen. Diesbezüglich sei auf die detaillierten Ausführungen Essers verwiesen (vgl. Esser 1980).

tatsächlich erfolgreich positionieren können. Dies wird u.a. normativ durch die geltende Rechtsgrundlage gewährleistet. Daß ausländische Mitbürger hierzulande diesbezüglich benachteiligt sind, ergibt sich aus dem „...abgestuft minderen Rechtsstatus“ (Geißler 1996, S.217), der z.B. EU-Angehörigen weitreichendere Partizipationschancen einräumt als Asylbewerbern oder ausländischen Studierenden (vgl. Hradil 2001, S. 346ff).

- Der Beitrag der Selbstorganisationen von Migranten ist gesondert zu erörtern. Ausgehend von den theoretischen Überlegungen, müßten diese integrationsfördernd wirken. Assoziationen ergeben sich hier in Richtung der Selbsthilfe, die den Beitrag eigenen Engagements bezüglich spezifischer Anliegen und Ziele betont oder zumindest partizipative Formen der sozialen Integration thematisiert. Außerdem hinsichtlich der *Binnenintegration* (vgl. Elwert 1982), die auf soziale Einbindung von Einwanderern über ausländische Kommunen innerhalb der Aufnahmegesellschaft verweist. In diesem Sinne wären Migrantenselbstorganisationen intermediäre, integrationsfördernde soziale Systeme. Das Patt in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung verweist auch auf die politische Debatte: „Die Politik steht also vor der schwierigen Überlegung, ob sie die ethnische Selbstorganisation fördern soll oder ob gerade dies der individuellen Integration in die Aufnahmegesellschaft entgegensteht. Eine Politik, welche die politische Selbstorganisation ethnischer Gruppen vorantreibt, trägt zur Intensivierung ethnischer Grenzen und überkommener Gruppenstrukturen bei. Umgekehrt wäre die Erfüllung des Postulats einer einheimischen *Leitkultur*, der sich die Migranten einseitig anzupassen hätten, ebenso wenig fruchtbar.“ (Kommission 2001, S.202)

2.1 Integrationstheorien in der Soziologie

Integrationstheorien verweisen auf den migrationsgeschichtlichen Kontext Deutschlands. Ab dem Mauerbau 1961 bis zum Anwerbestopp für Gastarbeiter 1973, stieg die Zahl ausländischer Erwerbstätiger auf rund 2.6 Mio. (vgl. Seifert 1995, S.26). Davor existierten zwar schon bilaterale Abkommen, die die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt vorsahen (z.B. 1955 mit Italien), der Flüchtlings-

strom von Ost- nach Westdeutschland deckte jedoch bis dahin den personellen Bedarf der Industrie, so daß eine politisch-ökonomisch initiierte Zuwanderung nicht nötig erschien. Der deutsch-deutsche Flüchtlingsstrom der fünfziger Jahre umfaßte durchschnittlich 225.800 Personen pro Jahr. In Folge der territorialen Teilung Deutschlands reduzierte sich diese Zahl auf lediglich 21.000 Personen im Jahre 1962 – in den achtziger Jahren wanderten durchschnittlich nur 24.250 Personen pro Jahr aus der DDR aus (vgl. Geißler 1996, S.350, Abb.15.7). Die Anwerbung von Arbeitskräften aus anderen Herkunftsländern wurde somit zunehmend wichtiger (s.o.), Migrationsprozesse gewannen an Bedeutung. Plausibel scheint dann auch, daß sich die Soziologie hierzulande, im Gegensatz zur amerikanischen, erst verspätet mit dem Phänomen auseinander setzte.

2.2 Strukturelle Aspekte der Migration

Zu den wesentlichen migrationstheoretischen Überlegungen im deutschsprachigen Raum zählen die Arbeiten Hoffmann-Nowotnys seit 1970. Sein Ansatz⁷ bezieht sich auf die Untersuchung struktureller Determinanten der Migration, die mittels Modellen mehrdimensional dargestellt werden, und so Aufschluß über die Problemlagen der Integration von Zuwanderern geben sollen. Für Hoffmann-Nowotny ist erfolgreich vollzogene Integration in der möglichen Positionierung der Individuen im Gesellschaftssystem zu sehen. Die Teilhabe an wertvollen gesellschaftlichen Gütern (z.B. Bildung, Einkommen) hängt von Macht- und Prestigestatus (strukturelle Merkmalsdimensionen) ab. Diese können im Umkehrschluß nur durch Güterakkumulation erhöht werden. Durch Ungleichheiten der Teilhabemöglichkeiten an den Gütern, ergeben sich wiederum Ungleichheiten der Macht- und Prestigeallokation und Inkonsistenzen *zwischen* letzteren. Die Folgen sind mangelnde Integration der Individuen *in das* System und strukturelle Spannungen *im* System. Die ungleichen Partizipationschancen, die sich aus der Verflechtung der Dimensionen und der Gütersituation ergeben, lassen sich mittels Rängen darstellen, die dann Aufschluß über den Grad

⁷ Hier exemplarisch an:

- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim 1973: Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Stuttgart: Enke
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim 1970: Migration: ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung. Stuttgart: Enke

der Teilhabe – folglich über den der Integration – geben können. Insbesondere im Falle der Nicht-Teilhabe an mehreren Statuslinien kann von einem geringen Grad funktionaler Integration ausgegangen werden (vgl. Seifert 1995, S.51f). Der Bezug zur Integration von Zuwanderern ist dann gegeben, wenn der Zugang zu den allgemein als wertvoll erachteten Gütern über die ethnische Herkunft geregelt ist, folglich die Partizipationsmöglichkeiten von Einwanderern in der Aufnahmegesellschaft strukturell eingeschränkt sind (vgl. 2.). Ein Wandel von strukturellen zu anomischen Spannungen tritt dann ein, wenn die Betroffenen versuchen, besagte Macht-Prestige-Differenzen zu überwinden. Dies kann z.B. durch vertikale Mobilität (sozialer Aufstieg innerhalb einer Statusdimension), wie auch durch gewollten Rückzug (Aufgabe der Rangposition, Ablehnung der relevanten Werte) geschehen. Der Effekt, der sich aus diesen konträren Verhaltensweisen ergibt, ist derselbe: Die Sozialstruktur wird aufgeweicht, das Normensystem deinstitutionalisiert, zunehmende Regellosigkeit (Anomie) ist die Folge. Der so initiierte sozialstrukturelle Wandel macht sich auf der Mikroebene in Form von subkulturellen Ausprägungen mit abweichenden Normensystemen bemerkbar (vgl. Seifert 1995, S.53).

Hoffmann-Nowotnys Überlegungen zur Integration beziehen sich zwar auf den mitteleuropäischen Raum, insbesondere der Schweiz, zudem versucht er ein eigenes Modell zu entwickeln, Ähnlichkeiten zur Chicago-Schule⁸ können jedoch nicht geleugnet werden. Dabei betrifft ein Hauptkritikpunkt die definitorischen Qualitäten des Integrationsbegriffes. Die Folgerung, nicht erfolgte Integration könne zur Bildung von Subkulturen führen, ist sicherlich nicht falsch, wie Tendenzen der Selbstghettoisierung der Spätaussiedler in Deutschland zeigen. Daß ethnische Subkulturen (s.o.) jedoch unweigerlich mit abweichendem Verhalten oder gar Delinquenz in Verbindung stehen, darf bestritten werden. Die Vorstellung von Integration als Idealzustand führt zu überwiegend negativen Konnotationen bei Segregation. „Zumeist wird Integration positiv verstanden, als ein Prozeß, der von Akzeptanz, Gleichberechtigung und

⁸ Eine soziologische Denkschule, die sich mit der Entwicklung kriminalökologischer Studien im Großraum Chicago in den zwanziger Jahren beschäftigte. Dabei stand der Erkenntnisgewinn aus empirischen Befunden, die im Chicagoer Milieu erhoben wurden, im Vordergrund. Ausgehend von anomietheoretischen Überlegungen wollte man u.a. Hypothesen bezüglich der Kriminalitätsbelastung in ethnisch-urbanen Subkulturen (*conflict subculture*) erforschen. Einen Einblick hierzu vermittelt Bock, Michael 2000: *Kriminologie*. 2.Aufl. München: Vahlen

Konfliktarmut gekennzeichnet ist.“ (Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.23). Integrationsprozesse, die sich trotz existierender sozialer Ungleichheiten vollziehen, sind nach Hoffmann-Nowotny so nicht denkbar. Seine Definition von Integration ist angelehnt an die Überlegungen Eisenstadts, nach denen sich integrative Prozesse in drei Stufen realisieren und – monokausal hergeleitet – zu einer Absorption der fremden Kultur führen (vgl. Seifert 1995, S.59f).

Hoffmann-Nowotny unterscheidet zwar kulturelle und soziale Dimensionen, denen die Konstrukte *Assimilation* (soziale Angleichung an die Aufnahmekultur) und *Integration* (Chancen der Teilhabe an sozialen Positionen) zugeordnet werden. Diese weisen jedoch Interdependenzen auf, so daß der Integrationsbegriff auch Assimilation impliziert (ebd.).

Ob Assimilation generell möglich, bzw. überhaupt wünschenswert ist, bleibt nach wie vor strittig; dem Begriff haften nationalistische Untertöne an. Daß Integration bei einem bestehenden Ungleichheitsgefüge dennoch möglich ist, ergibt sich aus der sozialen Komplexität selbst. In heterogenen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaften bestehen vielfältige Möglichkeiten, intern Grenzen zu Umwelten zu ziehen; die Option, dies über ethnische Zugehörigkeit zu vollziehen, ist lediglich eine von vielen (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.23f). Zwar betont Seifert die Kompaktheit des Modells Hoffman-Nowotnys, das zugleich die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Wie sich Integrationsprozesse auf der Individual- oder Gruppenebene konkret realisieren, bleibt jedoch aufgrund der strukturtheoretischen Perspektive unpräzise (vgl. Seifert 1995, S.61).

2.3 Mikrosoziale Modelle

An diesem Defizit knüpfen mikrosoziale Erklärungsmodelle an. Zwar wird die Existenz struktureller Determinanten, die Integration entgegenwirken, nicht geleugnet, der Fokus jedoch auf die Mikroebene verschoben. Integrationsprozesse werden demzufolge auf der Basis von Akteurskonstellationen und sozialen Gruppen analysiert. Die Vorstellung, so Essers Kritik, daß spezifische Strukturen ihrerseits Strukturen hervorbrächten und allein auf diese Weise Integration oder Segregation entstünde, sei ungenau und falsch (vgl. Esser 1980). Soziologische Theorien

müßten universelles Erklärungspotential aufweisen, jegliche Aspekte von Migration und Integration könnten dann mittels eines Modells analysiert und interpretiert werden. Theorien mittlerer Reichweite vermögen dies nicht und sorgen zudem dafür, daß „...sich Bindestrichsoziologien in gegeneinander konkurrierenden Schulen zersplittern“ (Esser, zit. n. Seifert 1995, S.61).

Auf theoretischer Ebene favorisiert Esser folglich den methodologischen Individualismus, kombiniert mit lerntheoretischen Überlegungen. Integration ist im Falle von regelmäßig wiederkehrenden assimilativen Handlungsmustern gegeben, die das Ergebnis kognitiven Adaptionslernens sind. Demnach wählen Akteure diejenigen in der Aufnahmegesellschaft typischen Handlungsalternativen, sofern diese einerseits erfolgsversprechend scheinen, andererseits tatsächlich realisiert werden. In diesem Zusammenhang ist die falsche Voraussetzung des Esser'schen Modells zu kritisieren, die das Erreichen subjektiv hoch bewerteter Ziele grundsätzlich an assimilative Handlungsmuster bindet. Wenn seitens der Aufnahmegesellschaft bestimmte Positionen für Zuwanderer verschlossen bleiben, macht es wenig Sinn, sich assimilativ zu verhalten (vgl. Seifert 1995, S.62). Plausibler erscheinen hier Überlegungen zur Subkulturbildung (vgl. 2.2). Zudem weist Seifert darauf hin, daß „...bestimmte Merkmale wie Hautfarbe oder Geschlecht nicht *assimiliert* werden“ können (Seifert 1995, S.62). Drittens müssen die von Esser angeführten lerntheoretischen Aspekte in Frage gestellt werden. Die Vorstellung, assimilative Handlungswahlen basierten direkt auf Belohnungs-, bzw. Sanktionierungserfahrungen, aufgrund früherer nicht-assimilativer Handlungen, verkennt die grundsätzliche Komplexität von Lernprozessen. Die Vorstellung von assimilativen Lernprozessen in Form einer „...Trial and Error-Methode“ (Seifert 1995, S.62) sind dementsprechend zu überdenken.

Der Vorteil der akteurszentrierten Perspektive zeigt sich bei Ausgestaltung des Modells. Trotz der Kritikpunkte gelingt Esser, eine differenzierte Betrachtung derjenigen Faktoren, die Integrationsprozesse beeinflussen oder daraus resultieren, ohne dabei strukturelle Determinanten zu vernachlässigen. So wird zwischen Prozessen des Erwerbs kultureller Gewohnheiten (Akkulturation), Angleichungszuständen kognitiver und

identifikativer Art (Assimilation) und der eigentlichen Integration unterschieden, die zunächst allgemein als ein Gleichgewichtszustand zu verstehen ist. Weitere Präzisierungen erfährt das Modell anhand der Differenzierung in individuelle und kollektive Bezüge, so daß eine Analyse des Gesamtsystems *und* seiner Teile gewährleistet ist (vgl. Seifert 1995, S.64, Abb. 4). Zudem unterscheidet Esser auf der Individualebene zwischen rein personalen (individuell-absolut) und sozialen Aspekten (individuell-relational). Erstere beziehen sich auf o.g. Lernprozesse, während individuell-relationale Aspekte die konkreten Interaktionen, interethnischen Beziehungen, sowie Rollen- und Statusübernahmen der Akteure berücksichtigen (ebd.).

Anhand der Differenziertheit seines Modells gelang es Esser, die, bis dato fehlenden, Brückenhypothesen zwischen Mikro- und Makroebene einzuziehen. Dabei wird die wichtige Unterscheidung zwischen personalen Seinszuständen, faktisch realisierten Handlungen und deren sozialen Effekten vorgenommen, ohne strukturelle Faktoren auszublenden. Letztere wurden im Zuge einer Ausarbeitung des Modells – unter Einbeziehung systemtheoretischer Aspekte – von Esser noch konkretisiert. Dieses strukturtheoretische Modell ist später gesondert zu berücksichtigen. Durch Essers Überlegungen wurde vor allem ein Paradigmenwechsel initiiert, der sich in Form einer Fokussierung auf die Prozesse zwischen Individual- und Kollektivebene manifestierte und teilweise konträr zueinander stehende neue Theorien hervorbrachte.

2.4 Multikulturelle Gesellschaft und Binnenintegration

Widersprüche zu bestehenden Theorien ergaben sich in zweierlei Hinsicht. Neben der zu starken Konzentration auf assimilative Aspekte der Integration in Form einer „Dominanzperspektive“ (Seifert 1995, S.72), gerieten bis dato gültige Modelle auch deshalb zunehmend in Kritik, weil die Realität sie falsifizierte. Exemplarisch sei hier ein Beispiel genannt:

Der Zuzug von Familienangehörigen der Gastarbeiter, steigende Asylbewerberzahlen und die Aussiedlerpolitik der christlich-liberalen Koalition sorgten für prekäre, nicht prognostizierte Entwicklungen bezüglich der Erwerbstruktur in der ausländischen Bevölkerung. Seit den siebziger Jahren stieg die Zahl arbeitsloser Migranten massiv an. So waren 1974

von den insgesamt ca. 4,13 Mio. Migranten bereits 1,84 Mio. ohne Erwerbstätigkeit (vgl. Geißler 1996, S.214f). Nach den Vorstellungen Essers hätte danach ein Trend steigender Erwerbsquoten aufgrund assimilativer Lernprozesse einsetzen müssen. Dies kann insofern nicht bestätigt werden, da Migranten besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. War die Arbeitslosenquote von Migranten im Jahre 1979 nur geringfügig höher als die der Gesamtbevölkerung, so ist in den darauf folgenden Jahren ein signifikanter Anstieg des Arbeitslosigkeitsrisikos von Migranten festzustellen. Bereits 1982 waren 11,8% der ausländischen Erwerbsbevölkerung, hingegen nur 7,5% aller Erwerbsfähigen arbeitslos. Dieser Trend setzte sich fort: 1998 waren 9,8% aller Erwerbsfähigen, jedoch rund 18,3% der ausländischen Erwerbsbevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen (vgl. Bremer 2000, S.70, Tab.1).

Überlegungen zur *multikulturellen Gesellschaft* setzten genau hier an. Einerseits wurde das assimilativ geprägte Verständnis von Integration durch das Konzept einer (akzeptierten) Koexistenz der Kulturen *in* der Aufnahmegesellschaft ersetzt. Andererseits wurde Integration nun als ein wechselseitiger Prozeß verstanden, der nicht nur Adaption seitens der Einwanderer impliziert, sondern auch Anpassungsbereitschaft seitens der Aufnahmegesellschaft fordert. Die Vorstellung eines konfliktarmen paritätischen Miteinanders scheint, angesichts existierender Ungleichheiten (s.o.), normativ bedingten Barrieren (vgl. 2.), sowie dem Prinzip des Konkurrenzkampfes um knappe Ressourcen, jedoch eher ein sozialpolitisches als wissenschaftliches Anliegen zu sein. So ist zu resümieren, daß der Begriff der multikulturellen Gesellschaft „...zu einer Worthülse in der emotionalisierten Debatte um Zuwanderung und Integration“ wurde und vielmehr auf „...moralisch-pädagogischer Gesinnung“ (Seifert 1995, S.74) zu beruhen schien. Mit ethnischer und kultureller Heterogenität geht per se eine latente Konfliktlast einher, so daß die Anwendung der Begrifflichkeit auf ein realistisches Maß beschränkt werden muß. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die Anreicherung des Integrationsbegriffes durch eine zweite Perspektive nicht nur der (berechtigten) Kritik entspricht, sondern auch auf theoretischer Ebene (vgl. 1.1) realistischer erscheint. Definitive Mängel des Konzeptes der multikulturellen Gesellschaft sind zudem nach wie vor in den Stabilitäts- und Gleichgewichtszuständen,

die mit Integration assoziiert werden, festzustellen. Durch die Dynamiken, die aus dem Umgang mit der Komplexitätsproblematik sozialer Systeme resultieren, muß der Vorstellung von Systemstabilität in Form eines inhärenten Gleichgewichts widersprochen werden (vgl. 1.1; 1.4.1).

Analog der Entwicklung kann für neuere Modelle eine Hinwendung zur Betrachtung integrativer Prozesse in ethnischen Gruppierungen und Milieus konstatiert werden. Dabei zielten die Überlegungen auf die Pluralität multiethnischer Segmente ab; man gab damit die Vorstellung von einer – alles umfassenden – Integration der Gesellschaft auf, berücksichtigte zudem allgemeine Befunde, die ja auch ein anderes Bild der Sozialstruktur zeichneten, als das der Klassen- oder Schichtungsgesellschaft.

Georg Elwerts Aufsatz zur Integration durch Binnenintegration ist hier besonders zu erwähnen. Unter Bezug auf den üblichen Gebrauch des Assimilationsbegriffes kritisiert er, „...daß die gängigen Konzeptionen mit *Assimilation* von einer Homogenität der einheimischen Kultur ausgehen, die es in keiner differenzierten Gesellschaft gibt.“ (Elwert 1982, S.719). Der Trend sei es, Assimilation zum Untersuchungskriterium zu machen, dann aufgrund o.g. Realitätsferne zu scheitern. Der These der Ghetto-bildung müsse die der integrativen Wirkung, die ethnische Netzwerke und Kommunen entfalten könnten, entgegengestellt werden. Dabei dürfe man jedoch auch nicht den Fehler begehen, Integration rein quantitativ über die Menge der Interaktionen bestimmen zu wollen, da diese bezüglich ihrer gesellschaftlichen Relevanz gewichtet werden müßten, was zu Problemen bei der Operationalisierung führe (ebd.).

Elwert geht in seinen Überlegungen von einer *Grenzziehung* ethnischer Kommunen aufgrund sozialen Stresses aus, die dann Solidaritätsprozesse initiiert, die die Aufnahmegesellschaft – z.B. in Form von Interessenforen – nicht bietet. Dabei konstituiert sich Solidarität über drei wesentliche Zusammenhänge (vgl. Elwert 1982, S.721ff):

- *Selbstbewußtsein und Binnenintegration*. Die Herausbildung eines stabilen Selbstkonzeptes fällt leichter, wenn sie über Interaktionsprozesse mit Individuen der gleichen kulturellen Identität realisiert wird. Selbstbewußtsein ist eine notwendige Voraussetzung für die alltägliche

Plazierung (z.B. bei Behördengängen, Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche etc.).

- *Alltagswissen und dessen Vermittlung*. Um sich erfolgreich plazieren zu können, müssen Kenntnisse über die Gewohnheiten des neuen Umfeldes erworben, bzw. müssen diese vermittelt werden (vgl. 2.). Dies geschieht am besten über den Weg der *Selbsthilfe*, da diese effektiver und praxisnäher ist (der Vermittler war anfangs in einer vergleichbaren Situation wie der Lernende), als abstrakte Wissensvermittlung.
- *Der Aspekt der Pressure-Group*. Eine erfolgreiche Interessenvertretung bedingt gemeinsames Auftreten und politische Mobilisierung, um Einfluß auch geltend zu machen. Dies geschieht bestens über Zusammenschlüsse. Elwert charakterisiert dies mittels des Slogans „governing through ethnicity“ (Elwert 1982, S.722).

Prozesse der Binnenintegration können sich mit gewissen Einschränkungen realisieren. Hier geht Elwert auf die Argumente von Kritikern ethnischer Selbstorganisationen, jedoch auch auf deren potentielle Problembereiche ein. So ist die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols seitens der Immigranten, damit auch die Gewaltfreiheit innerhalb der ethnischen Kommunen, entscheidende Bedingung für das Aufgehen des Konzeptes. Ein Beispiel sind ‚mafia-ähnliche‘ Gruppen, die im Bereich der Schutzgelderpressung u.ä. operieren. „Als Staat im Staat“ (Elwert 1982, S.725) stellen diese eine Bedrohung dar. Weitere Fälle sind im Nichteingreifen der Polizei bei interethnischen Konflikten, jedoch auch in rassistischen Übergriffen durch diese zu sehen. Partizipationschancen und Positionierungsmöglichkeiten können nur bei gegebener Kongruenz der Normensysteme auf Gesellschafts- und Kommunenebene umgesetzt werden. Hier bestehen Parallelen zu den Überlegungen Hoffmann-Nowotnys in Bezug auf die Entstehung von Subkulturen (vgl. 2.2).

Die zweite Einschränkung betrifft die sogenannte *Isolatbildung* innerhalb ethnischer Gemeinschaften (vgl. Elwert 1982, S.725). Im Falle einer Isolierung Einzelner (z.B. bei türkischen Frauen) sind die ersten beiden Zusammenhänge (s.o.) aufgrund weiterer Segmentationsprozesse nicht gegeben. Dabei ist anzumerken, daß die Isolation ein emergentes Phänomen im neuen Umfeld darstellt.

Zudem muß die ethnische Gruppierung lernfähig bleiben und angeeignete kulturelle Werte mit der Herkunftskultur verbinden. Die Gefahr, durch sogenannte *Pseudo-Experten* den Neuankömmlingen falsche, stereotype Weltbilder über die neue Heimat zu vermitteln, ist groß und kann zudem zu Radikalisierungstendenzen innerhalb der Kommune (z.B. Retürikisierung, Graue Wölfe) führen (vgl. Elwert 1982, S.726).

Abschließend sind Ansätze, die Bedeutung und Funktion ethnischer Kommunen für die Integration betonen, als realitätsnah und anwendbar zu klassifizieren. Seifert betont, sie „...können als nüchterne Beschreibung der Einwanderungssituation, wie sie sich zu Beginn der 80er Jahre darstellt, verstanden werden.“ (Seifert 1995, S.73). Wenngleich Elwert kein geschlossenes theoretisches Konzept formulierte, so liefert sein Argumentationsstrang doch den Bezugspunkt zum Gegenstand dieser Arbeit.

3. Kombination der Modelle – Thesenbildung

Die neueren systemtheoretischen Überlegungen Essers gewährleisten in Bezug auf die Fragestellung die nötige Differenzierbarkeit spezifischer Aspekte und damit die Operationalisierbarkeit des Modells. Integration wird – zunächst ganz allgemein – als funktionales Erfordernis der Gesellschaft angesehen (vgl. Esser 2000, S.263). Sie bezieht sich auf den „...Zusammenhalt von Teilen in einem *systemischen* Ganzen“ (Esser 2000, S.261), was Kompatibilität zu den allgemeinen systemtheoretischen Überlegungen verspricht. Der Begriff des Gesellschaftssystems impliziert, daß alle darin befindlichen Teilsysteme lediglich gesellschaftsinterne Umwelten konstituieren können, dementsprechend in den maximal möglichen systemischen Zusammenhang (Gesellschaft) inkludiert werden. Integration ist somit synonym mit der Inklusion aller strukturell gekoppelten Systeme *in* die Gesellschaft zu verwenden. Dabei ist auf die Unterscheidung Essers zwischen *systemischer* und *sozialer* Integration einzugehen, die sich auf die Kohäsion des Gesamtsystems (systemisch), bzw. auf die Einbindungspotentiale individueller Akteure (sozial) in die Gesellschaft bezieht (vgl. Esser 2000, S.268f, Abb. 6.1).

Die systemische Integration steht für den Grad der Dichte aller strukturellen Kopplungen zwischen allen Teilsystemen. Von Belang ist hier jedoch

die soziale Integration, die in Abgrenzung zu Esser nicht akteurszentriert fundiert werden darf, sondern von der Voraussetzung geprägt sein muß, daß Ex- und Inklusionsprozesse (Integration und Segregation) sich auf soziale Systeme und damit auf das Verstehen beziehen (vgl. 1.4.1). Die Differenzierung Essers, daß sich Systemintegration auf Prozesse bezöge, die „...anonym [...] und über die Köpfe der Akteure hinweg“ (Esser 2000, S.270) abliefen, während soziale Integration „...unmittelbar mit den Motiven, Orientierungen, Absichten und [...] den Beziehungen der Akteure“ (ebd.) verbunden sei, scheint aus systemtheoretischer Perspektive unnötig, da es sich um gleichartige Phänomene handelt, die allerdings auf unterschiedlichen Ordnungsniveaus ablaufen⁹. Richtig ist indessen, eine grundsätzliche Trennung von Prozessen auf der Ebene einfacher sowie komplexer sozialer Systeme vorzunehmen, ferner, diese Unterscheidung anhand der Interaktionsdimension der sozialen Integration zu berücksichtigen. Die soziale Integration untergliedert sich in vier Dimensionen, die kulturelle, partizipative und identifikative Aspekte beinhalten und zudem mit den konkreten Interaktionen in Verbindung gesetzt werden (vgl. Esser 2000, S.272ff).

3.1 Kulturation

Ausgehend von der klassischen Definition (vgl. 2.2) wird der Begriff der Kulturation als Aneignungsprozeß hinsichtlich kultureller Werte und Gewohnheiten der Aufnahmegesellschaft durch Einwanderer verstanden. Kulturation steht in Verbindung mit Sozialisation. Während *Enkulturation* auf die primäre Sozialisation verweist, impliziert *Akkulturation* Lern- und Anpassungsprozesse in einem neuen soziokulturellen Kontext (vgl. Esser 2000, S.272). Das Wissen, das während der Akkulturationsphase akkumuliert wird, dient als Humankapital und steht infolgedessen in engem Zusammenhang zu den Positionierungsmöglichkeiten. Dabei geht Akkulturation über alltägliche kulturelle Adaptionen hinaus; so können spezielle Bildungszertifikate und -abschlüsse als Eintrittskarten in

⁹ Nach Esser sind grundlegende Mechanismen systemischer Integration der Markt und die Organisation, da der Beobachter häufig erst durch die Medien von deren Leistungen (z.B. Vodafone - feindliche Übernahme auf Konzernebene) erfährt (vgl. Esser 2000, S.270). In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß es nur von der Beobachtungsperspektive – Esser ist z.B. Soziologieprofessor und nicht Vodafone-Vorstandsmitglied – abhängt, wieviel man erfassen kann, bzw. ab wann sich Ereignisse dem Beobachter entziehen, ergo anonym erscheinen.

den Arbeitsmarkt der Aufnahmegesellschaft verstanden werden. Weitere, zusätzliche Zeugnisse (z.B. die deutsche Fahrerlaubnis, EDV- und Sprachkurse etc.), zeugen z.B. gegenüber Arbeitgebern oder Behörden von einer erfolgreich verlaufenen kulturellen Orientierung.

Der Kulturation im Sinne Essers entspricht der Aspekt des Alltagswissens und dessen Vermittlung im Binnenintegrationsmodell Elwerts (vgl. 2.4). Die Verbindung kann über den – schon angesprochenen – Aspekt der Selbsthilfe in ethnischen Zusammenschlüssen erfolgen. Faktoren, die in Verbindung zur Kultur, bzw. deren Aneignung stehen, sich ferner auf Aktivitäten der Selbstorganisationen von Migranten beziehen, sind:

- Vereinsangebote im Bildungsbereich.
- interkulturelle Austauschprozesse.
- der Aspekt der Begegnung in der Vereinsarbeit.
- Verbindungen zu Organisationen anderer kultureller Herkunft.
- kulturelle und religiöse Vereinsaktivitäten mit Bezug zur Herkunfts- und Fremdkultur.

3.2 Plazierung

Die Dimension der Plazierung bezieht sich auf die Chancen der Teilhabe an Gütern der Aufnahmegesellschaft. Der integrative Aspekt ist in der Positionseinnahme und -inhabung durch die Zuwanderer zu sehen; Integration ist erst im Falle von der Position entsprechenden Kommunikations- und Interaktionsspielräumen gewährleistet. Der Plazierung müssen zwar Akkulturationsprozesse vorausgehen, dennoch können Teilhabe und Positionsbesetzung als Schlüssel zur Integration gelten (vgl. Esser 2000, S.272): Mit der Akkumulation ökonomischen Kapitals schwinden u.a. Mobilitätsbarrieren, private soziale Absicherung ist finanziell möglich, nicht zuletzt steigen Lebensqualität und soziales Ansehen. Plazierung impliziert jedoch auch Partizipation an öffentlichen, nicht materiellen Gütern. So determiniert der Rechtsstatus die Möglichkeiten von Mobilität, persönlicher Freiheit (vgl. 2.) und der Teilhabe an kollektiven Gütern (z.B. an der Sozialversicherung). Interdependenzen ergeben sich zur Kulturation bei den Bildungschancen. Zwar basiert das hiesige Bildungssystem auf dem Prinzip der Chancengleichheit, dennoch

lassen sich Ungleichheiten zwischen ausländischen und deutschen Schülern feststellen, so daß ein erfolgreicher Bildungserwerb von den individuellen Möglichkeiten, folglich auch von der Plazierung, abhängt. So erreichten 1994 rund 36% der ausländischen, jedoch ca. 67% der deutschen Schulabgänger die mittlere Reife oder höhere Qualifikationen (vgl. Hradil 2001, S.170, Tab.8). Über die Hälfte der jungen ausländischen Erwachsenen verfügte 1997 über keinen Berufsabschluß, zudem erlangen ausländische Erwerbstätige – auch aufgrund des Bildungsabschlusses – seltener eine Berufsposition im tertiären Sektor als deutsche (vgl. Hradil 2001, S.172; Seifert 1995, S.166ff). Demzufolge diskutiert Esser den Bildungsaspekt auch im Kontext mit der Plazierung, was allerdings zu Unschärfen durch Überschneidungen der Dimensionen führt. Deswegen scheint es plausibel, Bildung im Zusammenhang mit Akkulturation zu behandeln, da nicht irgendeine Art der Bildung die Integration positiv beeinflußt, sondern eine spezielle, in der Aufnahmegesellschaft fundierte und relevante Form.

Erkenntnisse über die Relevanz der Migrantenselbstorganisationen für die Plazierung resultieren aus der Zielgruppenorientierung, Angebotsstruktur¹⁰ und der Selbstplazierung der Organisationen:

- Zielgruppenorientierung der Selbstorganisationen; speziell das Einbeziehen der Belange von Arbeitslosen und Erwerbstätigen.
- Themengebiete. Angebote, die mit Beratung und Hilfestellung in Verbindung stehen und infolgedessen die unmittelbare und längerfristige Plazierung betreffen.
- Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung als der Plazierung entgegenstehende Prozesse.
- Selbstplazierung der Organisationen.
 - Position der Vereine im Organisationswesen, Zugehörigkeit zu Dachverbänden.
 - Existenzdauer der Vereine.
 - materielle und personelle Ausstattung. Finanz-, Raum- und Personalsituation der Vereine.

¹⁰ Diese Vereinsangebote werden in der NRW- Studie ungenau unter *Integration* behandelt. Zwar beinhaltet dieser Bereich auch kulturelle Aktivitäten, im Fokus stehen jedoch plazierungsrelevante Maßnahmen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung (vgl. MGSFF 1999, S.46).

3.3 Interaktion

Die Interaktionsdimension bezieht sich auf den manifesten Teil sozialer Integration. Ausgehend von Essers handlungstheoretischer Fundierung lassen sich Interaktionsformen (nonverbal, verbal, symbolisch) und Typen sozialer Situationen (Handeln, Beziehungen, Transaktionen) unterscheiden, über die sich Integration durch Interaktion realisiert (vgl. Esser 2000, S.273). Wenngleich in diesem Rahmen eine andere theoretische Perspektive eingenommen wird, die Integration über Interaktions- oder Organisationssysteme mittels Kommunikation bestimmt, scheint das Modell Essers in diesem Punkt dennoch kompatibel. Entscheidend ist hier der Gedanke der Integration über soziale Netze, differenziert in *strong ties* und *weak ties*. Starke Verbindungen sind mit Gruppen zu assoziieren und setzen somit – analog einfachen sozialen Systemen – Anwesenheit voraus. Soziale Netze mit schwachen, teilweise indirekten, Verbindungen sind auf der Ebene organisierter sozialer Systeme denkbar: „Über *weak ties* wird dann auch die Integration größerer Verbände von ansonsten isolierten Cliquen möglich.“ (Esser 2000, S.274). Daran wird deutlich, daß die Klassifikation in starke und schwache Verbindungen sich auf den personellen Aspekt bezieht (Anwesenheit vs. Mitgliedschaft und Rollentypik) und demzufolge nicht als Qualitätsmerkmal mißverstanden werden sollte. Esser folgert zudem, die Sozialintegration über *weak ties* sei auch ein Fall der Systemintegration, was die o.g. Überlegung zur Modifikation des Modells stützt (vgl. 3.).

Anhand der Interaktionsdimension sind somit Unterschiede zwischen einfachen und organisierten Systemen bezüglich deren Integrationswirkung zu diskutieren. Der grundlegenden These Elwerts, ethnische Kommunen (Netzwerke) leisteten hierzu Beiträge, kann unter Bezug auf die Systemtheorie Rechnung getragen werden. Dabei ist zu bedenken, daß die Interaktionsdimension nicht von Kulturation und Plazierung zu trennen ist, eher als Folge oder Bedingung erscheint (vgl. Esser 2000, S.274). Es handelt sich dabei um eine analytische Differenzierung; Kulturation und Plazierung realisieren sich in konkreten Interaktionen, Identifikationsprozesse basieren auf ebensolchen. Insofern führt eine direkte Umsetzung des Modells zu Problemen der Anwendbarkeit. Die Interaktionsdimension ist folglich im Rahmen der Analyse plazierungs- und

kulturationsrelevanter Aspekte der Organisationen zu reflektieren. Diesbezügliche Faktoren sind:

- die Bedeutung ausländischer Vereine bei der Problembewältigung.
- die Funktion der Selbstorganisationen unter Einbezug der Einschätzungen von Umfeldexperten.
- integrationsrelevante Unterschiede zwischen Organisierten und Nichtorganisierten.
- Kontakte zu Organisationen und Institutionen der Aufnahmegesellschaft.
- Öffentlichkeitsarbeit der Organisationen (> Plazierung).

3.4 Identifikation

Die *Identifikation* bezieht sich auf die emotionalen Befindlichkeiten der Migranten im soziokulturellen Kontext der Aufnahmegesellschaft. Im Falle einer gelungenen Integration sollte sich ein Wir- oder Kollektivgefühl in der Weise entwickeln, daß – bis dato – empfundenes Fremdsein in heimatische Verbundenheit transformiert wird. Esser betont hier in Anlehnung an die Überlegungen Durkheims zu den Kollektivvorstellungen und der sozialen Kohäsion die Einbindung des Individuums in die soziale Gemeinschaft auf emotionaler und kognitiver Ebene (vgl. Esser 2000, S.274f).

Dies impliziert einerseits gewollte, mit positiven Emotionen verbundene, Identifikation (Nationalstolz), andererseits auch negativ konnotierte Formen emotionaler Verbundenheit mit der neuen Heimat (Hinnahme von Benachteiligung). Infolgedessen unterscheidet Esser drei grundlegende Typen der Integration durch Identifikation. Im Falle der *Wertintegration* ist eine „... bewußte Loyalität zur Gesellschaft und ihren herrschenden Institutionen, etwa in Form der mit Werten begründeten Zustimmung zu den politischen Instanzen und deren Entscheidungen [gegeben]“ (Esser 2000, S.275). Diese solidarische Form der Verbundenheit mit der Aufnahmegesellschaft erscheint freilich etwas zu idealistisch angedacht, da sie Partizipationsrechte voraussetzt, die ein konkretes Umsetzen und Ausgestalten ermöglichen (z.B. mittels Wahlrecht – vgl. 2.; 2.2; 2.3).

Die Typen der sogenannten *Verkettungs-* und *Deferenzintegration* tragen diesem Aspekt Rechnung; strukturelle Ungleichheiten und Barrieren in der

Aufnahmegesellschaft werden hier berücksichtigt. Esser geht diesbezüglich von einem Fehlen an „...integrierender Orientierung...“ (Esser 2000, S.276) aus, so daß sich Identifikation nur über Hinnahme der strukturell begrenzten Möglichkeiten unter Einbezug der persönlichen Interessen konstituieren kann. Bei der Verkettungsintegration gelingt dies leicht, da die Betroffenen trotzdem – wenn auch in geringerem Umfang als andere – an den wertvollen Gütern der Gesellschaft partizipieren können. Die Defferenzintegration kann hingegen als *Rückzug mit Akzeptanz* bezeichnet werden; eine Änderung der gesellschaftlichen Normen bezüglich der Teilhabemöglichkeiten wird seitens der Einwanderer als aussichtslos empfunden und somit hingenommen.

Konsequenzen ergeben sich darauf in zweierlei Hinsicht:

- *Marginalität*. Migranten identifizieren sich mit keinem soziokulturellen Kontext mehr und führen folglich ein Leben „...zwischen allen Stühlen“ (Esser 2000, S.277).
- *Selbsthilfe*. Um nicht marginalisiert und ausgegrenzt zu bleiben, entwickeln sich Formen der Selbsthilfe unter Gleichgesinnten und Betroffenen. Hier setzt Elwerts Modell an – insbesondere der erste und dritte Zusammenhang (vgl. 2.4).

Identifikation – in Bezug auf die Selbstorganisationen von Migranten – ist dann als pragmatische, weniger loyale Form der sozialen Integration zu verstehen. Man identifiziert sich teilweise mit den Wertvorstellungen der Aufnahmegesellschaft, inkorporiert dabei jedoch auch Werte, die mit der eigenen Herkunft, bzw. dem (ethnisch) geprägten sozialen Umfeld in Verbindung stehen. Um dies anhand der Studien zu belegen, ergeben sich Überschneidungen zu Kulturations- und Interaktionsaspekten, so daß die identifikative Dimension der Integration in Verbindung mit den folgenden kulturations- und plzierungsbezogenen Befunden diskutiert werden muß:

- Ethnopolitische Mobilisierung. Politische Vereinsaktivitäten und deren Bezug zu Herkunftsland und Aufnahmegesellschaft.

- Interessen- und Erwartungsartikulation in Bezug auf die Aufnahmegesellschaft.
- Verbindungen zu den politischen Parteien des Aufnahme-, bzw. Herkunftslandes.
- Kulturorientierung der Angebotsstruktur. Tendenzen genereller Ausrichtung der Aktivitäten an Herkunfts- oder Fremdkultur.

3.5 Design, Umfang und Methode der Studien

Empirische Befunde können aus dem Forschungsbericht zu Ausländervereinen in Berlin (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997) sowie aus der wissenschaftlichen Bestandsaufnahme zu Migrantenselbstorganisationen in Nordrhein-Westfalen (vgl. MGSFF 1999) entnommen werden. Letztere weist vor allem beschreibende Qualitäten auf, wenngleich auch auf die Integrationswirkung der Migrantenselbstorganisationen eingegangen wird. Über den Evaluationsrahmen hinaus werden im Rahmen der Berliner Studie die integrativen und funktionalen Aspekte der Selbstorganisationen mittels qualitativer und quantitativer Methoden analysiert und interpretiert. Im Folgenden ist kurz auf die Unterschiede bezüglich Design, Umfang und Methode der Studien einzugehen.

3.5.1 Bestandsaufnahme Nordrhein-Westfalen

Die vom Landesministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie herausgegebene Studie wurde hinsichtlich der Herkunftsregionen in zwei Kategorien unterteilt, die auch getrennt untersucht wurden. Das *Zentrum für Türkeistudien Essen* (ZFT) führte die Bestandsaufnahme der türkischen, kurdischen, bosnischen und maghrebinischen Selbstorganisationen durch, das *Institut für Politikwissenschaften der Universität Münster* (IFP) evaluierte alle übrigen herkunftshomogenen und herkunftsheterogenen Zusammenschlüsse in NRW. Um die Vergleichbarkeit der Befunde zu gewährleisten, fand eine Angleichung der Methodik statt.

Ziel war es, eine Vollerhebung aller in NRW befindlichen Migrantenselbstorganisationen auf Basis einer schriftlichen Befragung durchzuführen. Quellen hierfür waren amtliche Vereinsregister und Informationen der Ausländerbeiräte, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften sowie der schon kontaktierten Selbstorganisationen. Die Zahl aller ermittelten

Organisationen betrug zunächst ca. 2395, wobei schließlich auf eine Grundgesamtheit von N=679 (ZFT: 377; IFP: 302) zurückgegriffen werden konnte; nur diese Vereinigungen wurden tatsächlich befragt. Die bekanntlich geringe Bereitschaft, an schriftlichen Befragungen teilzunehmen, konnte durch mehrmaliges Anschreiben, telefonischen Kontakt, Hilfestellung beim Ausfüllen der Fragebögen, beigelegte frankierte Rückumschläge und – im Falle der türkischen Organisationen – durch übersetzte Fragebögen erheblich gesteigert werden (Rücklauf – IFP: 31,7%; ZFT: 28,4 %).

Die standardisierte Befragung wurde angereichert durch offene Fragen – insbesondere zu Angebot und Tätigkeit der Organisationen (vgl. MGSFF 1999, S.80). Der zugrunde liegende Begriff der Selbstorganisation wurde im Rahmen der Studie bewußt weitläufig gestaltet, was der theoretischen Problematik Rechnung trägt (vgl. 1.5.1) und überdies den Rücklauf erhöht haben dürfte. Qualitätssteigernde Wirkung erzielte man zudem durch zusätzliche Tiefeninterviews. Hier unterschieden sich die Zielsetzungen beider Projektgruppen in der Form, daß man seitens des IFP „... die in der Vielschichtigkeit gesellschaftlicher Realitäten bestehende Diversifikation der Selbstorganisationen“ (MGSFF 1999, S.21) mittels unstrukturiert-explorativer Interviews aufzeigen wollte, während das ZFT durch Leitfadeninterviews „... zusätzliche Informationen über das Selbstverständnis, die Orientierung, Schwierigkeiten und Möglichkeiten sowie Erwartungen der Selbstorganisationen an das Land“ (MGSFF 1999, S.81) gewinnen wollte.

3.5.2 Forschungsbericht Berlin

Die Studie von Fijalkowski und Gillmeister erschöpft sich nicht in einer Evaluation, sondern setzt an der Integrationsproblematik, die sich aus der Zuwanderung in die hiesige Gesellschaft ergibt, an. Die Stadt Berlin mit insgesamt rund 420.000 ausländischen Mitbürgern aus 20 Nationen ist aufgrund der Vielzahl heterogener Zuwanderungsminderheiten ein Beispiel für latente multiethnischer Konflikte (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.11). Die Kernfrage bezieht sich auf den Einfluß der Selbstorganisationen von Migranten auf deren Integration, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Rahmenbedingungen von einer Dominanzkultur geprägt sind.

Analog der Kritik an assimilativ geprägten Integrationsvorstellungen entsteht der Bezug zur Integration durch Binnenintegration (vgl. 2.4). Folglich wird die These vertreten, daß Selbstorganisationen von Migranten – gerade in den Konfliktbereichen – Aktivitäten entfalten und so integrative Wirkung in politischer, kultureller, ökonomischer und sozialer Sphäre erzielen (vgl. Fijalkowski/Gillmeister 1997, S.25; 27). Dabei werden die Differenzen zwischen den ausgesuchten sieben Zuwanderergruppen¹¹ berücksichtigt, die sich auf Struktur und Zielsetzung der Organisationen auswirken.

Das zugrunde liegende Design der Studie umfaßt 188 Items und vier offene Fragen. Der hohe Grad der Standardisierung ermöglicht große Effizienz hinsichtlich der Analyse der Gruppen *und* Problemlagen. Die Grundgesamtheit (N=474) basierte auf einer Zufallsauswahl amtlicher Statistiken unter Zuhilfenahme bereits vorhandener Forschungsbefunde. Zusätzlich wurden sowohl organisierte, als auch nicht-organisierte Zuwanderer in Form von direkten Interviews befragt, wobei die Interviewer aus den gleichen Herkunftsländern stammten, um sprachliche Probleme zu minimieren. Die so gewonnenen Daten wurden einerseits in Kategorien (z.B. Einkommen, Verständigungskompetenz, Vernetzung, Vereinstyp) untergliedert, andererseits auch bestimmten Kontexten zugeordnet (sozio-ökonomische Lage, Zugänglichkeit der Aufnahmegesellschaft, Ethnizität und Selbstorganisation). Neben der standardisierten Befragung wurden zusätzlich Leitfadeninterviews mit Umfeldexperten geführt, die den Selbstorganisationen angehörten sowie aus politischen und karitativen Bereichen der Aufnahmegesellschaft kamen, um Erkenntnisse über die Resonanz der Selbstorganisationen auf die sozialpolitische Umwelt zu gewinnen.

¹¹ Hier: Spanier, Italiener, Türken, Vietnamesen, Polen, Ex-Jugoslawen und Rußland-Deutsche. Die Gruppen stehen einerseits für sehr verschiedene Kulturregionen, haben jeweils andere Rechte und sind zudem in Bezug auf Größe und Verweildauer zu unterscheiden. Dies reflektiert sich in den Zusammenschlüssen; so werden z.B. rechtlich nur *geduldete* Migranten keine formale Organisation gründen können und sich vielmehr in informalen Kommunen zusammenschließen (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.35f; zu den rechtlichen Rahmenbedingungen vgl. Hradil 2001, S.346ff).

4. Allgemeine Befunde zu Migrantenselbstorganisationen

Zunächst sind allgemeine Befunde der zwei Studien zu Organisationen von Migranten zu reflektieren. Welche Vereinsformen und -typen lassen sich unterscheiden? Wie hoch ist die Organisationsbereitschaft der unterschiedlichen Migrantengruppen? Zudem sollen Aussagen zu Alters- und Geschlechtsstruktur der Vereine im Vergleich zur ausländischen Bevölkerung (NRW) getroffen werden.

4.1 Vereinstypen und -formen

In beiden Studien wird die große Pluralität der Vereinsformen und -typen betont. Grundsätzlich kann zwischen *herkunftsheterogenen* (Mitglieder aus unterschiedlichen Herkunftsländern) und *herkunftshomogenen* Organisationen (gleiche Herkunft der Mitglieder) unterschieden werden. Dieses erste Unterscheidungsmerkmal determiniert neben sozialen und aufenthaltsrechtlichen Statusunterschieden der Mitglieder und Migrantengruppen die Organisationszwecke und die Verbindungen zu deutschen, bzw. ausländischen Organisationen und Verbänden. Homogenität ist nicht allein in nationalem oder ethnischem Sinn aufzufassen, häufig intervenieren zusätzliche Merkmale wie gemeinsame religiöse oder ethnopolitische Orientierungen. Über die lokale Ebene hinaus können sich sowohl Relationen zu eigenen Verbänden (z.B.: Spanischer Elternverband, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion DITIB) ergeben, jedoch auch zu deutschen Dachorganisationen (z.B.: DFB, DGB, Wohlfahrtsverbände). Die Themengebiete variieren zwischen rein freizeitbezogenen, kulturellen, beratenden und betreuenden, sowie religiösen oder politischen Aktivitäten. Herkunftsheterogene Vereinigungen wurden hingegen oftmals als Initiativgruppen von Deutschen oder in Kooperation mit Zuwanderern gegründet, so daß die Zielsetzungen der Organisationen sich in diesem Punkt unterscheiden. Häufig werden explizit karitative bis integrative Zwecke verfolgt, zudem wirken diese Vereinigungen – laut IFP – schon aufgrund ihrer multiethnischen und -kulturellen Struktur per se integrativ. Es ist außerdem davon auszugehen, daß sie für die Interessenvertretung der nächsten Ausländergenerationen besser geeignet sind, da keinerlei „Rückkehrillusionen“ (MGSFF 1999, S.3) aufrechterhalten werden.

Stimmte diese Einschätzung, so erscheint um so bedenklicher, daß nur 123 (5,1%) aller ermittelten Migrantenorganisationen in NRW als herkunftsheterogen zu klassifizieren waren. Auf den Zuständigkeitsbereich des IFP entfielen hier 102 (10,7%) herkunftsheterogene Vereinigungen¹², während das ZFT nur 21 (1,4%) dieser Organisationen erfaßte. Insgesamt konnten 2272 Organisationen als herkunftshomogen klassifiziert werden, wobei die 1281 (53,5% aller Organisationen) türkischen Organisationen¹³ die Mehrheit bildeten. Der enge Bezugsrahmen herkunftsheterogener Zusammenschlüsse zu deutschen Organisationen und Verbänden ist insofern kein nordrhein-westfälisches Phänomen, als dies anhand der Berliner Studie bestätigt werden kann. So befindet sich unter den 25 ausgewählten ethnischen Selbstorganisationen lediglich ein multiethnischer Dachverband (*Islamische Föderation*), der allerdings in religiöser Hinsicht als homogen zu definieren ist (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, Übers. 1.4, S.55f). Heterogenität bezüglich Nationalität oder Zielgruppenorientierung ist ohne Ausnahme mit den politischen, kirchlichen und karitativen Institutionen der Aufnahmegesellschaft verbunden, weswegen in diesem Kontext auch von mehrheitsgesellschaftlichen Einrichtungen gesprochen wird (ebd., Übers. 1.5, S.57f). In Abgrenzung zu dem Verständnis des IFP ist, zumindest im Raum Berlin, die Anwendbarkeit des Begriffs der Selbstorganisation auf herkunftsheterogene Zusammenschlüsse von Migranten eingeschränkt.

Im Rahmen der Berliner Studie stehen demzufolge die grundlegenden Typen von Vereinsaktivitäten im Mittelpunkt:

Zu den *ethnosolidarischen* Aktivitäten gehören insbesondere beratend-betreuende – damit plazierungsrelevante – Angebote. So gaben 19 der 25 befragten Selbstorganisationen an, derartige Aktivitäten zu organisieren – in 11 Vereinen geschah dies mit hauptamtlicher Unterstützung (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.211). Das Themenspektrum erschöpfte sich dabei nicht in aufenthaltsrechtlichen oder arbeitserlaubnisbezogenen Aspekten, sondern wurde angereichert durch Maßnahmen, die die sozio-ökonomische Integration und soziale Mobilität verbessern. Bildungsangebote wie Hausaufgabenhilfe oder Fremdsprachenkurse beziehen sich

¹² Inklusive der maghrebinischen Selbstorganisationen (vgl. MGSFF 1999, S.100).

¹³ Inklusive der kurdischen und deutsch-türkischen Selbstorganisationen.

vor allem auf die Überwindung intergenerationeller Mobilitätsdefizite, damit auf Kulturation *und* Plazierung (türk. Vereine: 7 von 11). Hingegen berühren Alphabetisierungs- und Deutschkurse primär die Kulturation.

Diesbezüglich ergeben sich teilweise Überschneidungen¹⁴ zu *ethnokulturellen* Organisationsleistungen (vgl. auch 3.2). Ethnokulturelle Aktivitäten stehen in diesem Zusammenhang in enger Verbindung mit der Erhaltung der (musischen) Herkunftskultur mittels Folklore, Theater und Musik im neuen soziokulturellen Kontext und sind folglich weniger mit Akkulturationsprozessen zu assoziieren. Letztere finden sich im Bereich sprachlich-pädagogischer Maßnahmen, die einen Versuch darstellen, Lerndefizite hinsichtlich der deutschen Sprache zu überwinden ohne dabei die Muttersprache zu negieren (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.228). Insgesamt gaben 65% der befragten Vereinsmitglieder sowie 18 der 25 Vereine an, kulturelle Angebote wahrzunehmen, bzw. anzubieten (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.224). Ethnokulturelle Aktivitäten sind somit im Spannungsfeld zwischen kultureller Wertebewahrung und -erlangung anzusiedeln.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden *ethnoreligiöse* Aktivitäten, die nicht nur unter muslimischen Migranten hohe Bedeutung genießen. So existiert eine Vielzahl katholischer (Spanier, Kroaten und Osteuropäer), aber auch orthodoxer Gemeinden (Serben und Griechen). Der Unterschied ist hier auf der Verbandsebene auszumachen; katholische Gemeinden finden Anbindung an entsprechende Instanzen der Aufnahmegesellschaft (Caritasverband, katholische Kirche), während für orthodoxe Gemeinden nur die Möglichkeit besteht, eigene Verbände zu gründen oder sich an denen der Herkunftsländer zu orientieren. Dies gilt auch für die 45 Moscheevereine¹⁵, die im Bereich Berlin drei islamischen Dachverbänden angehören. Der größte Verband DITIB umfaßt 12 Gemeinden, in denen rund 4.000 Anhänger regelmäßig am Gottesdienst teilnehmen, die Zahl der Sympathisanten wird hingegen auf ca. 70.000 geschätzt (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.232). Gerade hinsichtlich der Brisanz, die das Thema Islamismus mit sich bringt, sei in diesem Rahmen darauf

¹⁴ Vereinsangebote im Bildungsbereich werden deswegen isoliert von ethnosolidarischen und ethnokulturellen Aktivitäten reflektiert.

¹⁵ Hiervon sind 20 Vereine fördernde Mitglieder mit kulturellem Schwerpunkt (vgl. Fijalkowski/Gillmeister 1997, S.232).

hingewiesen, daß religiös ausgerichtete Selbstorganisationen auch Bildung und Beratung anbieten, ferner kulturelle Aktivitäten unterstützen. Da der Glaubensaspekt jedoch klar im Vordergrund steht, macht diese Unterteilung dennoch Sinn; wie er die Integration beeinflusst, ist dann später zu klären.

Im gleichen Spannungsfeld sind *ethnopolitische* Aktivitäten anzusiedeln. Insbesondere die sogenannten *diasporapolitischen* Vereinsaktivitäten, die in enger Verbindung zur Politik der Herkunftsländer stehen, jedoch nur geringen Bezug zum hiesigen politischen System aufweisen, sind hier zu nennen (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.245f). Populäres Beispiel ist die – inzwischen verbotene – kurdische Partei (PKK), die hierzulande Anschläge auf türkische Einrichtungen verübt hatte. Diasporapolitische Aktivitäten können sich allerdings auch entlang außenpolitischer Konfliktlinien realisieren, die im Falle von gelungener Mediation, die Integration von Zuwanderern in die Aufnahmegesellschaft positiv beeinflussen können. Vermittlungsbemühungen durch Selbstorganisationen, die sich auf das gespaltene Verhältnis zwischen der Türkei oder Teilen des ehemaligen Jugoslawiens und der EU beziehen, sind auch als diasporapolitisch zu klassifizieren.

Zudem existieren auch ethnopolitische Aktivitäten, die sich auf die Interessenvertretung entlang hiesiger Problemdimensionen beziehen. Hier stehen Bestrebungen im Vordergrund, die Vernetzung zu deutschen Parteien, Gewerkschaften und Ausländerbeiräten zu verbessern, jedoch auch, die Eigenmobilisierung und -politisierung zu stärken. Thematisiert werden häufig Einbürgerung, bzw. doppeltes Staatsbürgerrecht, Erweiterung des Wahlrechts oder sonstige Teilhabemöglichkeiten an der politischen Willensbildung.

Für den Raum Berlin gaben 21% der befragten Migranten an, sich sehr für die deutsche Politik zu interessieren, 38% zeigten mittleres Interesse, 42% waren diesbezüglich nur wenig oder gar nicht interessiert. Für die Politik des Herkunftslandes konnte bei 32% der Befragten großes, 31% mittleres und bei 36% geringes oder kein Interesse festgestellt werden. Insbesondere türkische Migranten waren sehr interessiert an der Politik des Heimatlandes (54%), aber auch der BRD (35%). Hingegen zeigten 65% der befragten Aussiedler, trotz Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit,

wenig oder kein Interesse an der deutschen Politik, 53% allerdings auch nicht an der des Herkunftslandes (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.173, Tab.4.4).

4.2 Ausmaß der Organisationen, Verteilung, Herkunftsländer

Mit einer Gesamteinwohnerzahl von rund 18 Mio. ist Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste Bundesland der BRD. Der Ausländeranteil (11%) liegt über dem bundesdeutschen Durchschnitt (8,9%) – insgesamt leben dort rund 1,94 Mio. Zuwanderer (vgl. MGSFF 2003, S.12). Zu den quantitativ bedeutsamsten Herkunftsländern zählen neben der Türkei das ehemalige Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien und Portugal, aus denen ca. 64% aller, in NRW lebenden Migranten stammen (vgl. MGSFF 2003, S.34f).

Tabelle 1: Ausländischen Bevölkerung und Migrantenselbstorganisationen in NRW nach Herkunftsländern

Land	ausländische Bevölkerung		erfaßte Selbstorganisationen		Selbstorganisationen - Rücklauf	
	n	%	n	%	n	%
Griechenland	109312	5,64	152	6,35	43	6,33
Italien	146806	7,57	82	3,42	28	4,12
Jugoslawien (ehem.)	256228	13,22	176	7,35	36	5,30
Portugal	39910	2,06	74	3,09	15	2,21
Spanien	40494	2,09	93	3,88	31	4,57
Türkei	651410	33,60	1217	50,81	314	46,24
übrige Länder	694477	35,82	601	25,09	212	31,22
gesamt	1938637	100,00	2395	100,00	679	100,00

Eigene Berechnung
Datenquellen: MGSFF 1999; MGSFF 2003

Vergleicht man die Anteile an der ausländischen Bevölkerung mit den Anteilen an den erfaßten Selbstorganisationen¹⁶ entlang dieser Herkunftsländer, so ist zunächst festzuhalten, daß die 1217 türkischen Zusammenschlüsse nicht nur die größte Gruppe, sondern auch die Mehrheit (50,8%) aller erfaßten Organisationen ausmachen. Auf Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien (13,2% aller Migranten) entfielen jedoch nur 176 Vereine (7,4%). Im Gegensatz hierzu konnten 152 griechische

¹⁶ Zunächst sollen Befunde zu herkunftshomogenen Selbstorganisationen reflektiert werden, um eine differenzierte Betrachtung der Organisationen der Migrantengruppen zu ermöglichen.

Organisationen (6,4%) erfaßt werden, obwohl der Anteil der Griechen an der ausländischen Bevölkerung mit 5,6% geringer ausfällt, was auf eine hohe Organisationsbereitschaft schließen läßt. Ähnliches kann für portugiesische und – insbesondere – für spanische Migranten festgestellt werden, hingegen kann, im Falle der Italiener, von einer gering ausgeprägten Organisations- und Verbandsstruktur ausgegangen werden (vgl. Tab.1). Generell ist zwar ein Zusammenhang zwischen der Größe der Migrantengruppe und der Anzahl der Organisationen zu verzeichnen ($r=0,87$), dies läßt jedoch nur eingeschränkt Aussagen über die Organisationsdichte und -bereitschaft in der Migrantengruppen zu. Von Belang sind hier auch die unterschiedlich hohen Mitgliederzahlen der einzelnen Zusammenschlüsse. Im Zuständigkeitsbereich des IFP konnten den europäischen Migranten 55% der Organisationen zugeordnet werden, die aber 81% aller Vereinsmitglieder (52.035 Einzelmitglieder) stellten (vgl. MGSFF 1999, S.32). Die asiatischen und afrikanischen Vereinigungen umfaßten zusammen nur 14% aller Mitglieder bei einem Anteil von 27% an allen Organisationen. Bei genauerer Betrachtung der europäischen Zusammenschlüsse zeigte sich, daß insbesondere die griechischen und italienischen Organisationen hohe Mitgliederzahlen aufwiesen (jeweils über 25% aller Mitglieder), während auf 38 der 64 Herkunftsregionen in diesem Teilbereich der Studie jeweils weniger als 1% aller Mitglieder entfielen (ebd.).

Von den 43, an der Studie beteiligten (Rücklauf - vgl. Tab.1), griechischen Vereinigungen gaben 20 Organisationen Mitgliederzahlen im Bereich von 100 bis 500 an, 4 Organisationen stellten mehr als 500, eine Kirchengemeinde sogar 6.000 Mitglieder. Die hohe Organisationsbereitschaft der Griechen kann anhand der Mitgliederzahlen als bestätigt gelten; auch ohne die Kirchengemeinde stellten griechische Vereinigungen noch 16% aller organisierten Migranten (ebd.).

Für Zuwanderer aus Italien ist zwar von einem, im Vergleich geringer ausgeprägten Organisationswesen auszugehen (s.o.), bezüglich des Engagements ist allerdings zu vermerken, daß speziell ethnoreligiöse Aktivitäten einen hohen Stellenwert aufweisen. So konnten allein bei zwei katholischen Missionen Mitgliederzahlen von je 6.000 festgestellt werden. Daneben zählten 7 Organisationen zwischen 101 und 500 Mitgliedern,

weitere 16 Vereinigungen hatten 100 oder weniger Mitglieder (vgl. MGSFF 1999, S.33). Ohne besagte kirchliche Einrichtungen reduziert sich der Anteil der Italiener an allen organisierten Migranten von 26% auf mittlere 4%. Dies führt zur Folgerung, daß die Gruppe der Italiener generell nur geringe, jedoch hinsichtlich ethnoreligiöser Aktivitäten, hohe Organisationsbereitschaft in wenigen Vereinigungen zeigte.

Die, an der Studie beteiligten, Organisationen im Zuständigkeitsbereich des ZFT (vgl. 3.5.1) waren zu 92% Vereinigungen türkischer Mitbürger¹⁷. Der, im Vergleich zum Anteil an der ausländischen Bevölkerung, höhere Anteil türkischer Zusammenschlüsse an den erfaßten Organisationen läßt auf eine hohe Organisationsbereitschaft in dieser Gruppe schließen. Dies kann anhand der Mitgliedszahlen bestätigt werden. Insgesamt gaben 55,3% der beteiligten Organisationen an, über 100 Mitglieder zu haben – die Modalklasse lag bei Organisationen mit 101-250 Mitgliedern (n=144; 41,9%). Weitere 34 Organisationen (9,9%) zählten 251-500 Mitglieder und 12 Vereinigungen (3,5%) hatten mehr als 500 Mitglieder (vgl. MGSFF 1999, S.107, Tab.14). Religiöse Organisationen wiesen durchschnittlich ca. 178 Mitglieder auf und lagen damit deutlich über dem Gesamtmittelwert von 139. Berücksichtigt man den Rücklauf nach Vereinstypen, so ist für den Untersuchungsbereich des ZFT davon auszugehen, daß geschätzte 275.435 Migranten – überwiegend türkischer Herkunft – sich in religiösen Vereinigungen organisieren (vgl. MGSFF 1999, S.102, Tab.9). In diesem Zusammenhang sind vor allem die 137 Moscheevereine zu nennen, die ca. 40% der befragten Organisationen ausmachten. Eine weitere Kategorie stellten die 28 beteiligten Sportvereine (8,1%), die durchschnittlich rund 114 Mitglieder zählten. Die Relevanz ethnoreligiöser und rein freizeitbezogener Aktivitäten türkischer Organisationen kann anhand der insgesamt erfaßten Vereinigungen dieser Gruppe bestätigt werden. Neben den 512 religiösen Organisationen (40%) existieren 214 Sportvereine, die allerdings mit 17,4% insgesamt einen höheren Anteil ausmachen, als in der Befragung (s.o.). Zudem sind noch die 45 Elternvereine (3,6%) zu nennen, die eher im Bereich ethnosolidarischer

¹⁷ Da im Rahmen dieser Teilstudie keine Mitgliederzahlen, differenziert nach Herkunftsländern, genannt werden, lassen sich zu türkischen Organisationen keine exakten Ergebnisse, jedoch Näherungswerte angeben, 314 der 342 gültigen Fälle waren türkische Organisationen (zu weiteren Verzerrungen - vgl. MGSFF 1999, S.106).

und bildender Maßnahmen zu verorten sind (vgl. MGSFF 1999, S.100, Tab.4). Das ZFT betont allerdings, daß der „...absolute und prozentuale Anteil religiös orientierter Selbstorganisationen noch höher liegen [dürfte], da viele der erfaßten Selbstorganisationen, die sich an der Erhebung nicht beteiligten oder nicht beteiligen konnten, aufgrund des Namens nicht eindeutig als religiöse Selbstorganisationen identifiziert und entsprechend zugeordnet werden konnten.“ (MGSFF 1999, S.93). Insgesamt kann für türkische Migranten eine hohe Organisationsbereitschaft – ähnlich der Griechen – festgestellt werden. In diesem Zusammenhang ist die hohe Organisations- und Mitgliederzahl zu nennen. Einschränkend ist festzuhalten, daß die Aktivitäten überwiegend im ethnoreligiösen, mit Abstand dann im freizeitbezogenen Bereich zu verorten sind.

Zu den Selbstorganisationen von Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien ist anzumerken, daß deren Aufbau und Entwicklung historisch in zwei Phasen zu unterteilen ist. Vor dem Bürgerkrieg in den neunziger Jahren muß von einer ähnlichen Organisationsentwicklung und -struktur ausgegangen werden, wie im Falle der Spanier und Italiener, da auch Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien, aufgrund bilateraler Abkommen (1968), als Gastarbeiter in die BRD emigrierten und vergleichbare Integrationsprofile aufwiesen (vgl. MGSFF 1999, S.7; 11). Am Ende dieser Phase war das Organisationswesen von einem zunehmenden Dualismus hinsichtlich jugoslawischer und kroatisch-katholischer Orientierungen gekennzeichnet. Nach dem Bürgerkrieg hatten sich – bis dato – bestehende Organisationen größtenteils aufgelöst, bzw. entstanden seither neue Zusammenschlüsse von Zuwanderern aus den Einzelstaaten Serbien-Montenegro, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Slowenien und Mazedonien. Dies erklärt die geringe Anzahl der Organisationen im Vergleich zur Migrantengruppe (vgl. Tab.1). Faßt man kroatische und serbische Vereine zusammen, so ist festzustellen, daß diese 6,4% der Mitglieder aller Selbstorganisationen im Teilbereich des IFP ausmachen, was im Vergleich zu den Befunden zu italienischen oder griechischen Organisationen als gering einzustufen ist (vgl. MGSFF 1999, S.33). Das Problem ist hier wohl auch im Wandel der Arbeitsschwerpunkte zu sehen. In diesem Kontext sind die vielen bosnischen Hilfsorganisationen zu nennen, die humanitäre Aufgaben zu Zeiten des Bürgerkriegs über-

nahmen, jedoch heute – mangels Bedarf – ihre Arbeit eingestellt haben (MGSFF 1999, S.99). Übrig bleiben hier 46 ermittelte Vereine, von denen 12 im Bereich ethnoreligiöser Aktivitäten anzusiedeln sind (vgl. MGSFF 1999, S.100, Tab.4).

Zur Abgrenzung ist noch auf das Ausmaß herkunftsheterogener Migrantenorganisationen einzugehen. Von den 50 Vereinen im Bereich des IFP weisen 43 unter 100 Mitglieder auf – insgesamt umfassen herkunftsheterogene Organisationen nur 4,5% (ca. 2350 absolut) aller Mitglieder in diesem Bereich (vgl. MGSFF 1999, S.33). Dabei verfügt keine der beteiligten Organisationen über mehr als 200 Mitglieder. In Relation zu den Organisationen der vier größten Migrantengruppen weisen herkunftsheterogene Zusammenschlüsse niedrige Organisationsgrade auf.

Hinsichtlich der Kausalität zwischen ausländischer Organisations- und Bevölkerungszahl in nordrhein-westfälischen Städten und Kreisen, treffen beide beteiligten Institute kontrastierende Aussagen. Laut IFP sei hier kein signifikanter Zusammenhang gegeben, zumindest wenn man in Städte und Kreise differenziert (vgl. MGSFF 1999, S.24). Demgegenüber konstatiert das ZFT eine hohe Korrelation zwischen der Anzahl türkischer Vereine und der Anzahl türkischer Migranten in Städten *und* Kreisen (vgl. MGSFF 1999, S.91). Eigene Berechnungen auf Basis der Auflistungen aller Organisationen im Bereich des IFP (vgl. MGSFF 1999, S.24), sowie türkischen Organisationen (ZFT – vgl. MGSFF 1999, S.92, Tab. 3), nach Städten und Kreisen, bestätigen für beide Gruppen einen signifikanten Zusammenhang zwischen den Selbstorganisations- und Migrantenzahlen (IFP: $r=0,82$; ZFT: $r=0,90$). Differenziert man in Städte und Kreise so ergeben sich zwar größere Unterschiede im Bereich des IFP (Städte: $r=0,85$; Kreise: $r=0,50$) als im Bereich des ZFT (Städte: $r=0,92$; Kreise: $r=0,83$). Es bleibt dennoch festzuhalten, daß die Zahl der gegründeten Organisationen mit der Größe der ausländischen Bevölkerung zusammenhängt, so daß bedarfs- und gruppenspezifische Belange nicht die einzigen Ursachen für verstärkte Organisierung darstellen.

4.3 Alters- und Geschlechterstruktur der Mitglieder

Hinsichtlich der Alters- und Geschlechterstruktur der Mitglieder von Migrantenselbstorganisationen in NRW können nur Befunde aus dem Untersuchungsbereich des IFP reflektiert werden. Insgesamt machten 82% der befragten Organisationen Angaben zur Altersstruktur. Dabei waren 10% der Mitglieder maximal 18 Jahre alt, 43% befanden sich in der Altersklasse der 19-40jährigen, 33% waren zwischen 41 und 55 Jahre alt, 14% waren älter als 55 Jahre (vgl. MGSFF 1999, S.33f). Vergleicht man diese Anteile mit der Altersstruktur der Zuwanderer im Untersuchungsbe- reich des IFP, so zeigt sich eine große Übereinstimmung in der Gruppe der 19-40jährigen (44% aller Migranten IFP¹⁸). Vereinsmitglieder im Alter zwischen 41 und 55 Jahren organisierten sich hingegen besonders häufig – nur 19% aller Migranten des Bereichs gehörten dieser Altersklasse an. Abgeschwächt gilt dies auch für Migranten über 55 Jahre, die insgesamt nur 11% der entsprechenden ausländischen Bevölkerung ausmachten. Das Gegenteil gilt für Minderjährige (25% aller Migranten IFP), die in den Vereinen vergleichsweise unterrepräsentiert sind. Das IFP erklärt gerade diesen Umstand über die geltenden Rechtsnormen zur Geschäftsfähigkeit, die es erst Volljährigen ermöglichen, unabhängige Mitgliedschaften in Organisationen einzugehen (ebd.). In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, daß auch für Minderjährige eingeschränkte Mitglied- schaften möglich sind, es ferner fraglich erscheint, nur rein formale Mitgliedschaftskriterien zu berücksichtigen. Daß Zusammenschlüsse der, länger hier lebenden, Migrantengruppen zunehmend von älteren Mitgliedern dominiert werden, während die jüngere Generation ihnen fernbleibt, scheint nicht unrealistisch (vgl. 1.3; Puskeppeleit / Thränhardt 1990, S.149). Dazu passend war der Anteil der über 55jährigen Mitglieder in Selbstorganisationen von europäischen Migranten mit 21% sehr hoch, während die gleiche Altersklasse in afrikanischen Organisationen nur 4% der Mitglieder umfaßte. Rund 75% der Mitglieder waren hier zwischen 19 und 40 Jahre alt, 93% waren jünger als 41 Jahre. Es bleibt somit abzu- warten wie sich die Altersstruktur der Organisationen entwickelt. Die These des IFP, daß die heutige jüngere Generation sich mit zunehmendem Alter stärker in der Vereinsarbeit engagieren wird, die

¹⁸ zusammengerechnete Daten der Jahre 1995 und 1996; vgl. MGSFF 1999, S.34 unten

jetzige Altersstruktur der Vereinsmitgliedschaft also unverändert bestehen bliebe, scheint nicht plausibel. Es ist eher mit zunehmender Angleichung der Altersstruktur der Mitglieder an die Altersstruktur der entsprechenden Migrantengruppe zu rechnen. Zumindest für europäische Migranten resümiert auch das IFP: „... [es] können insbesondere bei den spanischen Migranten Übereinstimmungen zur Altersstruktur der Bevölkerung konstatiert werden. Gegenüber der gesamten nichtdeutschen Bevölkerung sind die für diese Studie maßgeblichen Migrantengruppen europäischer Herkunft in NRW deutlich älter, hier nehmen die spanischen Migranten jedoch noch einmal eine Sonderrolle ein.“ (MGSFF 1999, S.35).

Angaben zur Geschlechterstruktur der Mitglieder machten 86% der befragten Organisationen (vgl. MGSFF 1999, S.35). Dabei ergab sich insgesamt eine Übereinstimmung mit der Geschlechterstruktur der ausländischen Bevölkerung im Bereich des IFP (55% Männer; 45% Frauen). Differenziert nach Herkunftskontinenten zeigte sich ein, leicht über dem Gesamtmittelwert liegender, Männeranteil von 59% bei europäischen Migranten, sowie von 73% bei Migranten afrikanischer Herkunft. In asiatischen Vereinen organisierten sich Männer und Frauen in nahezu gleichen Teilen (Männer: 51%), während die Frauenanteile in südamerikanischen (65%) und herkunftsheterogenen Organisationen (62%) wesentlich höher lagen (ebd.). Für europäische und afrikanische Organisationen konnte ein im Vergleich höherer Männeranteil als in den entsprechenden Bevölkerungsgruppen festgestellt werden (Europäer: +4%; Afrikaner: +6%), während in asiatischen Vereinen der Frauenanteil höher war als bei allen Asiaten in NRW (+5%). Die hohe Frauenquote südamerikanischer Organisationen entspricht hingegen der Migrantengruppe. Zu dem überdurchschnittlichen Frauenanteil von 62% in herkunftsheterogenen Zusammenschlüssen ist anzumerken, daß hierunter 13 Frauenorganisationen fallen. Diese wurden gegründet, um die Interessen von Frauen effektiver vertreten zu können als in gemischten Zusammenschlüssen. Von allen erfaßten Selbstorganisationen waren 7% reine Frauenorganisationen, nur zwei Vereine vertraten explizit die Gruppe der Männer (ebd.).

5. Analyse

Anknüpfend an die allgemeinen Befunde zu Selbstorganisationen von Migranten sind die Faktoren zu reflektieren – Belege und Falsifikatoren – die in Verbindung mit den Integrationsdimensionen stehen (vgl. 3.1-3.4). Neben Aktivitäten, die integrationsfördernd wirken (Bildungsmaßnahmen), sind auch diejenigen zu reflektieren, die der Integration entgegenstehen könnten (religiöse Aktivitäten). Negierend wirken sich auch fremdenfeindliche Tendenzen in der Aufnahmegesellschaft aus, da sie der Integration von Zuwanderern entgegenwirken. Vereinsaktivitäten, die sich dagegen wenden, ferner den Dialog zwischen Ausländern und Deutschen fördern, verstärken die Integration (Plazierung).

Darüber hinaus ist nicht das Ziel der Analyse, subsummierend vorzugehen und generalisierende Schlüsse zu ziehen. Die Befunde zu den Integrationsdimensionen sollen getrennt interpretiert und in Bezug zu den theoretischen Überlegungen gesetzt werden.

5.1 Relevanz der Selbstorganisationen für die Kulturation

Aneignungsprozesse bezüglich kultureller Werte, Gewohnheiten und Normen der Aufnahmegesellschaft realisieren sich nicht nur im Bereich ethno- oder interkultureller Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen. Auch kulturelle und religiöse Inhalte stehen in Verbindung mit Akkulturation; zumindest wenn durch diese der kulturelle Kontext der Aufnahmegesellschaft den Vereinsmitgliedern näher gebracht wird, oder aber, deren Herkunftskultur nach außen vermittelt wird. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Vereinsarbeit in den Bereichen Bildung, Begegnung und Kultur kulturationsrelevant. Analog den theoretischen Überlegungen steht Kulturation zudem in enger Verbindung mit Sozialisation, d.h. Kulturationsprozesse müßten sich in der Zielgruppenorientierung der Organisationen (z.B. aktive Jugendarbeit im Bereich der Bildung) konkretisieren.

5.1.1 Bildungsangebote

Angebote im Bereich der Bildung machten 59% der befragten Organisationen im Bereich des IFP. Bei den zehn häufigsten Angebotsnennungen¹⁹ nahm der Bildungsbereich damit den fünften Rang vor Betreuung (52%) und Sport (41%), jedoch nach integrativen (67%) und beratenden Angeboten (62%) ein (vgl. MGSFF 1999, S.44). Differenziert nach Herkunftskontinenten zeigte sich, daß europäische (60% dieser Organisationen) und herkunftsheterogene Organisationen (66%) Bildungsangebote häufiger nannten als afrikanische und asiatische Organisationen (jeweils 54%). Weniger relevant war der Faktor Bildung in der Vereinsarbeit lateinamerikanischer Organisationen, da nur ein Viertel entsprechende Angebote nannten²⁰. Der höhere Stellenwert von Bildung in der Vereinsarbeit europäischer Migranten kann durch die lange Existenzdauer entsprechender Organisationen und damit über Tradition, bzw. die Systemgeschichte erklärt werden (z.B. Spanischer Elternverband – vgl. 1.2). Bei den herkunftshomogenen Organisationen wirkt sich eben der Umstand aus, daß diese per se auf Integration ausgerichtet sind (vgl. 4.1).

Von den 331 befragten Zusammenschlüssen von Zuwanderern aus der Türkei, Bosnien und den maghrebinischen Staaten gaben 147 (44,4%) an, sich im Bildungsbereich zu engagieren (vgl. MGSFF 1999, S.115, Tab. 30). Bildung nimmt bei den zehn meistgenannten Vereinsangeboten des Bereichs lediglich den siebten Rang, vor allgemeiner Hilfe (n=145; 43,8%) und Gesundheit (n=69; 20,8%), ein. Religiöse, freizeitbezogene und integrative Aspekte wurden weitaus häufiger genannt (ebd.). In diesem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, daß Bildung oft höhere finanzielle Investitionen für Unterrichtsmaterialien und (professionelle) Lehrkräfte impliziert als in anderen Arbeitsbereichen, viele Vereine entsprechend gefördert werden müssen, um derartige Angebote gewährleisten zu können. So auch das Resümee des ZFT hinsichtlich der prekären finanziellen Situation vieler Vereine: „Fehlende Finanzierungsmöglichkeiten sind eines der größten Probleme bei Kursangeboten. [...] Bei Angeboten dieser Art, die zuvor von öffentlicher Hand finanziert

¹⁹ Bei den Arbeitsgebieten der Vereine waren Mehrfachnennungen zulässig, zusätzlich konnten offene Angaben gemacht werden.

²⁰ Aufgrund der geringen Fallzahl nicht repräsentativ – in folgenden Punkten nicht berücksichtigt.

wurden, kam es in letzter Zeit häufig zu Streichungen, so daß der jeweilige Kurs eingestellt werden mußte (Hervorh. H.S.), oder aber ohne finanzielle Unterstützung ehrenamtlich fortgesetzt wird.“ (MGSFF 1999, S.114). Die geringe personelle Professionalisierung der Vereinsarbeit zeigte sich am prozentualen Anteil der Organisationen (30,7%), die festangestellte Mitarbeiter beschäftigten. Dazu zählten allerdings auch die vielen Imame der Moscheevereine und weitere Festangestellte, deren Aufgaben nicht im Bildungsbereich liegen (vgl. MGSFF 1999, S.109).

Aufgrund des Übergewichts von türkischen Organisationen in diesem Bereich der Studie (vgl. 4.2) ist davon auszugehen, daß der Mangel an Bildungsangeboten sich besonders auf türkische Migranten auswirkt. Diese hätten demzufolge entweder die Option, sich Organisationen der Aufnahmegesellschaft zuzuwenden und dabei das Selbsthilfepotential ihrer Kommune gegen ein individuelles einzutauschen, oder für die Vereinsarbeit alternative Förderer zu suchen.

Kontakte zu überparteilichen Organisationen der Aufnahmegesellschaft, die explizit im Bildungsbereich operieren, wurden in 21 von 179 Fällen genannt (11,7% aller genannten Kontakte – vgl. MGSFF 1999, S.112, Tab.26). Die Volkshochschule (10 Nennungen) rangierte hier vor der RAA²¹ (7) und den Universitäten (4). Zwar ist davon auszugehen, daß auch andere Organisationen (z.B. DGB, Kirchen) Bildungsangebote fördern, die Anbindung an deutsche Verbände und Organisationen ist jedoch insgesamt als zu gering einzustufen – insgesamt 61,5% der ausländischen Vereine im Bereich des ZFT gaben an, generell keine diesbezüglichen Kontakte zu unterhalten. (ebd.).

Untersucht man das Ausmaß struktureller Kopplungen von Migrantenselbstorganisationen und kommunalen Einrichtungen der Stadt, so ist allgemein ein höheres Niveau festzustellen. Insgesamt gaben 242 Vereine (70,6% - ZFT) an, mit der Kommunalverwaltung in Verbindung zu stehen (vgl. MGSFF 1999, S.113, Tab. 27). Von den 301 genannten Kontakten entfielen jedoch nur 12 (7%) auf das Schulamt, 28 (9,3%) auf das Jugendamt (Modalwert: Ausländerbeirat, 51 Nennungen). Die etwas optimistische Einschätzung des ZFT, hinsichtlich der hohen Relevanz von schulischen und bildungsspezifischen Belangen, muß in diesem Rahmen

²¹ Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher - RAA

hinterfragt werden (vgl. MGSFF 1999, S.112). Kontakte zum Jugendamt müssen nicht immer mit Bildung in Verbindung stehen; das Jugendamt ist auch zuständig für die Bereiche Erziehungshilfe und Jugendkriminalität.

Die Befunde im Untersuchungsbereich des IFP sind hier nahezu identisch, so daß die geringere Zahl bildungsbezogener Kontakte der Vereine mit Instanzen der Kommunalverwaltung kein genuin türkisches Phänomen darstellt (vgl. MGSFF 1999, S. 42).

Betrachtet man die Zielgruppenorientierung der Vereine im Bereich des IFP so fällt auf, daß 46% der Organisationen Aktivitäten für Jugendliche und 41% für Kinder anbieten – nach der Gruppe der Frauen und Mädchen (49% aller Organisationen) Rang 2 und 3 (vgl. MGSFF 1999, S.53). In diesem Zusammenhang ist besonders der berufsbildende, und damit die Kulturation fördernde, Beitrag der Organisationen für die Zielgruppe der Jugendlichen zu betonen. Türkische, bosnische und maghrebische Organisationen gaben noch häufiger an, Angebote für die Zielgruppen Kinder (72% der Vereine) und Jugendliche (80,9%) bereitzustellen (vgl. MGSFF 1999, S.114, Tab.29). Berücksichtigt man den niedrigen Stellenwert von Bildungsangeboten insgesamt, so wundert man sich angesichts der Zielgruppenorientierung der Organisationen in diesem Bereich. Das ZFT erklärt dies mit den zahlreichen religiösen Vereinen des DITIB-Verbandes, die insbesondere türkische Jugendliche als Mitglieder gewinnen wollen (ebd.). Zusätzlich zu betonen ist die große Zahl von Sportvereinen (vgl. 4.2), die generell eher auf Jugendliche ausgerichtet sind. Im Gegensatz zu den Vereinen im Bereich des IFP gibt es hier nur eine geringe Verbindung von Bildungsangeboten und Zielgruppenorientierung.

Es bleibt festzuhalten, daß die Vereine von Migranten, die bildungsbezogene Angebote aufweisen, diese überwiegend voluntaristisch organisieren (müssen) und weniger an die entsprechenden Instanzen und Organisationen der Aufnahmegesellschaft angebunden sind. Bildung stellt auf kommunaler Ebene selten eine Sinnsphäre für strukturelle Kopplungen zwischen Systemen von Migranten und der Aufnahmegesellschaft dar, so daß der Inklusionsprozeß auf dieser Ebene zumindest Defizite aufweist. Anhand der Befunde des Berliner Forschungsberichtes kann überdies noch bestätigt werden, daß Selbstorganisationen im Bildungsbereich

keine große Bedeutung zukommt (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.129, Tab.3.4). Nur 12,9% der Befragten erwarteten von den Vereinen Unterstützung bei Schul- und Ausbildungsproblemen der Kinder, 58,6% würden sich hingegen an die Schule, 22,4% an die Familie und je 21,1% an ausländische oder deutsche Bekannte wenden (ebd.). Im Vergleich zwischen organisierten und nichtorganisierten Migranten wird freilich deutlich, daß Vereinsmitglieder den Selbstorganisationen generell größere Bedeutung bei der Problembewältigung zumessen als Nichtorganisierte – eben ein wichtiger Grund, überhaupt Mitgliedschaften einzugehen (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.143, Tab.3.11). Wichtiger erscheinen hier jedoch die Unterschiede bezüglich des Stellenwertes deutscher Wohlfahrtsorganisationen als Problemhelfer. Für die Organisierten stellten diese häufiger die geeigneten Anlaufstellen dar. Bezogen auf schulische, bzw. ausbildungsspezifische, Probleme der Kinder gaben 10% der Organisierten, aber nur 5% der Nichtorganisierten an, von entsprechenden Instanzen Hilfe zu erwarten (ebd.). Dies ist dahingehend zu interpretieren, daß Organisierte über die Erfahrungen in der Vereinsarbeit den Beitrag von Wohlfahrtsverbänden bei migrantenspezifischen Problemen besser einschätzen können als Nichtorganisierte und zudem über die Selbstorganisationen stärker sozial integriert sind. In diesem Zusammenhang werden staatliche Organisationen des Bildungssystems von organisierten Migranten seltener genannt (57% der Nennungen) als von Nichtorganisierten (60%), stellen jedoch insgesamt die wichtigste Anlaufstelle bei Problemen im Bereich Bildung dar (ebd.).

Diskutiert man die Bedeutung der Selbstorganisationen für den Kulturationsaspekt Bildung, so ist zu resümieren, daß den institutionellen Einrichtungen des Bildungssystems und den Peergroups höhere Kompetenzen bei der Problembewältigung zugesprochen werden. Ob die Bedeutung der Vereine im Bereich bildender Maßnahmen zunähme, wenn diese über alternative Konzeptionen stärker an die Instanzen der Aufnahmegesellschaft angebunden wären, kann hier nicht geklärt werden. Die Institutionen und staatlichen Organisationen des Bildungssystems genießen zweifelsohne hohen Stellenwert bei vielen Zuwanderern. Im Zuge der allumfassenden Konsolidierungspolitik könnten sich aber gerade diese Kopplungen negativ auswirken, zumindest wenn hier in geringerem

Maße investiert wird. In diesem Fall stellten Migrantenselbstorganisationen im Bereich der Bildung – zum jetzigen Zeitpunkt – keine alternativen Anlaufstellen dar.

5.1.2 Kulturelle Aktivitäten und interkulturelle Begegnung

Die Vielseitigkeit ethnokultureller Aktivitäten (vgl. 4.1) wird auch seitens des IFP im Rahmen der nordrhein-westfälischen Bestandsaufnahme betont. Generell stehen Aktivitäten wie das Feiern traditioneller Feste oder nationaler Jahrestage, sowie das Organisieren von Kulturabenden, im Mittelpunkt. Besonders Kulturabende, die häufig thematisch ausgestaltet werden, dienen nicht nur der Erhaltung und Bewahrung der Herkunftskultur im hiesigen soziokulturellen Kontext, sondern bieten auch die Möglichkeit, ausländische Kulturgüter der deutschen Bevölkerung oder anderen Migranten nahe zu bringen (vgl. MGSFF 1999, S.45). In diesem Fall kann dann trefflich von interkulturellen Aktivitäten gesprochen werden. Auch deswegen, weil die Angebotspalette der Selbstorganisationen im Zuge der interkulturellen Kommunikation zunehmende Diversifikation erfährt, wie das Beispiel eines osteuropäischen Kulturvereins zeigt:

„Hier steht neben einem eigenen Kulturprogramm die Motivation möglichst vieler Gruppen zur Umsetzung selbstständiger kultureller Aktivitäten im Mittelpunkt, so daß es im Ergebnis ein ausgesprochen vielfältiges Kulturangebot gibt, das von Jazznachmittagen über polnische Literaturabende und russische Märchen- und Liederstunden zu Konzerten, jüdischen Abenden und Literaturgesprächen führt.“ (MGSFF 1999, S.45). Dabei ist zu betonen, daß weniger der Programmablauf mit seinen Inhalten im Vordergrund steht, sondern die daraus resultierenden interkulturellen Begegnungen. Diese können sich auch realisieren, wenn die Inhalte stärker in der Herkunftskultur fundiert sind, so daß sich hieraus keinerlei Anhaltspunkte für eine Einteilung in ‚gute‘ oder ‚schlechte‘, bzw. integrationsfördernde oder -hemmende Aktivitäten, ergeben.

Insgesamt gaben 90% der Organisationen im Bereich des IFP und rund 73% im Bereich des ZFT an, kulturelle Aktivitäten anzubieten (vgl. MGSFF 1999, S.44; 115). Kultur stellt damit das meistgenannte Vereinsangebot aller Migrantenselbstorganisationen in NRW dar. Lediglich bei den herkunftsheterogenen Organisationen nahm der kulturelle Aspekt den

zweiten Rang (74% der Organisationen) vor Begegnung (78%) ein. Bei afrikanischen Organisationen rangierten die Arbeitsschwerpunkte Begegnung und Kultur gleichauf (jeweils 94%), bei europäischen Migranten fiel der Anteil der Organisationen, die Begegnung (89%) nannten, leicht hinter dem Anteil der Organisationen, die kulturelle Aktivitäten (92%) anboten, zurück. Lediglich bei Vereinen asiatischer Migranten spielte Begegnung (77%) eine deutlich geringere Rolle als Kultur (94%).

Die Verbindung von Kultur und Begegnung ergibt sich nicht nur durch o.g. Kulturabende und kulturelle Festivitäten, die in den Vereinsörtlichkeiten stattfinden, sondern auch im Rahmen von Ausflügen mit Besichtigungen oder der gemeinsamen Teilnahme an externen kulturellen Ereignissen (vgl. MGSFF 1999, S.45). Interpretiert man zudem Kultur im ganzheitlichen, weniger im musischen Sinne, so können auch diejenigen Begegnungsformen, die nicht auf die Kommunikation rein kultureller Inhalte abzielen, dem Arbeitsbereich Kultur zugeordnet werden. Zu nennen wären hier die zahlreichen offenen Treffs der Vereine, die es auch Außenstehenden ermöglichen, Kontakt zu den Vereinsmitgliedern herzustellen (ebd.). In dem Fall realisieren sich interkulturelle Austauschprozesse auch in freizeitbezogene Sinnsphären. Auf der Organisationsebene realisieren sich diese Austauschprozesse über Intersystembeziehungen. Im Bereich des IFP konnte für 70% aller Selbstorganisationen regelmäßige Zusammenarbeit mit anderen Selbstorganisationen konstatiert werden (vgl. MGSFF 1999, S.41). Weitaus weniger ausgeprägt war die Kooperation mit Ausländerbeiräten und Kommunen (jeweils 45% der Organisationen), als geringfügig einzustufen war die Zusammenarbeit mit deutschen Parteien (20%) und dem Land (12%). Differenziert nach Herkunftsregionen zeigte sich, daß insbesondere herkunftsheterogene Zusammenschlüsse (84%) auf interkulturellen Austausch mit anderen Selbstorganisationen ausgerichtet waren, was anhand des hohen Stellenwerts der Begegnung im Vereinsangebot (s.o.) schon zu vermuten war. Weiterhin gaben 71% der europäischen und 64% der afrikanischen Selbstorganisationen an, mit anderen zu kooperieren. Zwar galt dies auch für die Mehrheit der Organisationen asiatischer Migranten (58%), hier wirkte sich jedoch die geringere Bedeutung des Begegnungsaspektes in der Vereinsarbeit (s.o.) auf den Kontaktbereich negativ aus. Das Potential,

die eigene Kultur nicht nur zu bewahren, sondern auch anderen zu vermitteln, infolgedessen Mißverständnissen und Pauschalisierungen entgegenzuwirken, ist hier zumindest eingeschränkt. Ähnliches konnte auch für Selbstorganisationen im Bereich des ZFT festgestellt werden. Hier kooperierten 54,4% der Organisationen mit anderen ausländischen Organisationen, insbesondere auf den Ebenen der Kreise (26% der Organisationen) und der Gemeinde (19,9% - vgl. MGSFF 1999, S.109, Tab.21). Laut ZFT ist die geringe Kooperationsbereitschaft der Vereine dadurch zu erklären, daß „... viele in ihren Aktivitäten natürlicherweise selbstbezogen tätig sind. An anderen Orten besteht ein Konkurrenzverhältnis zwischen den Selbstorganisationen, die dieselbe Zielgruppe haben (Bsp. Moscheevereine der unterschiedlichen Dachverbände).“ (MGSFF 1999, S.109). Speziell Organisationen türkischer Migranten stehen in einem Spannungsfeld, das von Integrationsbemühungen und diasporapolitischer Mobilisierung geprägt ist. Zwar ist die hohe Organisationsbereitschaft der türkischen Bevölkerung zu betonen (vgl. 4.2), im Rahmen des Berliner Forschungsberichtes konnte für diese Gruppierung jedoch auch ein hoher Anteil von Gegnern bestimmter Selbstorganisationen (rund 50% der Befragten) festgestellt werden (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.125). Mit zunehmender Vereinsmitarbeit ging gleichzeitig eine erhöhte Antipathie gegenüber einigen weltanschaulich geprägten Vereinen einher, die zu deren Ablehnung führte. Die religiösen und politischen Antagonismen in der türkischen Bevölkerung (vgl. auch 1.3) beschneiden die Potentiale der Selbstorganisationen bezüglich interkultureller Mediation in der Weise, daß erst innerhalb der Kommunitäten die doppelte Kontingenz minimiert werden muß, bevor türkische Interessen, die sich auf die Aufnahmegesellschaft beziehen, wirksam nach außen vertreten werden können. Ähnliches galt auch für die Vereinigungen vietnamesischer Migranten in Berlin, bei denen ebenfalls intraethnische Spannungslinien existierten, die nicht über die Immigrationsgründe²² hergeleitet werden konnten, sondern in Verbindung mit antagonistischen politischen Strömungen in der Heimat standen, die hier für Irritationen sorgten (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1999, S.125f). Interne Komplexitätsreduktion ist somit Voraussetzung für die kollektive

²² Ehemalige Vertragsarbeiter der DDR und Flüchtlinge.

Interessenvertretung über die Selbstorganisationen, die dann – um der These Elwerts zu entsprechen – als Pressure-Groups oder zumindest als Vermittler zwischen den verschiedenen Kulturen, fungieren könnten.

Generell ist der Beitrag der Migrantenselbstorganisationen im Bereich kultureller Aktivitäten als sehr hoch einzuschätzen. Zum einen bedingt durch die Vorteile, die Organisationssysteme hinsichtlich der Leistung aufweisen (vgl. 1.5.2). Gerade die kulturelle Festivitäten oder Themenabende wären ohne Aufgabenverteilung und Bündelung der individuellen Beiträge schwieriger auszurichten. Zum anderen lassen sich derartige Aktivitäten über das Medium Verein besser kommunizieren, so daß die Zahl der Rezipienten entsprechend höher einzuschätzen ist. Da kulturelle Aktivitäten zudem in Verbindung mit dem Aspekt der Begegnung stehen, leisten die Vereine auch einen Beitrag in der Dimension der Kulturation. Daß die Inhalte der Vereinsarbeit im kulturellen Bereich wahrscheinlich häufig heimatbezogen ausfallen, ist nicht zwingend ein Beweis für mangelnde Akkulturation, da diese sich – analog den theoretischen Überlegungen – eher über interkulturelle Austauschprozesse realisiert als über assimilativ geprägte Adaption. Begegnung verweist in diesem Lichte auf die konkreten Interaktionen in kulturellen Sinnsphären. Dabei können – das ist die vermittelnde Wirkung – gegenseitig Kontingenzen minimiert werden, folglich soziale Komplexität reduziert werden. Einschränkend ist anzumerken, daß Integrationsprozesse über interkulturelle Aktivitäten der Vereine nur durch ständige Reproduktion initiiert werden können, ansonsten ist eher mit zusätzlicher Komplexitätsskalation zu rechnen (Transparenz und Entlastung – vgl. 1.3). Zusätzlich beeinflussen politische und religiöse Spannungen die Aktivitäten der Organisationen im kulturellen Bereich. Am Beispiel der Vereine türkischer Migranten ist zu beobachten, daß aufgrund dieser Konflikte andere – im hiesigen Kontext wichtigere – Belange in den Hintergrund gedrängt werden. Darunter leidet zwar nicht das kulturelle Angebot der Vereine, jedoch der interkulturelle Austausch, an dessen Stelle dann in stärkerem Ausmaß der Aspekt der Selbstbezogenheit tritt.

5.1.3 Religiöse Aktivitäten und Vereinigungen

Religiöse Aktivitäten von Migranten sind nicht erst seit dem 11. September 2001 ein Hauptthema der Medienberichterstattung, politischen Debatten und allgemeinen Diskussionen. Insbesondere muslimischen Vereinigungen wird häufig unterstellt, für Isolation und Ausgrenzung der Klientel zu sorgen; der Islam wird in diesem Zusammenhang als inkompatibel mit der hiesigen Kultur und Verfassung erachtet, obgleich das Grundgesetz (GG, Art. 4, Abs. 1, 2) die Religionsfreiheit ausdrücklich vorsieht. Daß religiöse Auffassungen und Praktiken in den Herkunftskulturen fundiert sind und in der Fremde eine Verbindung mit dieser ermöglichen ist nicht zu leugnen, jedoch noch kein Beleg für Segregation. So sind türkische Migranten, als größte Gruppierung in der ausländischen Bevölkerung der BRD, zwar überwiegend Sunniten, jedoch an laizistische Prinzipien in der Heimat gewöhnt. Zudem ist die Frage zu stellen, ob der religiöse Aspekt einen derart hohen Stellenwert in der Arbeit der Selbstorganisationen einnimmt, daß Aktivitäten, die auf Integration abzielen, geringere Berücksichtigung fänden und sich infolgedessen Integrationsdefizite bemerkbar machten.

Aufgrund der hohen Zahl religiöser Vereine im Zuständigkeitsbereich des ZFT (vgl. 4.2), scheint auf den ersten Blick eine Konzentration auf ethno-religiöse Aktivitäten gegeben zu sein. Betrachtet man den Stellenwert von Religion im Ranking der häufigsten Angebote, so muß von einer weitaus geringeren Bedeutung derartiger Aktivitäten ausgegangen werden (vgl. MGSFF 1999, S.115, Tab.30). Religion nahm hier lediglich den sechsten Rang ein – rund 52% aller Vereine gaben an, sich in diesem Bereich zu engagieren. Damit kommt Religion zwar eine höhere Bedeutung als Bildung, Hilfe und Gesundheit zu, rein freizeitbezogene und sportliche Aktivitäten wurden jedoch häufiger angeboten (jeweils über 61% der Vereine). Glaubensbezogene Aktivitäten werden dabei ausschließlich von religiösen Vereinigungen organisiert – Religion ist somit ein exklusives Gut entsprechender Träger (vgl. MGSFF 1999, S.114). Unterstellt man gerade den oft kritisierten Moscheevereinen, die die Mehrheit religiöser Organisationen stellen (vgl. 4.2), im Umkehrschluß eine einseitige religiöse Angebotsorientierung, so entspricht dies nicht der Realität, da auch sie Aktivitäten in anderen Bereichen anbieten. Dies verweist erneut auf die

Multifunktionalität der Organisationen – durchschnittlich wurden rund fünf verschiedene Angebote pro Verein genannt (vgl. MGSFF 1999, S.123).

In der Angebotspalette von Selbstorganisationen europäischer, latein-amerikanischer, asiatischer und afrikanischer Migranten wies der religiöse Aspekt eine noch geringere Bedeutung auf (vgl. MGSFF 1999, S.44). Lediglich 21% aller Organisationen boten religiöse Aktivitäten an – damit nahm Religion den letzten Rang unter den zehn häufigsten Angebotsnennungen ein. Bedingt durch die generelle Ausrichtung, spielte der religiöse Aspekt in der Vereinsarbeit herkunftsheterogener Zusammenschlüsse nur eine untergeordnete Rolle (4% dieser Organisationen), während asiatische Organisationen in diesem Bereich häufiger tätig waren (29%). Jeder vierte Verein europäischer und jeder fünfte Verein afrikanischer Migranten gab an, religiöse Aktivitäten anzubieten (ebd.). Im Unterschied zu den überwiegend türkischen Organisationen fiel im Bereich des IFP auf, daß nur 19% der Vereine, die religiöse Aktivitäten anboten, auch eine entsprechende Orientierung aufwiesen, Religion folglich kein exklusives Gut der kirchlichen Organisationen darstellte.

Allgemein stellen religiöse Normen, Rituale und Feste für viele Migranten Fixpunkte in einem anfangs destrukturierten Alltag in der Fremde dar. Insofern erfüllen ethnoreligiöse Aktivitäten, gerade in der Einwanderungsphase, auch eine ordnende Funktion. Mangels Zugang zum neuen soziokulturellen Kontext stehen sie dabei notwendigerweise in enger Verbindung mit der Herkunftskultur. Darüber hinaus wandten sich Zuwanderer aber auch in anderen Belangen an religiöse Einrichtungen, so daß „... das Aufgabenprofil der Missionen neben ihren religiösen Funktionen schnell in alle Lebensbereiche der Migranten hineinreichte.“ (MGSFF 1999, S.51). Schon während der ersten Zuwanderungsphase der BRD stellte beispielsweise die Betreuung italienischer Einwanderer einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt kirchlicher Seelsorger dar (ebd.).

Kulturationsrelevante Leistungen religiöser Selbstorganisationen sind im Bereich des Gemeindelebens festzustellen. Aus dem Berliner Forschungsbericht läßt sich entnehmen, daß in diesem Rahmen häufig Treffen, Kulturprogramme, Gruppenreisen und Bildungsangebote organisiert werden (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.232). Dies deckt sich zwar mit den Befunden der nordrhein-westfälischen Bestandsaufnahme, Vorbe-

halte gegen muslimische Vereinigungen bestehen trotzdem, auch seitens der ausländischen Bevölkerung: „In der vorliegenden Studie waren es nicht nur Gesprächspartner der deutschen Seite, die islamische Traditionen in Lebensweise und Erziehung problematisierten. Auch Umfeldexperten und Vereinsvertreter türkischer Herkunft äußerten sich sehr kritisch über islamischen Traditionalismus und insbesondere über die Tendenzen der Re-Islamisierung, die als auch in der Diaspora zunehmend bezeichnet wurden“ (Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.233f). Die Kritik der türkischen Interviewpartner bezog sich u.a. auch auf die nichtreligiösen Aktivitäten der Moscheevereine. Diese seien zu stark mit islamischen Inhalten verbunden, der sozialintegrative Beitrag leide nur darunter, Halt und Orientierung realisiere sich nicht über indoktrinierte Glaubensbotschaften. „Sagen wir mal ein 18jähriger, der hier geboren ist und 18 Jahre lang nur andere Werte der deutschen Gesellschaft, mit deutschen Freunden gelebt hat und plötzlich alles ablehnt, sich bekehrt und in eine andere Richtung geht, solche Menschen werden nicht stabil.“ (ebd.).

Der kritischen Haltung gegenüber religiösen Vereinen der eigenen Landsleute seitens türkischer Umfeldexperten ist zu entgegen, daß religiöse Vereinsaktivitäten im Vergleich zu freizeit-, kultur- und integrationsbezogenen auch bei den türkischen Organisationen eine geringere Rolle spielen, als dies von Vertretern der Medien und Politik suggeriert wird. Daß solche Vereine immer mit starren Ideologien oder gar Extremismus in Einklang gebracht werden, ist falsch und kann als Panikmache gedeutet werden. Religiöse Migrantenselbstorganisationen bieten auch alternative Aktivitäten an, die Plazierung und Kulturation positiv beeinflussen; darauf verweist die Multifunktionalität der Vereine. Des weiteren können sich auch aus religiösen Vereinsaktivitäten integrative Effekte ergeben. Die Gemeinde wirkt der Isolation der Einzelnen entgegen, Religion steht in Verbindung mit Ritualen und Zeremonien, die den Alltag und die Lebensweisen der Mitglieder strukturieren, und folglich deren Orientierung im hiesigen soziokulturellen Kontext verbessern können. Im Gemeindeleben spielen zudem Begegnungen, somit Austauschprozesse eine wichtige Rolle, dies sind akkulturationsrelevante Aspekte. Wenn religiöse Vereinigungen und Kommunitäten strukturelle Kopplungen zwischen ethnischen Netzwerken und der Gesellschaft

gewährleisten sollen, dürfen Austausch und Begegnung allerdings nicht an der Ausgangstüre enden. Kulturelle Lernprozesse müssen sich ergo in konkreten Interaktionen mit den systemischen Umwelten realisieren. Am Beispiel der türkischen Selbstorganisationen wird erneut deutlich, daß diesbezügliche Defizite (vgl. 5.1.2), die jedoch nicht ausschließlich mit Religion assoziiert werden können, die Integration hemmen. Das obige Beispiel radikaler Glaubensaneignung und -ausübung mit einhergehender Isolierung, speziell bei Heranwachsenden, verdeutlicht die Parallelität von Komplexitätsreduktion und -eskalation, bzw. koexistierender Integrations- und Segmentationsprozesse.

5.1.4 Folgerungen (I)

Hinsichtlich bildender Maßnahmen, ein Hauptaspekt der Akkulturation, weisen Migrantenselbstorganisationen geringere Bedeutung auf. Dies hat finanzielle Gründe, die in zunehmender Beschränkung der Fördermittel seitens Kommunen und Ländern, in Verbindung mit mehrheitlich ehrenamtlicher Vereinsarbeit, fundiert sind. Hier zeigt sich, daß informale Organisationssysteme hinsichtlich ihrer Leistungspotentiale begrenzt sind. Die systemtheoretische Fundierung organisierter sozialer Systeme über die Generalisierung der Verhaltenserwartungen (quasi ‚von Innen nach Außen‘ – vgl. 1.5.1) führt in diesem Kontext zu Problemen, da externe Faktoren den Formalisierungsgrad beeinflussen. Dies wirkt sich in Form von Abbau oder Nichtbesetzen der Stellen aus. Für türkische Organisationen war zudem nur ein geringes Ausmaß der Zusammenarbeit mit anderen nichtstaatlichen Organisationen der Aufnahmegesellschaft, die sich im Bildungsbereich engagieren, festzustellen, so daß hier wenige Finanzierungsalternativen bestehen. Institutionelle Organisationen des Bildungssystems, aber auch Bekannten- und Familienkreise, werden überdies von den befragten Migranten im Rahmen der Berliner Studie bei der Bewältigung bildungsspezifischer Probleme kompetenter eingeschätzt, was sich auch auf die Bildungsnachfrage (externe Faktoren) in der Vereinsarbeit auswirkt.

In kulturellen Aktivitäten ist der Schwerpunkt der Vereinsarbeit zu sehen. Sie sind kulturationsrelevant, wenn sie sich entlang kollektiv begangener Ereignisse und Festivitäten realisieren, die auch für Außenstehende von

Interesse sind. Insofern sind kulturelle Aktivitäten der Vereine mit interkulturellem Austausch zu assoziieren, da Inklusionsprozesse initiiert werden (vgl. 1.1f). Dabei muß der Heimatbezug den Kulturationsbeitrag nicht schmälern. Wichtiger scheint, daß die konkrete Kommunikation, also die Reproduktion des Thematisierens der Inhalte, gewährleistet ist; Organisationssysteme bieten hier generelle Vorteile (vgl. 1.4.2; 1.5.2). Die hohe Relevanz des Vereinsangebots ‚Begegnung‘ und die Kontakte zu anderen Selbstorganisationen in der Bestandsaufnahme NRW verdeutlichen dies für einen Teil der Vereine. Der Austauschprozeß kann allerdings durch in den Herkunftsländern fundierte Konfliktlinien beschränkt werden, die sich in Konkurrenz und Selbstbezogenheit – auch auf der Vereinsebene – manifestieren. Dies verweist auf einen Anstieg des Konfliktverhaltens ohne gegensteuernde Mechanismen auf Ebene komplexer sozialer Systeme (vgl. 1.1; 1.5). In diesem Fall stellen kulturelle Aktivitäten, mangels Kommunikation nach Außen, keinen integrationsrelevanten Beitrag dar.

Religiösen Aktivitäten – insbesondere der Muslime – wird häufig unterstellt, sie seien inkompatibel mit den hiesigen kulturellen Werten und Normen. Demgemäß wirkten z.B. Moscheevereine türkischer Migranten der Integration entgegen. Dies kann insofern nicht bestätigt werden, da auch diese Organisationen eine vielfältige Angebotspalette bieten, die sich nicht in religiösen Inhalten erschöpft. Überdies war der Stellenwert rein religiöser Vereinsangebote in NRW eher als gering einzustufen – nur explizit religiöse Organisationen, die überwiegend dem DITIB-Verband angehören boten diese an, was einer Ausdifferenzierung religiöser Vereinsarbeit in sektenartigen Strukturen entgegenwirken dürfte. Zudem kann ein Leben in der Gemeinde Halt und Orientierung der Mitglieder verbessern. Einschränkend ist festzuhalten, daß der Inklusionsprozeß sich hier in der Binnenwirkung erschöpft, Interaktionen folglich nicht die systemnahen Umwelten der Aufnahmegesellschaft beeinflussen. Gerade die Vermittlung zwischen Islam und Christentum ist somit auf der Vereinsebene verbesserungswürdig. Tendenzen der Re-Islamisierung mit einhergehender Indoktrination der Glaubensinhalte können auf diese Weise leicht zur Isolatbildung (vgl. 2.4) führen; diesbezüglich haften der Integration durch Binnenintegration negative Untertöne an.

5.2 Relevanz der Selbstorganisationen für die Plazierung

Im folgenden Punkt sollen Befunde zur Bedeutung von Migrantenselbstorganisationen für die Integrationsdimension der Plazierung reflektiert werden. Neben ethnosolidarischen Aktivitäten, die Positionierungs- und Partizipationschancen der Mitglieder steigern sollen, ist zudem die Selbstplazierung der Organisationen von Belang. Ausstattung, Stellung und Vernetzung der Vereine mit Verbänden und anderen Organisationen deuten auf bereits erfolgreich verlaufene Plazierung – insofern wäre das Selbsthilfekonzzept aufgegangen – seitens der Klientel hin.

5.2.1 Ethnosolidarische Aktivitäten

Zu ethnosolidarischen Aktivitäten der Vereine zählen zunächst beratende und vermittelnde Tätigkeiten, die rechtlichen und beruflichen Belangen Rechnung tragen (vgl. 3.2; 4.1). Darüber hinaus stellt die Betreuung von Flüchtlingen aus Krisenregionen einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Vereine dar. Gerade angesichts der Vorfälle zu Beginn der neunziger Jahre ist in Vereinsangeboten, die den Abbau von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung berühren, eine Sonderform plazierungsrelevanter Aktivitäten zu sehen. Hier steht die Verbesserung grundlegender (Menschen)Rechte im Mittelpunkt, weswegen derartige Programme – obgleich ethnosolidarischer Prägung – gesondert reflektiert werden sollen (vgl. 5.2.2).

In der nordrhein-westfälischen Studie sind, hinsichtlich des Stellenwerts der Beratung, herkunftsspezifische Unterschiede auszumachen. Zwar gaben jeweils rund 62% der Organisationen im Bereich von IFP und ZFT derartige Aktivitäten an, im Ranking der häufigsten Angebotsnennungen wirkte sich dies jedoch unterschiedlich aus (vgl. MGSFF 1999, S.44; S.115, Tab. 30). Während ‚Beratung‘ bei den überwiegend türkischen Organisationen (ZFT), gleichauf mit freizeitbezogenen Angeboten, den zweiten Rang einnahm, kam diesem Tätigkeitsfeld im Bereich des IFP mit dem vierten Rang niedrigere Bedeutung zu. Dies erstaunt angesichts der Tatsache, daß in diesem Teil der Studie die herkunftsheterogenen Zusammenschlüsse erfaßt wurden, deren Aktivitäten sich erwartungsgemäß gerade in diesen Bereich konzentrieren müßten. Differenziert nach Herkunftsregionen zeigte sich aber, daß Zusammenschlüsse afrikanischer

Migranten (76% dieser Organisationen) häufiger Beratungsangebote machten als herkunftsheterogene (70%), asiatische (69%) und europäische Vereine (53% - ebd.). Insbesondere bei Migranten aus den EU-Ländern besteht geringer Beratungsbedarf, da viele aufenthaltsrechtliche Aspekte wegfallen (vgl. u.a. 2.). Zudem wirkt sich der Umstand aus, daß herkunftsheterogene Zusammenschlüsse einen geringen Anteil an allen Organisationen aufweisen (vgl. 4.1). Der höhere Stellenwert der Beratung in den Vereinsangeboten der übrigen Migrantenselbstorganisationen verweist auf deren gruppen- bzw. herkunftsspezifischen Problemlagen wie spezielle Aufenthaltsrichtlinien, eine kürzere Einwanderungshistorie, Defizite der Sprache, des Umgangs mit Behörden u.ä.: „Häufig ist die Beratungstätigkeit der Vereine an eine praktische Unterstützung der Ratsuchenden, wie die Begleitung zu Ämtern, Rechtsanwälten oder Ärzten, gekoppelt. [...] Sprachliche Fähigkeiten sowie der eigene Migrationshintergrund ermöglichen für viele Fragestellungen eine kompetente Hilfestellung.“ (MGSFF 1999, S.47). Zuwanderer aus afrikanischen und asiatischen Ländern haben hier freilich einen höheren Bedarf an Hilfeleistungen als Migranten aus der EU. Die hohe Bedeutung der Beratung in der Vereinsarbeit der Türken kann mit generationspezifischen Problemfeldern und (noch) nicht überwundenen Sprachdefiziten²³ assoziiert werden. Gerade die starke Jugendorientierung der Organisationen spricht trotz der vielen Sportvereine dafür – von 304 Vereinen (ZFT) nannten 246 Angebote für Jugendliche, die damit die meistgenannte Zielgruppe waren (vgl. MGSFF 1999, S.114, Tab.29). Insgesamt werden beratende Tätigkeiten der Migrantenselbstorganisationen von herkunftsspezifischen Problemlagen der Gruppen beeinflusst, die sich auf die Integrationsprofile auswirken.

Darauf verweist auch die Zielgruppenorientierung der Vereine. Neben speziellen Angeboten für Frauen, Kinder und Jugendliche gingen 30% der Organisationen im Bereich des IFP speziell auf Ratsuchende ein (vgl. MGSFF 1999, S.53). Nur jeweils 18% der Organisationen richteten ihre Aktivitäten auf die Zielgruppen der Arbeitnehmer und Arbeitslosen aus. Angesichts des höheren Arbeitslosigkeitsrisikos der ausländischen

²³ In der sinkenden Zahl der Kontakte zu Deutschen ist ein Grund hierfür zu sehen (vgl. dazu Hradil 2001, S.351). Auf die unterdurchschnittlichen Sprachkenntnisse verweist u.a. auch Geißler (vgl. Geißler 1996, S.225).

Erwerbsbevölkerung (vgl. 2.4) ein niedriger Wert. Ratsuchende (40%) und Arbeitslose (24%) stellten vor allem bei herkunftsheterogenen Zusammenschlüssen wichtige Zielgruppen dar, die ihre Angebote weniger auf die Belange von Arbeitnehmern (16%) ausrichteten. Für diese engagierten sich Selbstorganisationen europäischer Migranten weitaus häufiger (23%) und Organisationen asiatischer und afrikanischer Migranten seltener (jeweils unter 10% der Organisationen). Diese Differenzen ließen sich auch bei den Angeboten für Arbeitslose feststellen, während die Gruppe der Ratsuchenden bei den herkunftshomogenen Vereinigungen (IFP) jeweils ähnlichen Stellenwert aufwies (24% bis 29% der Organisationen – ebd.). Bei den mehrheitlich türkischen Migrantenselbstorganisationen im Bereich des ZFT kam den Zielgruppen der Ratsuchenden, Arbeitnehmer und Arbeitslosen zwar auch nicht der Stellenwert zu, den die Gruppen der Minderjährigen und Frauen innehatten, es fällt jedoch auf, daß die Anteile der Organisationen, die plzierungsrelevante Zielgruppen nannten, höher waren als im Bereich des IFP (vgl. MGSFF 1999, S.114, Tab.29). So orientierten sich nahezu doppelt so viele Vereine (59,5% der Organisationen) an den Belangen von Ratsuchenden. Ebenso fanden die Gruppen der Arbeitnehmer (41,8%) und Arbeitslosen (30,9%) weitaus häufiger Berücksichtigung in den Vereinsangeboten (ebd.), so daß die o.g. Vermutung, bezüglich der herkunftsbezogenen Problembelastung, bestätigt werden kann.

Spezifische Problemlagen der Migrantengruppen wirkten sich auch auf den Bereich der Betreuung aus, in dem etwas mehr als die Hälfte aller Vereine in NRW aktiv war²⁴. ‚Betreuung‘ rangierte damit im Mittelfeld der häufigsten Angebotsnennungen (ebd.). Auch hier wirkten sich herkunftsspezifische Problemlagen und Belange der Einzelnen auf die Angebotsstrukturen der Vereine aus: Nur 48% der Organisationen europäischer Zuwanderer, jedoch 54% der asiatischen und herkunftsheterogenen Zusammenschlüsse, sowie 70% der afrikanischen Organisationen boten betreuende Aktivitäten an. Gerade bei Migranten asiatischer und afrikanischer Herkunft stellt die Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten einen Schwerpunkt der Aktivitäten dar.

²⁴ Von den überwiegend türkischen Migrantenselbstorganisationen im Bereich des ZFT machten zudem rund 44% Angebote zum Thema ‚Hilfe‘ (vgl. MGSFF 1999, S.115, Tab.30).

Am Beispiel elternloser Kinder aus dem Iran und Irak wird dies um so deutlicher: „Aufgrund der Bombardierung einer im Irak operierenden Gruppe der Volksmodjahedin sind ca. 1.000 Kinder und Jugendliche mit Hilfe von Menschenrechtsorganisationen nach Europa gebracht worden, von denen 120 nach Deutschland kamen. [...] Schon sehr schnell wurde jedoch sowohl den iranischen Betreuern als auch den deutschen Rechtsbeiständen klar, daß den Kindern nur mit Einzelfallhilfe nicht ausreichend geholfen werden konnte. Um die Aufteilung der Kinder auf verschiedene Kinderheime zu verhindern und um sie langfristig auch in ihrem Alltag begleiten zu können, wurde die Selbstorganisation [...] gegründet...“ (MGSFF 1999, S.49).

Diese Organisationsvariante ist als Sonderfall einzustufen, da Zielsetzung und Arbeitsweise in starkem Maß spezialisiert sind. Zudem ist darauf hinzuweisen, daß die Verantwortlichkeit der Vereine, mit Erlangen der Volljährigkeit der betroffenen Kinder und Jugendlichen, für diese endet. Die Auflösung derartiger Organisationen zu jenem Zeitpunkt ist eine wahrscheinliche Folge (ebd.). In diesem Fall ist weder damit zu rechnen, daß Organisationszielsetzung und Rollentypik von einem Wandel in der Mitgliederstruktur beeinflusst werden (vgl. 1.5.1), noch daß Veränderungen in der Sozialstruktur der Bevölkerungsgruppe seitens der Organisationen reflektiert werden (vgl. 4.3). Die Systemgeschichte enthält zwar, gerade durch Gründung dieser speziellen Selbstorganisationen, die entsprechende Tiefenschärfe, Anfangs- und Endpunkt sind jedoch vorbestimmt; nachhaltige, dauerhafte Kopplungen zu den institutionalisierten Systemen der Aufnahmegesellschaft sind so nicht gewährleistet. Analog den theoretischen Überlegungen, müssen neu entstandene Organisationsysteme auch nach anderen Gesichtspunkten die Kopplungen, in diesem Fall die Inklusion, erneut initiieren und können folglich nicht auf der Basis bereits getroffener Entscheidungen prozessieren (vgl. 1.3; 1.5.1f). Von daher sind die Beiträge solcher zeitlich begrenzten Typen von Hilfsorganisationen, die für die speziellen Zielgruppen freilich als äußerst wichtig einzustufen sind, für die allgemeine Binnenintegration weniger relevant.

Die Spezialisierung der Beratungs- und Betreuungsangebote auf die Belange der Landsleute läßt keine verallgemeinernden statistischen Aussagen zur Relevanz der Selbstorganisationen in NRW für die

Plazierung zu. In diesem Zusammenhang sind die Aktivitäten der Organisationen als stark bedarfsorientiert und – in diesem Sinne – durchaus als plazierungsrelevant anzusehen.

Anhand der Befunde des Berliner Forschungsberichtes ist der Stellenwert der Selbstorganisationen bei der Bewältigung plazierungsrelevanter Probleme als gering einzustufen. Bei der Arbeitssuche erwarteten nur 12,9% der Befragten Hilfe von den Vereinen; diese schnitten damit besser ab als Gewerkschaften (9,5%), Wohlfahrtsverbände (9,3%) oder die Kirche (4%). Das Arbeitsamt (51,4%), Bekannte (eigene Gruppe: 47,8%; deutsch: 37,2%) und die Familie (23,5%) waren jedoch weitaus wichtigere Adressaten (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.129, Tab.3.4). Im Umgang mit Behörden wurde der Familie (18%) ein geringerer Stellenwert bei der Problembewältigung zugemessen als den Selbstorganisationen (19,5%). Auch hier war das Institutionenvertrauen seitens der Befragten größer (Ausländerbehörde: 35,1%; Ausländerbeauftragte: 28,1%). Bei Problemen im Zusammenhang mit der Wohnungssuche versprach sich rund die Hälfte der Befragten Hilfe von Bekannten aus der eigenen Gruppe (Rang 1), wohingegen nur jeder Neunte sich an Vereine gewandt hätte (Rang 6). Im Bereich aufenthalts- und arbeitsrechtlicher Belange nahmen Migrantenselbstorganisationen den fünften Rang ein (13,7% der Befragten) – hier kam Rechtsanwälten und erneut den Behörden höhere Bedeutung zu (jeweils über 35% – ebd.).

Analog den Befunden im Bereich bildender Maßnahmen (vgl. 5.1.1), sind die Erwartungen an die Selbstorganisationen als Problemhelfer in der Dimension der Plazierung niedrig. Zwar gilt auch hier, daß Organisierte den Vereinen generell höheren Stellenwert bei der Problembewältigung zumessen als Nichtorganisierte dies tun, die Mitgliedschaft in Selbstorganisationen führt jedoch offensichtlich zu einer besseren Einschätzung der Hilfsbeiträge anderer Organisationen und Instanzen. So waren Wohlfahrtsorganisationen der Aufnahmegesellschaft weitaus häufiger die erwarteten Problemhelfer seitens organisierter Migranten. Zusätzlich kam deutschen Bekannten eine geringfügig höhere Bedeutung bei der Problembewältigung zu, als dies bei Nichtorganisierten der Fall war (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.143, Tab.3.11).

Folgerungen auf systemtheoretischer Ebene ergeben sich durch die Befunde in zweierlei Hinsicht. Durch die Mitgliedschaft in den Vereinen werden die Möglichkeiten des Erfassens systemnaher Umwelten gesteigert, was sich in den Beurteilungskompetenzen (Verstehen) positiv bemerkbar macht. Insofern müßte sich anschließende Kommunikation, auch seitens der Aufnahmegesellschaft, leichter realisieren und die Integrationswirkung verstärken (vgl. 1.4.1).

Daß die Integrationsprofile und -niveaus der Mitglieder jedoch nicht zwingend dadurch beeinflußt wurden, lag an deren Vereinsorientierung. Die grundlegenden Intentionen, überhaupt Mitgliedschaften einzugehen, reflektierten sich auch in den Angebotspräferenzen (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.156ff). So war der gemeinschaftsorientierte Typ weniger an ethnosolidarischen, vielmehr an ethnokulturellen Angeboten interessiert. Im Gegensatz hierzu standen die „Instrumentalisten“ (ebd.), die von Beratungs- und Hilfsangeboten der Vereine profitieren wollten, jedoch geringeres Interesse für (inter-)kulturelle Aktivitäten zeigten. Lediglich der Mischtyp präferierte kulturations- *und* plazierungsbezogene Angebote (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.158, Tab.3.18). Problematisch erscheint hier, daß die sogenannten Instrumentalisten ihre Aktivitäten – an sich pragmatisch – auf die Platzierung ausrichteten, jedoch weniger kommunikationsfreudig schienen. Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten dieses Typs nannte fünf oder mehr Kontakte zu Deutschen, während dies für rund 80% der Gemeinschaftsorientierten konstatiert werden konnte (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.160, Tab.3.19). Überdurchschnittliche Problembelastung²⁵ wurde von 49% der Instrumentalisten, 41% der Gemeinschaftsorientierten und 60% des Mischtyps angegeben, so daß man an sich eine stärkere Fokussierung der Vereinsarbeit auf plazierungsrelevante Themen erwarten müßte. Gegensätzliche Angebotspräferenzen und unterschiedlich stark ausgeprägte Kommunikationsbereitschaft der Mitglieder standen dem entgegen. Die Organisationszielsetzung wird überformt und verwässert; der erste und dritte Aspekt der Solidaritätskonstitution nach Elwert sind so nicht erfüllt (vgl. 2.4). Dies ist insofern wichtig, da in den organisationsinternen Kontingenzen ein Grund für den niedrigen Stellenwert ethnosolidarischer

²⁵ Problembelastung im plazierungsrelevanten Bereich: Arbeit, Behörden und Wohnen (ebd.).

Aktivitäten und kollektiver Interessenvertretung in Vereinen zu sehen ist (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.158, Tab.3.18).

5.2.2 Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Neben interkulturellen Aktivitäten, die den Abbau von Vorurteilen und diffusen Antipathien seitens der deutschen Bevölkerung mitbewirken können, stellen Maßnahmen, die explizit gegen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rassismus angehen, eine Schutzfunktion für die Betroffenen dar und sind zudem auch mit deren Partizipations- und Positionierungschancen zu verbinden. Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit äußern sich nicht nur auf der Straße in extremer Form von Gewalttaten oder Nötigungen, sondern sind auf allen Ebenen des öffentlichen und privaten Lebens denkbar; bei Wohnungs- und Arbeitssuche, beim Einkaufen und im Straßenverkehr (etc.). Wichtig ist, daß Gegenmaßnahmen vor allem auf Prävention und weniger auf Intervention ausgerichtet sind.

Der Arbeitsschwerpunkt ‚Integration‘ der Migrantenselbstorganisationen im Bereich des IFP beinhaltete neben kulturellen Aktivitäten insbesondere solche, die bewußt den Dialog zwischen Deutschen und den Zuwanderern fördern, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit abbauen sollten. Neben der Herstellung von Kontakten über Besuche in Kindergärten, Schulen und Altenheimen, waren hier auch Bemühungen zum Aufbau internationaler Beziehungen festzustellen (vgl. MGSFF 1999, S.46). Es fiel zudem auf, daß speziell Zusammenschlüsse nichteuropäischer Migranten Vorträge und Veranstaltungen zu integrationspolitischen Themen anboten; hier standen insbesondere Barrieren und Schließungsprozesse der Aufnahmegesellschaft im Mittelpunkt. Gerade Migranten nichteuropäischer Herkunft sind besonders häufig von Ausgrenzung betroffen (ebd.). Insgesamt nahm ‚Integration‘ den dritthöchsten Stellenwert unter allen Vereinsangeboten im Bereich des IFP ein (vgl. MGSFF 1999, S.44). Unterschieden nach Herkunftsgebieten zeigte sich, daß insbesondere herkunftsheterogene Zusammenschlüsse (70% dieser Organisationen) sich in diesem Bereich engagierten. Rund zwei Drittel der Organisationen europäischer und asiatischer, sowie 61% derer afrikanischer Migranten, gaben Angebote zur Integration an. Nur bei europäischen Vereinen

wiesen integrative Aktivitäten einen höheren Stellenwert als beratende auf (ebd.). Einen Hinweis auf die Verbindung von Integration und Politik, in der Vereinsarbeit nichteuropäischer Organisationen, liefert der Stellenwert der Politik. So gab nahezu die Hälfte der afrikanischen (45%) und herkunftsheterogenen (44%), sowie rund ein Viertel der asiatischen Organisationen (23%) an, sich politisch zu engagieren, während dies nur für 17% der Selbstorganisationen europäischer Migranten konstatiert werden konnte (ebd.).

Die Vermutung, Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit verstärkten das Interesse für Politik und infolgedessen die politischen Aktivitätsbestrebungen in den Vereinen, kann anhand des Berliner Forschungsberichtes bestätigt werden (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.170, Tab.4.2). Hier zeigte sich zwar, daß die politische Mobilisierung vom Bildungsgrad der Befragten abhing²⁶, unabhängig davon konnte jedoch für diejenigen, die bereits Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit gemacht hatten, häufiger ein deutschlandbezogenes politisches Interesse und entsprechende Handlungsbereitschaft festgestellt werden. In diesem Zusammenhang stieg das allgemeine Interesse an der Vereinsarbeit (niedrige Bildung: +7%; hohe Bildung: +10%) seitens der Befragten, was auch häufiger zu Mitgliedschaften in Migrantenselbstorganisationen führte (niedrige Bildung: +10%; hohe Bildung: +13%). Überaus deutlich fielen in diesem Kontext die Angaben bezüglich der Bedeutung ausländischer Initiativen aus (niedrige Bildung: +14%; hohe Bildung: +26% – ebd.).

Diese Ergebnisse sind dahingehend zu interpretieren, daß individuelle Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit bei Personen mit höherer Bildung, zu einer verstärkten Sensibilisierung in Bezug auf politische Themen führen. Da das politische Interesse deutschlandbezogen ausfällt, ist folglich nicht von einer diasporapolitisch geprägten Mobilisierung auszugehen; tendenziell entwickeln sich die Aktivitäten in Richtung „...eigens organisierter Ethnopolitik“ (Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.172). Läßt man die Bildungsgrade der Befragten unberücksichtigt, zeigte sich bei den organisierten Migranten, daß das Ausmaß politischen Interesses nicht von Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit abhing (beide Typen: 67% – vgl.

²⁶ Insgesamt gaben die Befragten mit höherer Bildung häufiger an, politisches Interesse und entsprechende Handlungsabsichten zu haben (ebd.).

Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.175, Tab.4.5). Die politische Handlungsbereitschaft war jedoch bei Organisierten häufiger gegeben als bei Nichtorganisierten. Zudem wiesen Organisierte, die bereits von Fremdenfeindlichkeit betroffen waren, häufiger konkrete Handlungsabsichten auf (Betroffene: 75%; Nichtbetroffene: 58%).

Ungeachtet der Beiträge der Selbstorganisationen gegen Rassismus und Diskriminierung, verstärkt die Anbindung an die Organisationssysteme die ethnopolitische Mobilisierung. Da jedoch zusätzliche Einflußfaktoren, wie Bildungsgrade der Mitglieder und herkunftsspezifische Problembelastung der Gruppe (s.o.), intervenieren, ist eine Kausalitätsbestimmung über gesteigerte Kommunikationspotentiale organisierter sozialer Systeme erschwert. Bei informalen Organisationen wirkt sich nachteilig aus, daß keinerlei Qualitätskriterien, wie Eignungszertifikate oder -tests, über die Mitgliedschaften und die Rollenzuweisung entscheiden. Im Bereich kultureller Aktivitäten mag dies nicht von Nachteil sein, bei Tätigkeiten, die Integration oder Ausgrenzung berühren, ist freilich mehr Professionalität gefordert. Zudem müssen auch Maßnahmen seitens der Aufnahmegesellschaft ergriffen werden. Diese Meinung vertraten auch rund 44% der befragten Migranten, die sich für verstärkte Aktivitäten seitens deutscher Initiativgruppen aussprachen, während 38% den Beitrag ausländischer Initiativen betonten (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.178, Tab.4.7). Die herkunftsspezifischen Besonderheiten zeigten sich auch hier – 72% der türkischen und 67% der vietnamesischen Befragten favorisierten ausländische Initiativen. Für Italiener (12%) und Ex-Jugoslawen (37%) waren, seitens der Migranten organisierte Maßnahmen, von geringer Bedeutung. Spanier und Polen äußerten diesbezüglich keine eindeutigen Präferenzen (jeweils 53% der Befragten – vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.179, Tab.4.8).

5.2.3 Die Selbstplatzierung der Organisationen

Anknüpfend an vorherige Überlegungen (vgl. 3.2; 5.2) ist zunächst auf die finanzielle Situation der Migrantenselbstorganisationen einzugehen. Die zur Verfügung stehenden Mittel determinieren die Angebotsmöglichkeiten der Vereine, was am Beispiel bildender Maßnahmen bereits nachvollzogen werden konnte (vgl. 5.1.1). Darüber hinaus ist entscheidend, in

wieweit die Vereine sich selbst finanzieren können, bzw. abhängig von anderen Geldgebern sind. In diesem Zusammenhang sind sie in einem Spannungsfeld zwischen Selbsthilfe und Fremdbestimmung anzusiedeln, was sich auch in der Vereinsarbeit manifestieren dürfte.

Von den Migrantenselbstorganisationen im Bereich des IFP finanzierten sich rund 50% ausschließlich über die Mitgliedsbeiträge – 72% aller Ausgaben wurden hieraus bestritten (vgl. MGSFF 1999, S.37). Fördergelder von Bund, Land und Kommunen waren von geringerer Bedeutung, da nur 16% der Ausgaben auf diese Weise gedeckt wurden. Insbesondere Selbstorganisationen lateinamerikanischer und afrikanischer Migranten waren auf Eigenmittel angewiesen, während herkunftsheterogene Vereinigungen durchschnittlich die Hälfte ihrer Ausgaben über Fremdmittel bestreiten konnten und damit die am stärksten geförderten Organisationen waren. In diesem Zusammenhang kann auch erklärt werden, warum Bildungsangebote von herkunftsheterogenen Zusammenschlüssen häufiger organisiert wurden (vgl. 5.1.1); hier standen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung. Die Förderung von staatlicher Seite realisierte sich dabei vor allem auf kommunaler Ebene. Während dies für 22% der unterstützten Organisationen galt, war der Anteil der Organisationen, die Förderung von Land und Bund erhielten, mit 18%, bzw. 8% geringer. Zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten bestanden überdies im Rahmen konkreter Projektförderung, von der rund ein Drittel der Organisationen im Bereich des IFP profitierten (ebd.). Daß der Stellenwert der Eigenmittel ohne die vielen herkunftsheterogenen Vereine noch höher einzustufen ist, zeigen die Befunde aus dem Bereich des ZFT (vgl. MGSFF 1999, S.108, Tab.18). Hier gaben 261 (76,3%) der 342 überwiegend türkischen Migrantenselbstorganisationen an, keinerlei Zuschüsse von Kommunen, Land oder Bund zu erhalten. Insgesamt kam 16,7% der Organisationen dieses Bereichs Unterstützung seitens der Kommunen zu, 2,3% erhielten Fördermittel vom Land. Die große Mehrheit der Vereine finanzierte sich demzufolge hauptsächlich über Mitgliedsbeiträge (97,3%) und Spenden (88,6%). Nur 37 Vereine (11,1%) erhielten Projektförderung (vgl. MGSFF 1999, S.108, Tab.17). Die geringe Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel durch Selbstorganisationen im Bereich des ZFT kann nicht über die generelle Begrenztheit solcher Mittel

erklärt werden, weil derartige Einschränkungen alle Vereine betreffen. Hauptgründe sind in der fehlenden Kenntnis und Erfahrung mit den Förderungsmaßnahmen zu sehen. Das ZFT betont in diesem Zusammenhang, daß „...das erforderliche Interesse und Engagement vorhanden ist, jedoch häufig Informationen darüber fehlen.“ (MGSFF 1999, S.108). Zudem wirken sich die geringen Kontakte zu den entsprechenden Instanzen und zusätzliche Hemmschwellen im Umgang mit Behörden negativ aus (ebd. – vgl. auch 5.1.1). Gerade im Vergleich zu herkunftsheterogenen Organisationen im Bereich des IFP wird deutlich, daß die mehrheitlich türkischen Organisationen, ganz gleich ob bewußt oder unbewußt, stärker auf das Selbsthilfekzept setzen müssen. Bestimmte Vereinsangebote (Bildung) leiden zwar unter dem geringen Ausmaß von Fremd- und Projektförderung, andere Aktivitäten (Beratung), die überwiegend auf Selbsterfahrung basieren, können jedoch sehr gut autonom umgesetzt werden. In diesem Sinne ist die Anwendung des Begriffs ‚Selbstorganisation‘ auf die Vereine auch berechtigt. Anders verhält sich dies bei herkunftsheterogenen Zusammenschlüssen. Daß diese Selbsthilfeformen darstellten, darf in finanzieller Hinsicht zumindest in Frage gestellt werden.

Der starke Selbsthilfebezug der Organisationen im Bereich des ZFT äußerte sich auch hinsichtlich vorhandener Räumlichkeiten. Neben der finanziellen Situation ist in der Ausstattung der Vereine mit eigenen Räumen ein weiterer Aspekt der Selbstplatzierung zu sehen. Insbesondere Vereinsangebote, die auf Dauer angelegt sind, implizieren kontinuierliche Kommunikation und Planung seitens der Verantwortlichen. Dabei ist in eigenen Örtlichkeiten, die nicht mit anderen Organisationen geteilt werden müssen, eine wesentliche Voraussetzung für effiziente Vereinsarbeit zu sehen. Auf diesbezügliche Probleme verweist auch das ZFT: „Fehlen eigene Räumlichkeiten, beginnen die Probleme bereits bei der Organisierung der Sitzungen des Vorstandes, der sich in solchen Fällen in der Privatwohnung eines Mitglieds treffen muß.“ (MGSFF 1999, S.108). Von den befragten Organisationen im Bereich des ZFT gaben 74% an, über eigene Räumlichkeiten zu verfügen, 27,6% der Organisationen nutzten die Räume anderer, ein geringer Anteil von 1,6% konnte sowohl auf eigene und fremde Räumlichkeiten zurückgreifen (vgl. MGSFF 1999,

S.109, Tab. 19, 20). Der hohe Anteil der Selbstorganisationen mit eigenen Räumlichkeiten weist insgesamt auf eine gehobene Ausstattung hin. Im Gegensatz dazu konnten nur 29% der Organisationen im Bereich des IFP auf eigene Räume verweisen, 38% mußten ausschließlich auf die Räume anderer zurückgreifen, während 18% der Organisationen beide Möglichkeiten nutzten (vgl. MGSFF 1999, 38). Auf Privatwohnungen mußten immerhin 15% der Vereine ausweichen. Hier stellten afrikanische und asiatische Migrantenselbstorganisationen mit 74% die Mehrheit (ebd.).

Über die finanzielle und räumliche Situation hinaus, liefert die personelle Besetzung der Vereine Hinweise zur Selbstplatzierung. In diesem Kontext wurde bereits auf den Anteil der Vereine (ZFT) mit festangestellten Mitarbeitern verwiesen (30,7% – vgl. 5.1.1). Ohne die vielen Imame der Moscheevereine reduzierte sich dieser jedoch auf 11,6% (vgl. MGSFF 1999, S.109). Weitere Festanstellungen wurden von Verbänden genannt, so daß – um diese bereinigt – lediglich 31 hauptamtliche Kräfte auf direkter Vereinsebene verblieben, die sich auf 0,9% der Selbstorganisationen verteilten (ebd.). Angesichts der finanziellen Situation der Vereine dieses Bereichs, sind die personellen Möglichkeiten freilich äußerst eingeschränkt. Im Vergleich zeigte sich, daß die Organisationen im Bereich des IFP häufiger hauptamtliche Mitarbeiter²⁷ beschäftigten (19% der Vereine – vgl. MGSFF 1999, S.39). Von diesen entfielen 2% auf südamerikanische, 4% auf afrikanische und 13% auf asiatische Migrantenselbstorganisationen. Den Hauptanteil stellten Organisationen europäischer Migranten (34% der Organisationen mit Festanstellungen) und insbesondere die herkunftsheterogene Zusammenschlüsse (48%). Auch hier wirkt sich die finanzielle Situation aus; von den insgesamt 187 Hauptamtlichen arbeiteten 58% bei herkunftsheterogenen Organisationen (ebd.).

Die Anteile von Eigen- und Fremdmitteln sagen zwar nichts über das zur Verfügung stehende finanzielle Gesamtvolumen aus, die Befunde zur personellen Besetzung sprechen allerdings schon eine deutliche Sprache. Zudem dürfte der hohe Anteil der türkischen Vereine, die auf eigene Räumlichkeiten verweisen konnten, mit dem ebenfalls hohen Anteil der Moscheevereine in diesem Bereich zusammenhängen, die bei Gottesdiensten und anderen religiösen Veranstaltungen in besonderem Maß auf

²⁷ Unklar blieben die Anteile der Voll- und Teilzeitbeschäftigten, Honorar- und ABM-Kräfte (ebd.).

eigene Räumlichkeiten angewiesen sind und demzufolge eher über solche verfügen. Speziell den herkunftsheterogenen Organisationen kann eine erfolgreiche Platzierung attestiert werden, während bei Organisationen im Bereich des ZFT noch Bedarf bestand. Hier gilt es, die Kommunikationspotentiale auf Organisationsebene (vgl. 1.5.2) effizienter zu nutzen und den Kontaktbereich auszubauen (s.o.). In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß Kommunikation sich an Verstehen anschließt; seitens der Mitglieder dieser Vereine herrschte noch Informationsbedarf, was dazu führte, daß existierende Finanzierungsmöglichkeiten nicht genutzt wurden. Im Bereich ethnosolidarischer Aktivitäten kann dies allerdings kompensiert werden, da derartige Angebote, sieht man von langfristigen Kampagnen gegen Rassismus o.ä. ab, gut auf ehrenamtlicher Ebene organisiert werden können. Dabei bleibt die Autonomie der Vereine erhalten, das Selbsthilfekonzzept realisiert sich gerade auf diese Weise, wenn auch unter erschwerten Bedingungen. Darüber hinaus befand sich die Mehrheit der Migrantenselbstorganisationen in NRW, trotz der an sich langen Einwanderungshistorie, noch in der Aufbauphase. Auf theoretischer Ebene ergeben sich Assoziationen zur Systemgeschichte (vgl. 1.4.2), die in diesem Zusammenhang noch die notwendige Tiefenschärfe vermissen ließ. Diesbezügliche Grenzen sind generell zwar mit einfachen sozialen Systemen zu verbinden, die Potentiale organisierter Systeme (z.B. Entscheidungen aus Entscheidungen herzustellen) können jedoch auch erst mit deren zunehmender Existenzdauer genutzt werden (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Existenzdauer der Migrantenselbstorganisationen in NRW nach Untersuchungsbereichen

Existenzdauer (Jahre)	Organisationen - ZFT		Organisationen - IFP	
	n	%	n	%
bis 4	80	23,60	63	21,58
5 bis 9	84	24,78	69	23,63
10 bis 14	78	23,01	52	17,81
15 bis 19	64	18,88	40	13,70
20 bis 24	28	8,26	30	10,27
25 bis 29	2	0,59	20	6,85
30 und mehr	3	0,88	18	6,16
gesamt	339	100,00	292	100,00

Eigene Darstellung – Stand: 1997, Rücklauf
Datenquellen: MGSFF 1999

Nahezu die Hälfte der Organisationen (n=164; 48,4%) im Bereich des ZFT bestand weniger als zehn Jahre, weitere 142 Organisationen (41,9%) existierten zwischen zehn und zwanzig Jahren (vgl. Tab.2). Ähnliches galt für Organisationen im Bereich des IFP (unter 10 Jahre: n=132; 45,2% / 10-20 Jahre: n=92; 31,5%). Somit ist fast jeder zweite ausländische Verein in NRW (47%) im Zeitraum zwischen 1987 und 1997 entstanden, über ein Drittel aller Vereine wurde in den Jahren 1977 bis 1986 gegründet. Eindeutige Unterschiede zwischen den Untersuchungsbereichen lassen sich erst in früheren Phasen feststellen. Im Bereich des IFP sind bereits in den sechziger Jahren, wenn auch in geringem Ausmaß, Vereinsgründungen zu verzeichnen, deren Zahl dann kontinuierlich, bis Anfang der neunziger Jahre, anstieg. Nennenswerte Befunde zur Entstehung von Migrantenselbstorganisationen im Bereich des ZFT datieren auf die Zeit des Anwerbestopps zurück – rund 8,3% der Zusammenschlüsse wurden Anfang und Mitte der siebziger Jahre gegründet, fünf Jahre später hatte sich ihre Zahl bereits mehr als verdoppelt. Durch den Zuzug von Familienangehörigen der ehemaligen Gastarbeiter (vgl. 2.4) ging nicht nur ein Trend vermehrter Vereinsgründungen, sondern auch ein Prozeß bedarfsbedingter Ausdifferenzierung der Vereinslandschaft einher, der bis in die neunziger Jahre andauerte. Am Beispiel der türkischen Elternvereine, die zur Hälfte zwischen 1988 bis 1992 gegründet wurden, kann dies nachvollzogen werden. „Die verstärkte Gründung von Elternvereinen ist vor dem migrationsgeschichtlichen Hintergrund zu sehen. Das bis Anfang der achtziger Jahre zu beobachtende Phänomen der *Pendelkinder* ist mittlerweile verschwunden. Die mit der geplanten Rückkehr verbundene Entscheidung, die Kinder bereits vorher in das Herkunftsland zurückzuschicken [...] ist heute so gut wie gar nicht mehr anzutreffen.“ (MGSFF 1999, S.103).

In Kontrast hierzu steht die rückläufige Zahl der Gründungen von Moscheevereinen, die überwiegend zwischen 1978 und 1987 entstanden (ebd.). Für beide Untersuchungsbereiche galt zwar, daß die Zahl der Vereinsgründungen in letzter Zeit leicht rückläufig ist, die Ausdifferenzierung der Vereinslandschaft dürfte indessen weiter fortschreiten, da sie den sozialen Wandel innerhalb der ethnischen Gruppierungen reflektiert. „Die Bildung von Unternehmerverbänden und -vereinen verweist auf die vertikale Ausdifferenzierung der Migrantengesellschaft [...] Die Entstehung

klientel- bzw. zielgruppenorientierter Selbstorganisationen verweist vor allem auf die horizontale Ausdifferenzierung der Migrantengruppen...“ (MGSFF 1999, S.104). Hinsichtlich der Selbstplatzierung der Vereine besteht – auch angesichts der kurzen Existenzdauer – also noch Bedarf. Das zeigen auch die Angaben zur Optimierung der Organisationsstruktur (vgl. MGSFF 1999, S.52). Hier waren vor allem Bestrebungen zu Gründung und Weiterentwicklung eigener Dachverbände zu verzeichnen, andererseits wurden interkulturelle Kooperationsformen auf Stadtebene genannt (ebd.). Eigene Dachverbände und die Verbandszugehörigkeit der Vereine stärken die Integration der Gruppe, da, abseits von Kooperationsformen mit Instanzen der Aufnahmegesellschaft, integrative Maßnahmen autonom umgesetzt werden können.

Den 25 erfaßten Dachverbänden im Bereich des IFP gehörten 462 Einzelorganisationen an (vgl. MGSFF 1999, S.29). Das Verbandswesen wies nicht nur regionale und nationalitätenspezifische, sondern auch berufsständige und inhaltliche Differenzierung auf (s.o.). 43% der Verbände europäischer Migranten umfaßten dabei 72% aller Organisationsmitglieder. Nahezu jeder dritte Verein (32%) im Bereich des IFP war Mitglied in einer eigenen Dachorganisation. Weiterhin konnten Vollmitgliedschaften (15% der Organisationen) oder kooperative Mitgliedschaften (22%) bei Wohlfahrtsorganisationen festgestellt werden, so daß insgesamt weit über die Hälfte der Organisationen auf der Verbandsebene eingebunden war, 42% völlige Autonomie aufwiesen (ebd.). Zu Eigenverbänden zählen z.B. der *Bundesverband Spanischer Elternvereine*, die *Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenvverbände*, der *Verband Griechischer Gemeinden in der BRD*, sowie der *Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit*. Infolge des früheren Beratungs- und Betreuungssystems durch überparteiliche, nichtstaatliche Instanzen der Aufnahmegesellschaft, bestehen bei rund der Hälfte der Selbstorganisationen nach wie vor Verbindungen zu deutschen Wohlfahrtsverbänden wie z.B. der *Caritas*, dem *Diakonischen Werk* und dem *Roten Kreuz*. Von den Migrantenselbstorganisationen, die darauf verweisen konnten, waren rund 35% kooperative und 15% Vollmitglieder (vgl. MGSFF 1999, S.30).

In den Befunden zur Verbandzugehörigkeit der Vereine im Bereich des ZFT reflektierten sich die schwachen Verbindungen zu Organisationen der Aufnahmegesellschaft (vgl. MGSFF 1999, S.106, Tab.13). Zu den größten Dachverbänden zählten hier der DITIB (246 Organisationen; 17,1% aller Organisationen), der *Verband der islamischen Kulturzentren* (n=125; 8,7%) und die *Islamische Gemeinde Milli Görüş* (n=43; 3%). Der *Arbeiterwohlfahrt* und dem *Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband* gehörten nur insgesamt 1% der Organisationen (n=14) an. Im Vergleich zum Rücklauf im Bereich des IFP, zeigte sich hier insgesamt ein höheres Ausmaß der Verbandzugehörigkeit (66% der Organisationen). Die Organisationen fanden demzufolge häufig Anbindung an landsmannschaftliche Verbände, was erneut den starken Selbsthilfebezug der mehrheitlich türkischen Zusammenschlüsse betont. Die stärkere Fokussierung der Wohlfahrtsverbände auf die ersten Migrantengruppen, sowie zunehmende Vereinsgründungen entlang klientelistischer Interessen, wirken sich in überwiegend autonomen Vereins- und Verbandstrukturen aus. Zwar realisiert sich die Zusammenarbeit mit Organisationen der Aufnahmegesellschaft nicht allein über feste Mitgliedschaften in diesen, das geringe Ausmaß derartiger Kontakte stützt allerdings die obige Vermutung (vgl. 5.1.1; MGSFF 1999, S.112, Tab.26).

5.2.4 Öffentlichkeitsarbeit

Verbindungen zwischen der Öffentlichkeitsarbeit ausländischer Vereine und der Plazierung von Migranten ergeben sich in zweierlei Hinsicht:

- Optimierung der Organisationsstruktur. Das Thematisieren der Vereinsaktivitäten und -ziele nach Außen kann gezielt genutzt werden, um neue Mitglieder zu werben. Dadurch ergeben sich zusätzliche Potentiale in finanzieller und personeller Hinsicht, die sich auf die Erweiterung der Angebotspalette und Aufgabenverteilung (Rollentypik) positiv auswirken. Darüber hinaus hängt die Effizienz kollektiver Interessenvertretung (Pressure-Group-Aspekt) in hohem Maße von der Mitgliederstärke ab.
- Mediation. Die Artikulation der Belange verstärkt die Sensibilisierung der Öffentlichkeit dafür, setzt Diskussionen in Gang und fördert die

Bereitschaft, sich mit entsprechenden Problemfeldern auseinander zu setzen. Nur so kann ein Vermittlungsprozeß zwischen Aufnahmegesellschaft und Migrantengruppen stattfinden.

Gerade die geringe Wahrnehmung durch die Mehrheitsgesellschaft stellt laut ZFT ein zentrales Problem für viele Migrantenselbstorganisationen dar (vgl. MGSFF 1999, S.115). In diesem Sinne dient eine aktive Öffentlichkeitsarbeit mittels Publikationen und Veranstaltungen nicht nur der Eigenwerbung, sondern auch der Kontaktherstellung zu den Medien der Aufnahmegesellschaft. Hier ist insbesondere auf das Erstellen von Pressemitteilungen für die lokale Berichterstattung zu verweisen (vgl. MGSFF 1999, S.58). Der direkte Austausch realisiert sich hingegen über öffentliche Informationsveranstaltungen aller Art – hierzu gehört auch die Öffnung der Vereinslokalitäten („Tag der offenen Tür“). Entscheidend für den Ausbau der Zusammenarbeit mit Kommunen und Ländern sind vor allem Projekt- und Jahresberichte. Im Rahmen von Projektberichten können Erkenntnisse über spezielle Problemfelder (Sinnsphären) und diesbezügliche Organisationsbeiträge (selektives Anschließen) gewonnen werden, während Jahresberichte die Bandbreite verdeutlichen – in der Summe überwiegend plausible Gründe für eine aktive Öffentlichkeitsarbeit.

Das Hauptproblem ist jedoch in der finanziellen Situation der Vereine zu sehen, die oft nur geringe Möglichkeiten der Disponibilität bietet. Es muß entschieden werden, ob die begrenzten finanziellen Mittel für die Erweiterung und Professionalisierung der eigentlichen Vereinsarbeit oder die Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden; Entscheidungen auf der Grundlage von Entscheidungen sind so nicht möglich (vgl. 1.5.2). Investitionen in einem Bereich führen unweigerlich zur Begrenzung des anderen. Mit ein Grund für das geringe Ausmaß der Öffentlichkeitsarbeit der Vereine im Bereich des ZFT (vgl. MGSFF 1999, S.115). Lediglich 63 der befragten 243 Organisationen gaben an, Publikationen zu erstellen, bzw. über diese zu verfügen. Zudem wurde ein Teil der Publikationen in der jeweiligen Herkunftssprache verfaßt, wodurch sich folglich keine vermittelnde Wirkung (Mediation, Verstehen) einstellen konnte (ebd.). Gerade das Zurückgreifen auf die Landessprache verdeutlicht den

Selbstbezug der Organisationen in diesem Bereich der Studie (vgl. 5.1.2). In Kontrast dazu standen die Organisationen im Bereich des IFP, von denen mehr als die Hälfte (52%) angab, eine aktive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben (vgl. MGSFF 1999, S.58). Erwartungsgemäß viele der herkunftsheterogenen Vereine (68%) engagierten sich in diesem Bereich, was den Stellenwert der Fördermittel im Vergleich zu Mitgliedsbeiträgen und Spenden verdeutlicht. Differenziert nach Herkunftsgebieten zeigte sich, daß lediglich die afrikanischen Migrantenselbstorganisationen überdurchschnittlich häufig eine aktive Öffentlichkeitsarbeit nannten (55% - ebd.), was in diesem Fall weniger über die finanzielle Situation (vgl. 5.2.3), jedoch über das Ausmaß politischen Interesses und entsprechender Aktivitäten erklärt werden kann (vgl. 5.2.2). Vereine asiatischer Migranten (48%) waren diesbezüglich seltener aktiv – hier hatten allerdings Vereinsangebote zu Beratung, Begegnung, Betreuung und speziell Politik geringere Bedeutung, so daß die Bandbreite der kommunizierbaren Inhalte beschränkt war (vgl. MGSFF 1999, S.44). Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß die Möglichkeiten, eine aktive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, eng mit den finanziellen Mitteln zusammenhängen, während Art und Weise der Umsetzung eher von gruppenspezifischen Merkmalen beeinflusst wird. Ein weiterer Faktor ist in den politischen Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene zu sehen. Die Fördermaßnahmen durch staatliche Instanzen werden im Rahmen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung beschnitten. Die verstärkte Förderungsnachfrage seitens der Vereine führte zu einer Verschärfung der Förderkriterien auf Senatsseite (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.225). Darüber hinaus ist anzumerken, daß Publikationen, sowie Radio- und TV-Sendungen auf kommunaler Ebene per se nicht gefördert werden; hier müssen sich die Antragssteller an die Ausländerbeauftragten wenden. Liberal fällt die Haltung der Kommunen hingegen bezüglich Förderungsmaßnahmen im kulturellen Bereich aus; „Die Pflege der Herkunftskultur wird durch die Politik der Berliner Aufnahme-gesellschaft auch eigens gefördert. Manchmal sei es leichter – so ein Vereinsrepräsentant – Fördermittel für Kulturprojekte zu erhalten als für Sozialberatung.“ (ebd.). Anknüpfend an die Überlegungen und Befunde zu interkulturellen Austauschprozessen (vgl. 5.1.2), erscheinen die Förder-

richtlinien geradezu kontraproduktiv, da man den Selbstorganisationen, speziell im medialen Bereich, *die* Kommunikationsmittel verwehrt, die eine Verbesserung der Vermittlung zwischen Migrantengruppen und Aufnahme-gesellschaft bewirken könnten.

5.2.5 Folgerungen (II)

Der Beitrag der Migrantenselbstorganisationen für die Plazierung realisiert sich in herkunfts- und bedarfsspezifischer Form, so daß keine Schlußfolgerung hinsichtlich der Relevanz der Vereine möglich ist. Die Analyse der Mitgliedertypen (vgl. 5.2.1) zeigt, daß individuelle Angebotspräferenzen im Zusammenspiel mit unterschiedlich ausgeprägter Kommunikationsbereitschaft die Zielsetzung der Vereine überformen können, was die systemischen Leistungen zwar auffächert (Angebotspalette), deren Effektivität jedoch begrenzt (Konsens und Umsetzung der Einzelziele). Implikationen ergeben sich in Richtung des Typs der informalen Organisation. Zwar könnte man inhärente Komplexitätsprobleme informaler Organisationen – wie den ausländischen Vereinen – über die Diffusität der Rollen und das Fehlen entsprechender Konditionalprogramme, die das gegenseitige Verstehen nicht zu steuern und kanalisieren vermögen, erklären, dies führt jedoch zu Problemen auf theoretische Ebene:

Die gegenseitige Konditionierung der Verhaltensweisen der Mitglieder (vgl. 1.5.1) müßte sich, auch ohne die interne Ausdifferenzierung der Organisationsstruktur in Stellen, Abteilungen und Hierarchien, bei informalen Organisationssystemen per se leichter realisieren, da entsprechend wenige Kontingenzen minimiert werden müßten. Somit bleibt unklar, welche Erklärung die richtige ist, obgleich beide Varianten plausibel erscheinen. Das organisationstheoretische Modell Luhmanns verliert dadurch zwar nicht seinen heuristischen Wert, der in der alternativen Bestimmung der Merkmale organisierter sozialer Systeme zu sehen ist, läuft jedoch Gefahr, bei der Kausalitätsfindung zu tautologisch zu geraten.

Der Versuch, das Nichtverstehen seitens der Organisationsmitglieder über das Fehlen systeminterner Steuerungsmechanismen (s.o.) zu erklären,

bedeutete auch, sich von der Totalität der Autopoiese zu entfernen. Kommunikationssysteme würden sich in diesem Fall nicht ausschließlich selbst reproduzieren, sondern wären von Fremdbeiträgen abhängig (vgl. 1.2; 1.4.1).

Hinzu kommt, daß alle systemtheoretischen Erklärungsversuche letztlich am Problem des Verstehens oder Nichtverstehens ansetzen müssen, was wiederum Fragen in Bezug auf die systemischen Ordnungstypen und deren Deduzierbarkeit aufwirft. Die Kausalitätsbestimmung von Phänomenen auf der Ebene komplexer sozialer Systeme (Organisationen, Gesellschaft) mit Axiomen, die auf der Ebene einfacher sozialer Systeme (Kommunikation, Interaktion) greifen, widerspricht dem Emergenzpostulat von Systemen (vgl. 1).

Die klientelbezogene Orientierung der Migrantenselbstorganisationen, die sich im Bereich ethnosolidarischen Aktivitäten äußert, verweist auf die Anbindung der herkunftshomogenen Organisationen an entsprechende Migrantengruppen (vgl. 5.2.1). Im Gegensatz zu Bildungsmaßnahmen sind Beratungstätigkeiten gut in voluntaristischer Form zu organisieren, weswegen sie auch, gemäß dem Bedarf der Gruppe (z.B. der türkischen Migranten), häufiger angeboten wurden.

Im Betreuungsbereich stellen Hilfsorganisationen für spezielle Zielgruppen, wie z.B. Waisenkinder aus Kriegsgebieten, einen Sonderfall der Selbstorganisationen dar, die durch die zeitliche Begrenzung keinen Beitrag für die Platzierung aller Migranten leisten (sollen). Die systemtheoretische Kausalitätsfindung kann über die endliche Systemgeschichte erfolgen, wodurch eine Reduktion der Anschlußmöglichkeiten späterer Entscheidungsprozesse seitens systemnahen Umwelten (Migranten und Aufnahmegesellschaft) erfolgt, die nicht auf vorangegangenen basieren können. Demzufolge ist nicht nur die Autopoiese dieser Systemtypen, Entscheidungen aus Entscheidungen zu produzieren, minimiert.

Die Befunde des Berliner Forschungsberichtes zeigen, daß der Stellenwert der Selbstorganisationen bei der Bewältigung platzierungsrelevanter Probleme als gering einzustufen ist. Im Vergleich zu nichtstaatlichen Organisationen der Aufnahmegesellschaft kam den Vereinen zwar höhere Bedeutung zu, das Vertrauen in die Institutionen der Aufnahme-

gesellschaft, Familie und Peer-Group war jedoch größer. Die hohen Erwartungen an staatliche Instanzen als Problemhelfer (Systemvertrauen) zeugen von bereits erfolgter Integration in die Dominanzgesellschaft und verweisen zudem auf die grundsätzliche Funktion von Behörden, die in der Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse liegt (Normalisierung des Konfliktverhaltens – vgl. 1.5). Diesbezüglich schnitten die Selbstorganisationen schlechter ab. Unterschieden in Organisierte und Nichtorganisierte war jedoch festzustellen, daß die Beiträge möglicher Helfer von den Organisierten differenzierter eingeschätzt wurden. Die Anbindung an die Vereine wirkt sich steigernd auf die Erfassungspotentiale von systemischen Umwelten seitens der Mitglieder aus, der Selektionshorizont wird vergrößert; man kann mehr Welt erfassen (vgl. 1.). In diesem Sinne erbringen die Vereine Informationsleistungen, die sich positiv auf die Beurteilungskompetenzen der Mitglieder auswirken; ein wichtiger Beitrag für die Integration.

Vereinsaktivitäten, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung wenden, nahmen einen relativ hohen Stellenwert ein. Dabei ist auf den Zusammenhang von Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit, politischem Interesse und Bildungsgraden hinzuweisen (vgl. 5.2.2). Die Anbindung an Migrantenselbstorganisationen verstärkt allerdings die politische Mobilisierung, unabhängig vom Bildungsgrad der Mitglieder. Da sich dies in ethnopolitischen – nicht diasporapolitischen – Sinnsphären realisiert, ist auch nicht davon auszugehen, daß Migrantenselbstorganisationen hier segregierend wirken könnten (vgl. auch 4.1). Inwieweit sich diese Mobilisierung in Form von entsprechenden (ethno-)politischen Programmen und antirassistischen Kampagnen der Vereine ausdrückt, bleibt offen. Eine systemtheoretische Fundierung dieses Prozesses, über die grundsätzlichen Potentiale organisierter sozialer Systeme (vgl. 1.5.2), führt in diesem Fall dazu, daß die externen Einflußfaktoren nicht hinreichend berücksichtigt werden (vgl. 5.1.4).

Dies äußert sich auch im Zusammenspiel von Vereinsförderung, Selbstplatzierung der Vereine und Vereinsaktivitäten. Insgesamt hängen kostenintensive Angebote in starkem Maß von der Selbstplatzierung der Organisationen ab. Das betrifft die Bildungsarbeit, jedoch auch platzierungsrelevante Aktivitäten, wie eine aktive Öffentlichkeitsarbeit.

Organisationen, die auf Fördermittel zurückgreifen konnten, hatten hier Vorteile gegenüber denen, die sich überwiegend aus Eigenmitteln finanzieren mußten. Direkte Auswirkungen waren im Bereich der Personal- und Raumsituation auszumachen (vgl. 5.2.3). Dabei zeigte sich, daß seitens der Verantwortlichen der türkischen Vereine in NRW häufig nur geringe Kenntnis über Fördermaßnahmen und –mittel herrschte, diese demzufolge auch nicht beantragt wurden. In diesem Zusammenhang *muß* sich das Selbsthilfekzept notwendigerweise realisieren. Ein anderes Bild lieferten hingegen die herkunftsheterogenen Organisationen, die in hohem Maße finanziell gefördert wurden, was sich indirekt auf die Angebote und – insbesondere – auf die Öffentlichkeitsarbeit positiv auswirkte (vgl. 5.2.4). Der Vergleich dieser Extreme kann als Gegensatz zwischen Selbsthilfe und Fremdbestimmung charakterisiert werden. Diesbezügliche Hinweise lassen sich auch den Befunden zur Verbandszugehörigkeit entnehmen; gerade die Vereine im Bereich des ZFT waren überwiegend autonom organisiert. Die Ausdifferenzierung des (türkischen) Organisationswesens realisierte sich über Ko-Ontogenese, frei von umweltbedingten Störeinflüssen, in eigenen teilsystemischen Bereichen (vgl. 1.3). Für die Organisationen im Bereich des IFP galt dies, aufgrund des früheren Betreuungssystems durch nichtstaatliche Instanzen, nur bedingt; hier bestanden vielfältige Verbindungen zu den deutschen Wohlfahrtsverbänden. Speziell herkunftsheterogene Vereine haben nur die Möglichkeit sich solchen Dachorganisationen oder den wenigen allgemeinen Migrantenverbänden anzuschließen. In diesem Zusammenhang führen die systemischen Kopplungen zur Interpenetration mit Autonomiedefiziten auf beiden Seiten (ebd.). Die herkunftsheterogenen Zusammenschlüsse profitieren durch die finanzielle Förderung seitens staatlicher Systeme, was sich auf die Angebotsstruktur auswirkt. Die so erweiterte Angebotspalette ist letztlich nur noch über Fördermaßnahmen zu finanzieren. Autonomiedefizite auf staatlicher Seite ergeben sich im Bereich der Sozialpolitik (leere Kassen), wo der Beitrag der Migrantenorganisationen erkannt und vor allem genutzt wird.

Die Befunde zur Existenzdauer der Selbstorganisationen lassen den Schluß zu, daß der Plazierungsprozeß sich noch in einer früheren Phase befindet, als der migrationsgeschichtliche Hintergrund es vermuten läßt.

Viele Organisationen sind ab Mitte der achtziger Jahre, entlang bedarfs- und klientelbezogenen Interessenlagen, entstanden. Der zeitliche Verlauf der Ausdifferenzierung der Vereinslandschaft weist auf Inklusions- und Exklusionsprozesse hin (vgl. 1.1). Erstere sind in der Erhöhung der Organisationsgrade durch Zunahme der Vereinsmitgliedschaften, sowie Anbindung der Einzelorganisationen an die Dachverbände zu sehen. Letztere realisieren sich über die Entstehung alternativer Organisationsformen wie den Elternvereinen, sowie die Auffächerung der Verbandsstrukturen in allgemeine, religiöse und integrative Dachorganisationen.

5.3 Identifikative Aspekte

Die Beiträge von Migrantenselbstorganisationen für die Identifikation der Migranten sind schwer nachvollziehbar. Einen Hinweis darauf liefert die Vereinsangebotsorientierung am soziokulturellen Kontext der Aufnahmegesellschaft oder des Herkunftslandes. Dabei müssen die Befunde zu den einzelnen Vereinsaktivitäten, über die Selbstbeschreibung der Organisationen hinaus, eine Fremdkategorisierung ermöglichen, die objektive Schlußfolgerungen ermöglicht. Kontakte der Vereine zu den politischen Parteien der BRD können als Beleg für Identifikationsprozesse gelten. Der Bezugspunkt ist hier in der ethnopolitischen, nicht diasporapolitischen, Mobilisierung der Klientel zu sehen (vgl. 5.2.2).

5.3.1 Kulturelle Orientierung der Organisationen

Die offene Frage nach der kulturellen Angebotsorientierung der Selbstorganisationen in NRW liefert Anhaltspunkte bezüglich deren Identifikationsbeiträge (vgl. 3.5.1; MGSFF 1999, S.59ff; S.115). Im Bereich des IFP wurde zudem eine Fremdkategorisierung vorgenommen. Im Wesentlichen handelte es sich hier um den Vergleich zwischen angegebenen Organisationszielsetzungen und -aktivitäten.

Rund zwei Drittel der Organisationen gaben an, ihre Angebote sowohl am Herkunftsland, als auch am Kontext der Aufnahmegesellschaft auszurichten. Lediglich 5% der Vereine orientierten sich überwiegend am Herkunftsland, 28% an der BRD (ebd.). Vergleicht man dies mit der Einschätzung des IFP, so tritt der erwartete Effekt der stärkeren Heimatfokussierung ein. Rund ein Viertel der Vereine wurde als herkunftsland-

bezogen klassifiziert, während nur für 18% eine Orientierung an der BRD konstatiert werden konnte. Mehr als die Hälfte der Vereine (58%) wies eine gemischte Angebotsorientierung auf. Differenziert nach Herkunftskontinenten zeigten sich signifikantere Unterschiede zwischen Eigen- und Fremdkategorisierung. So gaben nahezu alle Vereine afrikanischer Migranten (92%) eine Angebotsorientierung als Mischform an, während das IFP einen starken Heimatbezug feststellte (52% dieser Vereine). Diskrepanzen äußerten sich auch bei den Selbstorganisationen europäischer Migranten, von denen 6% eine Orientierung der Angebote am Herkunftsland und 26% an der BRD angaben. Die Fremdkategorisierung ergab hier für lediglich 7% der Vereine eine Angebotsorientierung an der BRD und für 30% der Vereine einen starken Heimatbezug (ebd.).

Die Eigeneinschätzung der Vereine im Bereich des IFP deckt sich weitestgehend mit den Befunden im Bereich des ZFT (vgl. MGSFF 1999, S.115, Tab.31). Hier ergab sich, daß 60,9% der Vereine ihre Aktivitäten an BRD und Heimat, 38,2% nur an der BRD ausrichteten. Lediglich 3 Organisationen wiesen einen starken Herkunftslandbezug auf (ebd.). Zwar ist davon auszugehen, daß eine Fremdkategorisierung durch das ZFT ähnliche Diskrepanzen wie im Bereich des IFP hervorgebracht hätte, das hohe Ausmaß der Organisationen mit einer gemischten Angebotsorientierung reflektiert jedoch einen allgemeinen Trend der kulturellen Orientierung aller nordrhein-westfälischen Migrantenselbstorganisationen. Analog der Heterogenität der Angebote verwundert es nicht, daß diese sich auf den hiesigen und ursprünglichen soziokulturellen Kontext beziehen.

Interessant erscheinen diese Befunde in Hinsicht des Modells Essers (vgl. 3.4). Die gemischte Angebotsorientierung zeigt, daß Identifikation durch heimatliche Verbundenheit mit der Aufnahmegesellschaft, zu ein-dimensional angelegt ist. Esser bezieht die, daran anschließenden, Integrationstypen ausschließlich auf den neuen soziokulturellen Kontext und läßt dabei außer Acht, daß – gerade bei Diasporagemeinschaften – mehrere Formen der Heimat koexistieren können. Am Beispiel der kurdischen Immigranten kann dies nachvollzogen werden. Hier bestehen neben der alltäglichen Heimat (Aufnahmegesellschaft) noch Bezüge zum Herkunftsland (z.B. Türkei oder Irak) und zur idealisierten Heimat

(Kurdistan), so daß die Vorstellung von linearen Identifikationsprozessen, die letztlich zu *einem* Heimatbezug führen, zu bezweifeln ist.

Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang auch der Typ der Defferenzintegration (ebd.), der sich auf die Hinnahme ungleicher Teilhabemöglichkeiten seitens der Zuwanderer bezieht. Zwar kann die doppelte Orientierung der Vereinsangebote nicht mit Rückkehrbestrebung assoziiert werden, das ZFT betont jedoch, daß sie „... möglicherweise als Offenhaltung einer *Rückkehroption* zu verstehen [ist].“ (MGSFF 1999, S.115). Die Rückkehroption stellt einen alternativen Ausweg dar, sich nicht mit bestehenden strukturellen Barrieren abzufinden oder gar zu identifizieren. Die Defferenzintegration unterstellt hingegen, daß hiervon Betroffene, trotz der Benachteiligungen, in der Aufnahmegesellschaft verbleiben (vgl. 3.4). Die Verkettungsintegration ist hingegen nur im Falle ungleicher Standards zwischen Herkunftsland und Aufnahmegesellschaft denkbar, die dazu beitragen, daß Benachteiligte keine Rückkehr erwägen. Plausibel erscheint dies im Hinblick auf die jüngeren Generationen der Türken in der BRD, da diese keine Rückkehroption haben und demzufolge mit (hiesigen) Benachteiligungen zurechtkommen müssen. Dies impliziert auch, die Marginalisierung zu überwinden, sich den Selbstorganisationen zuzuwenden und Interessen zu artikulieren (ebd.).

Die große Bandbreite der genannten Erwartungen an das Land Nordrhein-Westfalen verdeutlicht diesen identifikativen Prozeß (vgl. MGSFF 1999, S.62ff). Einen hohen Stellenwert wies die finanzielle Förderung auf – 52% der Vereine im Bereich des ZFT versprachen sich diesbezüglich ein größeres Engagement seitens der Landesregierung. Insbesondere Regel- und Festförderung (z.B. von interkulturellen Zentren) wurden hier genannt. Man verwies darauf, daß die „... Migrationssozialarbeit zum sozialen Frieden in Deutschland beitrage und den deutschen Staat durch das hohe Maß an Ehrenamtlichkeit auch finanziell stark entlaste.“ (MGSFF 1999, S.62). Zudem trat man dafür ein, die personelle Situation, auch bei der Zusammenarbeit mit den Ministerien, zu verbessern, des weiteren, den Kontaktbereich über zusätzliche Arbeitskreise und vermehrte Vernetzung zu den öffentlichen Instanzen auszubauen. Darüber hinaus war in der Verbesserung der Raumsituation (vgl. auch 5.2.3) ein zentrales Anliegen zu sehen. Ein Drittel der überwiegend türkischen Selbstorganisationen

verwies zudem auf die Verbesserung des deutsch-türkischen Dialogs (vgl. MGSFF 1999, S.117f). Weitere Erwartungen betrafen auch hier Fördermaßnahmen. So wurde von 8% der befragten Vereine Sprachförderung und von 9,3% Förderung im schulischen Bereich genannt. Berufsbildung (19,6%) und Erhaltung der eigenen Kultur (9,8%) stellten zusätzliche Bereiche dar, in denen die Organisationen sich größere Unterstützung erhofften (ebd.). Gerade diese Angaben belegen die Zweidimensionalität von Identifikation und kultureller Orientierung. So auch das Resümee des IFP: „Der größte Teil der Selbstorganisationen befürwortet das Konzept einer Integration unter Wahrung der kulturellen Identität und hat sich somit für eine Mischform bei der Angebotsorientierung entschieden.“ (MGSFF 1999, S.68).

Daß Identifikation sich sowohl auf kulturelle Werte der Migrantengruppe, als auch auf die der Aufnahmegesellschaft bezieht, zeigen die Befunde des Berliner Forschungsberichtes zur ethnosozialen Kohäsion der Migranten (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.92f, Tab. 2). Der Kontakt zu den eigenen Landsleuten wurde von 71,2% der Befragten als sehr wichtig erachtet. Hingegen gab nur ein Drittel an, Angehörige in den Herkunftsländern zu unterstützen. Die Rückkehroption (s.o.) war bei nahezu der Hälfte der Befragten (45,5%) festzustellen, nur ein Viertel stimmte der Aussage zu, daß es besser sei, den Ehepartner in der eigenen Gruppe zu wählen. Immerhin 43,6% der Befragten waren der Meinung, eine Orientierung an der Aufnahmekultur sei so weit wie möglich erforderlich. Überwiegende Zustimmung (92,4%) herrschte bezüglich der Bewahrung der eigenen Kultur bei gleichzeitigem Anpassen an die Aufnahmegesellschaft. Wichtig ist hier zu betonen, daß das Ausmaß der Zustimmung mit dem Grad sozialer Einbindung in Selbstorganisationen korrelierte; was sich auch auf deren kulturelle Orientierung auswirken dürfte (ebd.).

Abschließend kann festgehalten werden, daß die kulturelle Angebotsorientierung der Selbstorganisationen Anhaltspunkte für die Identifikation der Migranten mit der Aufnahmegesellschaft liefert. Dabei wird auch deutlich, daß assimilative Integrationsvorstellungen nicht der sozialen Wirklichkeit entsprechen und demzufolge verworfen werden müssen (vgl. 2.-2.4). Die Identifikation mit dem neuen soziokulturellen Kontext führt

nicht zur Aufgabe der Herkunftskultur – ein beidseitiger Kulturbezug ist möglich. Die Vereine leisten über die Angebotsbandbreite einen Beitrag zur Identifikation der Mitglieder mit der Aufnahmegesellschaft, wobei der Heimatbezug gewährleistet bleibt. Realisiert sich dies, das zeigt die Berliner Studie, ist auch die Organisationsbereitschaft der Migranten größer.

5.3.2 Politische Aktivitäten, Kontakte zu Parteien

Politische Kontakte und Zusammenarbeit mit Parteien des Herkunfts- und Aufnahmelandes verweisen auf eine entsprechende Orientierung der ausländischen Vereine. Nochmals anzumerken ist, daß aufenthaltsrechtliche Aspekte die politische Willensbildung von Zuwanderern in der BRD beschränken, folglich mit einem geringeren Ausmaß an Zusammenarbeit mit deutschen Parteien zu rechnen ist. Zudem dürften parteiprogrammatische Inhalte, wie die Haltung der CDU zum EU-Beitritt der Türkei, nicht zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit (türkischen) Organisationen führen. Überdies hängt das Ausmaß der Kontakte auch von den jeweiligen Organisationszwecken ab; bei Religions- und Sportvereinen sind schwächere Verbindungen zu Parteien zu erwarten als z.B. im Falle der, per se auf Integration ausgerichteten, herkunftsheterogenen Vereinigungen. Gemäß den Feststellungen Jungks (vgl. 1.3) und den vorigen Ausführungen (vgl. 5.3.1) konzentriert sich das Interesse der Parteien vornehmlich auf diejenigen Migrantorganisationen, die im Bereich von Integration und Sozialarbeit tätig sind und dementsprechend sozialpolitische Belange besser umsetzen können.

Hinsichtlich der politischen Kontakte von Migrantenselbstorganisationen in NRW zu den Herkunftsländern, konnte in beiden Teilstudien nur ein geringes Ausmaß festgestellt werden (vgl. MGSFF 1999, S.40; S.110, Tab. 22). Nur 7,8% der überwiegend türkischen Organisationen (ZFT) und 9% derer des anderen Bereichs standen mit Parteien der Herkunftsländer in Verbindung. Die Kontakte der türkischen Vereine bezogen sich dabei vor allem auf Parteien im Zentrum des politischen Spektrums (ebd.). Im Bereich des IFP hielten erwartungsgemäß viele der afrikanischen Vereine (15%) Kontakte zu Parteien der Herkunftsländer, 12% arbeiteten mit ihnen zusammen. Das IFP konstatiert in diesem Zusammenhang, daß gesamt-

afrikanische Vereinigungen keine dieser Verbindungen aufwiesen. Bei den griechischen Selbstorganisationen bestanden hingegen häufiger solche Kontakte (19% dieser Vereine), die mit dem traditionell starken Heimatbezug dieser Gruppe zu erklären sind. Im Gegensatz hierzu waren die herkunftspolitischen Bezüge der Migrantenselbstorganisationen aus dem ehemaligen Jugoslawien, bis auf eine Ausnahme, in Folge des Bürgerkriegs abgebrochen; hier konnten jedoch häufig Verbindungen zu Hilfsorganisationen festgestellt werden (ebd. – vgl. auch 4.2). Der Unterstellung, ausländische Organisationen mit politischen Kontakten zur Heimat wirkten im hiesigen Kontext segregierend, muß widersprochen werden. Das Ausmaß der politischen Kontakte zu den Parteien der Herkunftsländer ist als sehr gering einzustufen. Zudem sagen (politische) Verbindungen zur Heimat wenig über die Integration hier aus. In diesem Sinne sei auf vorherige Ausführungen verwiesen (vgl. 5.3.1).

Analog den Vorüberlegungen (s.o.) beziehen sich die politischen Kontakte zu deutschen Parteien stark auf deren Parteiprogrammatik (IFP gesamt: 38% der Vereine – vgl. MGSFF 1999, S.41f). Von den Selbstorganisationen im Bereich des IFP gaben 28% Kontakte zu den Grünen und nur 22% zur CDU an. Die starke Verbindung zur SPD (36%) verweist u.a. auf die Bedeutung der Landesregierung bezüglich Fördermaßnahmen (vgl. 5.2.3). Herkunftsbedingte Abweichungen ergaben sich bei afrikanischen Vereinen, die überdurchschnittlich häufig Kontakte zur SPD (46%) und selten zur CDU (17%) angaben, während europäische Vereine seltener mit den Grünen (23%), jedoch mit den großen Volksparteien in Verbindung standen. Häufige Kontakte zu den Grünen konnten überdies bei herkunftsheterogenen und asiatischen Organisationen festgestellt werden (jeweils über 30% dieser Organisationen). Die Befunde zu europäischen Organisationen sind nicht dahingehend zu interpretieren, daß die längere Verweildauer der Gruppe in der BRD das politische Kontaktverhalten prägte. Das IFP betont in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Kontaktausprägungen der Selbstorganisationen der ehemaligen Anwerbeländer. Generell galt, daß herkunftsheterogene (70%) und afrikanische Organisationen (42%) am häufigsten Kontakte zu deutschen Parteien nannten (ebd.). Während dies bei herkunftsheterogenen Vereinigungen zu erwarten war (s.o.), verweist das

ausgeprägte Kontaktverhalten afrikanischer Organisationen auf deren ethnopolitische Mobilisierung (vgl. 5.2.2). Im Untersuchungsbereich des ZFT war das Ausmaß der Kontakte (33,2% der Organisationen) zu den deutschen Parteien insgesamt niedriger, auch deswegen, weil hier wenige Organisationen herkunftsheterogene Mitgliederstrukturen aufwiesen (vgl. MGSFF 1999, S.110). Neben der SPD (29,7%) waren Verbindungen zu den Grünen (22,8%) und der CDU (19,3%) relevant. Auch dies kann mit migrationspolitischen Programmen der deutschen Parteien assoziiert werden (ebd.).

Neben speziellen Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (vgl. 5.2.2) ist noch auf diejenigen einzugehen, die allgemeine Formen der politischen Partizipation von Migranten in der Aufnahmegesellschaft darstellen. Die Frage ist hier, ob den Selbstorganisationen bei der politischen Willensbildung und Mobilisierung eine Bedeutung zukommt. Gleichzusetzen wäre dies, diasporapolitische Effekte ausgenommen, mit einer auf Identifikation basierenden Wertintegration (vgl. 3.4).

Die politischen Partizipationspräferenzen zeigen hier, daß den Selbstorganisationen die geringste Bedeutung von allen Formen zukommt (25% der Befragten – vgl. Fijalkowski/Gillmeister 1997, S.186, Tab.4.12). Im Gegensatz dazu wurde der Beitrag deutsch-ausländischer Initiativen (herkunftsheterogene Organisationen – 60%) am höchsten bewertet. Danach folgten die Ausländerbeiräte (39%). Parteien, Demonstrationen und der Zusammenschluß mit anderen Migranten rangierten gleichauf (jeweils 38%), selbst die Gewerkschaften wurden häufiger genannt (30%). Seitens der Organisierten nahm der Stellenwert der Selbstorganisationen im Vergleich zu den herkunftsheterogenen Zusammenschlüssen zwar zu, hier wurden jedoch alle Partizipationsformen höher bewertet. Nur jeder Fünfte der Nichtorganisierten präferierte die Selbstorganisationen. Interessant in diesem Zusammenhang war die Tatsache, daß den Selbstorganisationen von den Befragten mit geringem oder keinem politischen Interesse höhere Bedeutung zukam (30% dieser – ebd.). Korrelationen verschiedener Partizipationsformen zeigten einerseits einen schwachen Trend zur Selbsthilfe, andererseits eine Präferenz hinsichtlich konventioneller Partizipationsformen (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.187, Tab. 4.13). Kein Zusammenhang bestand zwischen deutschen

Parteien einerseits und Selbstorganisationen ($r=-0,01$) oder herkunftsheterogenen Zusammenschlüssen andererseits ($r=-0,16$).

Insgesamt kam den Selbstorganisationen hinsichtlich der politischen Agitation nur geringe Bedeutung zu. War dies aber der Fall, wurde seitens der Befragten das Selbsthilfekzept ohne zusätzliche Partizipation in mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen betont. Beiträge der Selbstorganisationen, in Richtung einer verstärkten Vernetzung zu den institutionellen Partizipationsformen der Aufnahmegesellschaft, sind demzufolge stark eingeschränkt. Bezieht man die Integrationsformen (vgl. 3.4) auf spezifische Partizipationstypen (Anpassungs- und Einmischungsgrade – vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.191, Tab. 4.18), so zeigt sich, daß der Typ der Marginalisierten (‚nicht anpassen / nicht einmischen‘; Deferenzintegration) am häufigsten vorkam (30% der Nennungen). Dies galt insbesondere für Italiener, Vietnamesen und Aussiedler. Der assimilative Typ (‚anpassen / einmischen‘; Wertintegration) war nur gering ausgeprägt (21%), genauso diejenigen, die sich anpaßten aber nicht einmischten (22% – ebd.). Die Befragten mit hoher Partizipations- und niedriger Assimilationsneigung wiesen meist hohe Bildungsgrade auf und waren überdies weitaus häufiger organisiert (vgl. Fijalkowski / Gillmeister 1997, S.192, Tab.4.19). Analog den Befunden zu ethnosolidarischen Aktivitäten, wird auch die politische Agitation auf Vereinsebene durch die Heterogenität der Mitgliederstruktur geprägt (vgl. 5.2.2).

5.3.3 Folgerungen (III)

Die Selbstorganisationen leisten dann Identifikationsbeiträge für die Mitglieder, wenn der Bezug zur ursprünglichen Heimat *und* zum soziokulturellen Kontext der Aufnahmegesellschaft gewährleistet bleibt. Daß Identifikationsprozesse nicht eindimensional ablaufen, verweist auf die Vernetzungsprobleme zwischen sozialen und psychischen Systemen (vgl. 1.4.2). Die Diffusität von Bewußtseinsinhalten und deren Prozeßfrequenz zwingt das Kommunikationssystem zur verstärkten Selektion der Themen. Diese Verkürzung des maximal kommunizierbaren Horizonts kann auf der Ebene organisierter Systeme über parallele Kommunikation kompensiert werden. Anhand der Befunde aus NRW wird deutlich, daß die Migrantenselbstorganisationen eine doppelte (parallel kommunizierte) kulturelle

Orientierung aufweisen. Von daher realisieren sich die (theoretischen) Vorteile dieser Systemtypen, wie Angebotspalette und Fremdkategorisierung zu entnehmen war. Die Organisationen afrikanischer Zuwanderer stellen hier eine Ausnahme. Ein Hinweis könnten die vielschichtigen nationalstaatlichen Anliegen sein, die im Spektrum von Afrikanisierung und Politisierung anzusiedeln sind, folglich externe Faktoren darstellen, die sich auf hiesige Organisationssysteme der Klientel auswirken. Erklärt werden könnte dies über Beeinflussungsprozesse durch systemferne Umwelten (Herkunftsländer), die Konzeption Luhmanns stößt hier aber an Grenzen der Kausalitätsbestimmung (vgl. 5.1.4; 5.2.5). Bei den herkunftsheterogenen Zusammenschlüssen erschöpft sich das Leistungspotential in Kopplungen zur Aufnahmegesellschaft – die diversen Heimatbezüge der Mitglieder zu gewährleisten, hieße den Anstieg der systeminternen Komplexität (z.B. durch zu viel Personal) in Kauf zu nehmen. Derartige Bestrebungen sind per se durch die begrenzten Fördermittel eingeschränkt (vgl. 5.2.3). Das verweist erneut auf den Interpenetrationsbegriff, jedoch auch auf diesbezügliche Probleme (vgl. 5.2.5).

Interessant erscheint die Synchronisation von Vereinsorientierungen und sozialkontextbezogenen Werthaltungen der befragten Migranten (vgl. 5.3.1). Man könnte hier von ‚bikulturellen‘ Sinnsphären sprechen, die auf der Ebene der Selbstorganisationen nachvollzogen werden. Die genannten Erwartungen der Vereine an das Land NRW verdeutlichen dies – auch hier standen Integration und Kulturbewahrung im Mittelpunkt (ebd.). In diesem Zusammenhang realisiert sich auch ein Teil der Vermittlung über die Thematisierung der Belange nach Außen – ein Beitrag der Vereine.

Der Prozeß des Bewußtwerdens zweier Kulturen kann zwar normativ (z.B. Parsons) oder über Einfluß und Verstehen (Luhmann) erklärt werden, entzieht sich aber in Teilen dem soziologischen Gegenstandsbereich. Sozialisations- oder lerntheoretische Modelle wären hier angebrachter.

Der Kontrast zwischen Aufnahmegesellschaft und Migranten verdeutlicht sich hingegen in assimilativen Integrationsvorstellungen und jenen, die man mit ‚Identifikation bei Bewahrung‘ bezeichnen könnte. Ein Hinweis ist hier die Formulierung Baitschs zum Bild des Beobachters (vgl. 1.3). Die

Grenzziehung hängt von der eingenommenen Perspektive ab, aus Sicht der Aufnahmegesellschaft endet der Selektionsprozeß häufig bei deren Grenzen. Genau daran orientiert sich auch die Kritik der Vertreter neuerer Integrationstheorien (vgl. 2.4).

Aus Perspektive der Migranten kann die systemische Differenzierung auch zu Verengungen führen, wie die Auswertung der politischen Partizipationstypen der Berliner Studie zeigen (vgl. 5.3.2). Hier stellten die Marginalisierten die Mehrheit. Die Grenzziehung wurde in diesem Sinne auch zwischen Selbsthilfe und konventionellen Partizipationsformen vollzogen – Selbstorganisation und Beteiligung in Parteien oder Gewerkschaften schlossen sich aus. Darüber hinaus war die Bedeutung der Selbstorganisationen in politischen Belangen, die ja Identifikation voraussetzen, als gering einzustufen. Analog den Analysebereichen äußert sich die Relevanz der Selbstorganisationen überwiegend im kulturellen Bereich. Die Hinwendung zu den mehrheitsgesellschaftlichen Instanzen seitens der Migranten reflektierte allerdings auch, daß die Befragten sich bereits mit der Aufnahmegesellschaft identifizierten (Systemvertrauen – vgl. 5.2.5).

Das zeigten auch die Intersystembeziehungen zwischen Migrantenselbstorganisationen in NRW und Parteien der Herkunftsländer, die nur schwach ausgeprägt waren. Der landläufigen Meinung, ausländische Organisationen stellten aufgrund derartiger Verbindungen eine latente Gefahr für die Mehrheitsgesellschaft dar, muß somit widersprochen werden – drohende Bestandsgefährdung dürfte hieraus nicht resultieren. Das Beispiel der, seit dem Bürgerkrieg entstandenen Hilfsorganisationen von Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien, zeigte zudem, daß sich die Systemreproduktion in anderen Sinnsphären realisieren muß (differentes Anschlußverhalten – vgl. 1.3).

Hinsichtlich der System-System-Beziehungen zwischen Migrantenselbstorganisationen und deutschen Parteien bleibt festzuhalten, daß diese ausgeprägter waren als oben genannte. Die Verbindung zur Identifikation wirft insofern noch Fragen auf, da diesbezügliche Motive unklar blieben. Analog den Befunden zur Ausstattung der Vereine lassen sich vor allem strukturelle Kopplungen mit den systemnahen Umwelten (Parteien der

Landesregierung) konstatieren, die sich auf die Selbstplatzierung der Vereine positiv auswirken.

Unklar bleibt auch, ob die Selbstorganisationen die Identifikation der Einzelnen mit der Aufnahmegesellschaft tatsächlich verstärken können, oder nur einen Teil der Voraussetzungen dafür schaffen (multikulturelle Orientierung – s.o.). Auf der theoretischen Ebene stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, in welche Richtung die Normalisierung des Konfliktverhaltens abläuft (vgl. 1.5). Die Generalisierung der Verhaltenserwartungen als Lernergebnis und -erfolg impliziert, daß die Intentionen der Mitglieder sich im Sinne des Organisationszweckes einander angleichen und weniger die Organisationsprogramme, soweit formalisiert, durch sie modifiziert werden (vgl. 1.5.1). Letzteres kann jedoch anhand der Befunde (insbesondere bei ethnosolidarischen Aktivitäten) bestätigt werden.

6. Fazit

Anhand der Analyse werden die vielschichtigen Beiträge der Selbstorganisationen von Zuwanderern für deren Integration deutlich. Eine Zusammenfassung in Form generalisierender Schlußfolgerungen verbietet sich jedoch gerade durch die Vielfalt der Aspekte und intervenierenden Faktoren.

Die Selbstorganisationen stellen einen wichtigen Mechanismus für die Gestaltung des Alltags von Zuwanderern dar. Dies realisiert sich insbesondere über gemeinschaftlich begangene kulturelle Aktivitäten und die Verbindung der Kulturen von Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft auf Vereinsebene. In diesem Sinne ist auch nicht davon auszugehen, daß das Verbleiben in der Landsmannschaft Ausgrenzungsprozesse initiiert. Die Identifikation mit den Werten der Aufnahmegesellschaft geht einher mit dem Bestreben, die Heimatkultur zu konservieren.

Der Gemeinschafts- und Geselligkeitsfaktor weist auch eine Bedeutung bei religiösen Organisationen auf. In diesem Zusammenhang ergeben sich auch nur wenige Anhaltspunkte für Segregation. Die Multifunktionalität dieser Organisationen wirkt der Beschränkung auf rein religiöse Inhalte entgegen, überdies war die Zahl der Neugründungen (NRW) rückläufig.

Ein Hinweis ist auch in der zunehmend kritische Haltung gegenüber solchen Vereinigungen seitens der Landsleute zu sehen.

Darüber hinaus stellen betreuende und beratende Maßnahmen der Vereine integrationsverstärkende Faktoren dar. Gerade hier realisiert sich das Selbsthilfekonzent über die Selbstorganisationen. Einerseits bedingt durch die, aus ähnlichen Erfahrungen resultierenden, Kompetenzen. Andererseits aufgrund der guten Umsetzungsmöglichkeiten über ehrenamtliches Engagement.

Die Vermittlungswirkung der Selbstorganisationen ist hingegen begrenzt. Zwar gelingt eine Informationsvermittlung an die Mitglieder, die sich in Form besserer Beurteilungskompetenzen manifestiert, die Artikulation der Belange nach Außen weist jedoch Defizite auf. Hier stößt das Selbsthilfekonzent aus finanziellen Gründen an seine Grenzen. Durch zunehmende Förderung könnte dieses Problem gelöst werden, dann stellt sich aber die Frage, ob die Begriffe Selbsthilfe und Selbstorganisation noch greifen. Seitens der Befragten in Berlin zeigte sich zudem, daß entweder solche Partizipationsformen oder die der Aufnahmegesellschaft präferiert wurden. In diesem Spannungsfeld sind auch die Verbindungen der Selbstorganisationen zu politischen und karitativen Instanzen der Aufnahmegesellschaft zu sehen, die gering ausfallen. Hingegen existieren vielfältige eigene Verbandsstrukturen.

Auf theoretischer Ebene ermöglicht das Esser'sche Modell eine differenzierte Analyse all der Aspekte und Faktoren, die mit Integration assoziiert werden können. Durch die Unterteilung in Integrationsdimensionen kann dies getrennt erfolgen, d.h. die Differenziertheit der Resultate – das konnte gezeigt werden – ist ebenso gewährleistet.

Unklarheiten ergeben sich im Rahmen der Faktoreuzuordnung, die Dimensionen sind nicht diskret. Am Beispiel der Vereinsaktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit wird dies deutlich. Die damit einhergehende ethnopolitische Mobilisierung ist genau genommen plazierungs-, kulturations- und identifikationsrelevant. Die Interaktionsebene muß per se der Analyse der anderen Dimensionen untergeordnet werden.

Die Integrationstypen berücksichtigen zwar strukturelle Determinanten, die mehr oder minder zum Rückzug der Betroffenen führen, und tragen damit

den Kritikern assimilativer Integrationsvorstellungen Rechnung, verkennen aber die Komplexität von Identifikationsprozessen, die in Bezug zu mehreren Kulturen stehen (s.o.).

Ein Vorzug des Modells Essers ist in dessen Erweiterbarkeit zu sehen, weswegen in diesem Rahmen eine zusätzliche Fundierung mittels der sozialen Systemtheorie Niklas Luhmanns vorgenommen wurde, da sein Organisationsbegriff Kompatibilität mit dem Gegenstand der Migrantenselbstorganisationen ermöglicht. Die Vorstellung der Komplexität von Welt und notwendigen Reduktionsmechanismen lieferte in diesem Zusammenhang die nötigen Bezugspunkte zur Integrationsthematik.

Die höheren Leistungen von organisierten sozialen Systemen konnten durch die Gegenüberstellungen von Vereinsmitgliedern und Nichtorganisierten nachvollzogen, Intersystembeziehungen auf der Verbandsebene bestimmt werden. Der relational gefaßte Differenzierungsbegriff verweist auf die unterschiedlichen Perspektiven und Kontingenzen; ein wichtiger Aspekt der Identifikation. Hier setzt auch das Verstehen, Bestandteil der Kommunikation, an. Darüber hinaus spielt der Zeitfaktor in der Soziologie Luhmanns eine wichtige Rolle. Über die Systemgeschichte und deren Tiefenschärfe läßt sich der Plazierungsprozeß der Organisationen erklären, Unterschiede zwischen Organisationstypen bestimmen. Durch die Totalität der Autopoiese werden allerdings externe Faktoren vernachlässigt; das zeigte die Analyse. Genau genommen dürfte es keine Fremdbestimmung, wie sie das normative Paradigma kennt, geben. Derartige Sachverhalte allein über Beeinflussung durch systemnahe Umwelten zu erklären, scheint indessen problematisch.

Dies führt auch zu Problemen der Kausalitätsbestimmung bei der Konstitution von Organisationen. Deren Differenzierung in formal und informal reicht nicht aus, da unklar bleibt in welcher Richtung die Generalisierung der Verhaltensweisen (bei informalen Organisationen) abläuft. In diesem Sinne laufen Erklärungsversuche Gefahr, tautologisch zu geraten.

Abschließend ist anzumerken, daß die zugrunde liegenden Theorien nur mit Einschränkungen anwendbar sind, was auch auf die Theorien mittlerer Reichweite verweist, die nicht alles erklären sollen und sich indessen auf spezielle Gegenstände beziehen.

7. Literaturverzeichnis

- Baitsch, Christof 1993: Was bewegt Organisationen?
Selbstorganisationen aus psychologischer Perspektive. Frankfurt/Main:
Campus
- Bremer, Peter 2000: Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der
Städte. Zur Lebenssituation von Migranten. Opladen: Leske+Budrich
- Brockhaus Multimedial 2001: Stichwort „Autopoiese“. Mannheim: F.A.
Brockhaus AG
- Coleman, James S. 1991: Grundlagen der Sozialtheorie 1. Handlungen
und Handlungssysteme. München: Oldenbourg
- Elwert, Georg 1982: Gesellschaftliche Integration durch
Binnenintegration?. in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und
Sozialpsychologie 4/1982. Wiesbaden: VS/GWV. S. 717-731
- Esser, Hartmut 1980: Aspekte der Wanderungssoziologie. Darmstadt:
Luchterhand
- Esser, Hartmut 2000: Soziologie – spezielle Grundlagen. Band 2: Die
Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt/Main: Campus
- Fijalkowski, Jürgen / Gillmeister, Helmut 1997: Ausländervereine – ein
Forschungsbericht. Berlin: Hitit
- Geißler, Rainer 1996: Die Sozialstruktur Deutschlands. 2. Auflage.
Opladen: Westdeutscher Verlag
- Graffe, Friedrich / Doll, Martha 2000: München – Gelungene Stadtpolitik
durch die Anerkennung des Anderen?, in: Schmals, Klaus M. (Hg.):
Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen:
Leske+Budrich, S.241-255.
- Hill, Paul B. 2002: Rational-Choice-Theorie. Bielefeld: Transcript
- Horster, Detlef 1997: Niklas Luhmann. München: Beck
- Hradil, Stefan 2001: Soziale Ungleichheit in Deutschland. 8. Auflage.
Opladen: Leske+Budrich
- Jungk, Sabine 2000: Selbstorganisationen von Migrantinnen und
Migranten – Instanzen gelingender politischer Partizipation? WWW-
Dokument, <http://www.lzz-nrw.de/docs/instanzen.pdf>, 40,5 KB
(26.04.2004), auch in: Zeitschrift für Migration und sozialer Arbeit,
3+4/2000, Weinheim: Beltz

- Kommission 2001: Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung. WWW-Dokument, http://www.bmi.bund.de/downloadde/7647/Download_Bericht.pdf, 3162 KB (05.06.2004)
- Luhmann, Niklas 1970: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Luhmann, Niklas 1975: Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Luhmann, Niklas 1976: Funktionen und Folgen formaler Organisation. 3.Auflage. Berlin: Duncker+Humblot
- Luhmann, Niklas 1978: Organisation und Entscheidung. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Luhmann, Niklas 1984: Soziale Systeme – Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Luhmann, Niklas 1995: Soziologische Aufklärung 6. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Luhmann, Niklas 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bände. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- MGSFF 1999: Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Bestandaufnahme aller Selbstorganisationen von Migranten in Nordrhein-Westfalen. WWW-Dokument, http://www.mgsff.nrw.de/service/publikationen/material/migrat_bestand.pdf, 3144 KB (05.06.2004)
- MGSFF 2003: Zahlenspiegel Ausgabe 2002. Zuwanderungsstatistik Nordrhein-Westfalen. WWW-Dokument, http://www.mgsff.nrw.de/service/publikationen/material/zuwanderungsstatistik_2002.pdf, 1430 KB (05.06.2004)
- Puskeppeleit, Jürgen / Thränhardt, Dietrich 1990: Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Freiburg: Lambertus
- Seifert, Wolfgang 1995: Die Mobilität der Migranten. Berlin: Ed. Sigma